



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Neue Allianzen in der Umwelt- und Energiepolitik.
Die Politik der EU in Bezug auf Agrartreibstoffe
und ihre Auswirkungen in Indonesien

Verfasserin

Melanie Pichler

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Juni 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Dipl.- Polit. Dr. Markus Wissen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	6
1. Einleitung.....	7
1.1. Problemaufriss – Agrartreibstoffe als Patentlösung für Klimawandel und Energieversorgung	7
1.2. Fragestellungen – Veränderte Aneignungsformen von Natur	9
1.3. Aufbau und Methodik – Multiskalare Analyse mit Indonesien als Fallbeispiel.....	10
2. Theoretischer Rahmen	12
2.1. Politische Ökologie – Wider die Entpolitisierung von Natur	12
2.1.1. Die Analyse von AkteurInnen	15
2.1.2. Von den Grenzen des Wachstums	17
2.1.3. Einflüsse und theoretische Weiterentwicklungen – Die gesellschaftliche Produktion von Wissen und Wahrheit	18
2.2. Politics of Scale – Analysen auf multiskalarer Ebene	20
2.3. Die Inwertsetzung von Natur unter neoliberaler Hegemonie	23
2.4. Fordistische versus Postfordistische Naturverhältnisse	25
3. Die Klimadebatte und die Konstitution des Diskurses um Agrartreibstoffe im Rahmen der EU	26
3.1. Begriffsklärung – Was ist Agrarenergie?	26
3.2. Konstitution des Diskurses um Agrartreibstoffe auf globaler Ebene	29
3.2.1. Die Konstitution eines globalen Umweltdiskurses – Von Stockholm nach Johannesburg.....	29
<i>Exkurs: Der Diskurs um Entwicklung und die Umweltpolitik.....</i>	<i>31</i>
3.2.2. Die Inkorporation von Agrartreibstoffen in den globalen Umweltdiskurs – Stern- und IPCC-Report	33

3.3. Agrartreibstoffe in der EU – Von Absichtserklärungen bis zur Beimischungspflicht	35
3.4. Die Debatte um die neue Richtlinie zur Förderung von Agrartreibstoffen – Zwischen Nachhaltigkeit und Protektionismus	38

4. Neue Aneignungsformen von Natur am Beispiel der Palmölindustrie in Indonesien – eine Analyse von Strukturen, AkteurInnen und Konflikten.44

4.1. Die Palmölindustrie und der neue Markt der Agrartreibstoffe	44
4.1.1. Produktion für den Export – Daten und Fakten	44
4.1.2. Nationale Beimischungspflichten für Agrartreibstoffe.....	48
4.2. AkteurInnen und Akteurskonstellationen – Aufstrebende Player und marginalisierte Gruppen	49
4.2.1. Der Staat	50
4.2.1.1. Interessen	50
4.2.1.2. Strategien	51
4.2.1.3. Konzept von Entwicklung	52
4.2.1.4. Reaktionen auf die Nachhaltigkeitsproblematik.....	54
4.2.2. Die Unternehmen	55
4.2.2.1. Interessen	56
4.2.2.2. Strategien	58
4.2.2.3. Konzept von Entwicklung	62
4.2.2.4. Reaktionen auf die Nachhaltigkeitsproblematik.....	63
4.2.3. Multilaterale Organisationen	65
4.2.3.1. Interessen	66
4.2.3.2. Strategien	67
4.2.3.3. Konzept von Entwicklung	68
4.2.3.4. Reaktionen auf die Nachhaltigkeitsproblematik.....	69
4.2.4. NGOs	70
4.2.4.1. Interessen	71
4.2.4.2. Strategien	72
4.2.4.3. Konzept von Entwicklung	74

4.2.4.4. Reaktionen auf die Nachhaltigkeitsproblematik.....	75
4.2.5. Grassroots	76
4.2.5.1. Interessen	77
4.2.5.2. Strategien	78
4.2.5.3. Konzept von Entwicklung	79
4.2.5.4. Reaktionen auf die Nachhaltigkeitsproblematik.....	80
4.2.6. Koalitionen und Konflikte	82
 5. Sozialökologische Auswirkungen durch die verstärkte Verwendung von Palmöl für den Energiesektor	86
5.1. Auswirkungen auf die Umwelt	86
5.1.1. Abholzung von Primärwald und das Problem der Torfgebiete	87
5.1.2. Monokulturen und deren ökologische Auswirkungen.....	89
5.2. Auswirkungen auf die Landwirtschaft.....	90
5.2.1. Von Subsistenzbauern und –bäuerinnen zu PlantagenarbeiterInnen...90	
5.3. Auswirkungen auf Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung.....	92
5.3.1. Abhängigkeit von Palmöl statt Diversifizierung	92
5.3.2. Rohstoffexporte statt integriertem Wirtschaftsmodell.....	94
5.4. Sozio-kulturelle Auswirkungen	94
5.4.1. Gemeinschafts- versus staatliches Land	94
5.4.2. Zurückdrängung traditioneller bäuerlicher Lebensentwürfe	95
 6. Schlussfolgerungen	97
 Abkürzungsverzeichnis.....	103
Übersicht über die Interviews	105
Literaturverzeichnis	106
Abbildungsverzeichnis.....	113
Zusammenfassung	114
Abstract.....	115

Vorwort

Das Thema Agrartreibstoffe ist in vieler Munde und schaffte es – vor allem im Jahr 2008 – in Zusammenhang mit der internationalen Nahrungsmittelkrise, aber auch mit Berichten über ökologische Zerstörung und Raubbau, auf die Titelblätter von Tageszeitungen und Zeitschriften. Sozialwissenschaftliche Beiträge oder Studien gibt es dazu wenig, von Südostasien als wichtiger geografischer Region ist jenseits von platten Verweisen auf die Zerstörung von Regenwäldern noch seltener die Rede. Gerade deshalb ist für mich eine systematische sozialwissenschaftliche Analyse von Agrartreibstoffen und speziell der Palmölindustrie in Indonesien von besonderer Bedeutung.

Danken möchte ich allen, die mich dabei von Beginn an unterstützt haben. Besonders hervorheben möchte ich meine Familie, die mich während des gesamten Studiums finanziell unterstützt hat und – noch wichtiger – immer zu kritischem Denken ermutigt hat. Jörg Grubmüller möchte ich danken, dass er immer – egal ob persönlich oder fachlich – für mich da war und all meinen Freunden und Freundinnen, dass sie sich bereitwillig Diskussionen mit mir stellten.

Besonders danken möchte ich Greenpeace Indonesia, die mir während meines Forschungsaufenthalts sowohl infrastrukturelle als auch inhaltliche Ressourcen zur Verfügung gestellt haben, namentlich vor allem Abu Meridian, der seine langjährigen Erfahrungen in der indonesischen Umweltpolitik mit mir geteilt hat. Zudem möchte ich allen InterviewpartnerInnen danken, die sich die Zeit genommen haben, ihr Wissen und ihre Einschätzungen zum Thema mit mir zu teilen.

Ich hoffe, mit der vorliegenden Arbeit wenigstens einen kleinen Beitrag für die Analyse gesellschaftlicher Naturverhältnisse im zentralen Bereich der Agrartreibstoffe zu liefern und Anregungen für weiterführende Forschungen geben zu können.

Melanie Pichler

Wien, im Juni 2009

1. Einleitung

1.1. Problemaufriss – Agrartreibstoffe als Patentlösung für Klimawandel und Energieversorgung

Klimawandel und Energiekrise sind die Schlagworte des 21. Jahrhunderts und weltweit arbeiten Staaten, multilaterale Organisationen, privatwirtschaftliche Unternehmen und soziale Bewegungen an Konzepten und Politiken, um den Herausforderungen zu begegnen.

Seit einigen Jahren werden Agrartreibstoffe als Patentlösung, sowohl für den Klimawandel als auch für die verminderte Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, angepriesen.

Die Europäische Union nimmt mit der verpflichtenden Beimischung von Agrartreibstoffen im Transportsektor eine Vorreiterrolle in diesem Bereich ein. Die *Richtlinie 2003/30/EG zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen oder anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor* sieht einen verpflichtenden Anteil von Agrartreibstoffen für Verkehrsmittel bis 2010 von 5,75 Prozent vor (EU 2003), bis 2020 wird dieser Wert auf 10 Prozent erhöht (Europäisches Parlament 2008).

Die BefürworterInnen dieser neuen Energiestrategie versprechen neue Einnahmequellen für die Landwirtschaft, vor allem in Ländern des Südens, eine positive Klimabilanz sowie eine Erreichbarkeit der Kyoto-Ziele.

Da die EU ihre ehrgeizigen Ziele nicht ohne Importe erreichen kann, wird durch die Beimischungspflicht die Nachfrage auf den internationalen Märkten angekurbelt und viele Länder, hauptsächlich in Afrika, Asien und Lateinamerika sehen im Export von Agrartreibstoffen eine neue lukrative Einnahmequelle in Form der Wiederaufnahme des Rohstoffexportmodells.

Den Profit und die Exporteinnahmen in Aussicht werden ökologische und soziale Folgen dieser Politik vernachlässigt. Vor allem zivilgesellschaftliche Gruppen leisten massiven Widerstand gegen die zunehmende Expansion von Energiepflanzen für die Herstellung von Agrotreibstoffen und mahnen in zahlreichen Studien vor den Auswirkungen. Die Zunahme von Regenwaldrodungen für neue Anbauflächen, der verstärkte Fokus auf Monokulturen, die Lebensmittelpreissteigerungen aufgrund der

Konkurrenz zwischen Nahrungsmitteln und Energiepflanzen, die Zwangsvertreibungen von Menschen sowie die Verzögerung von Agrarreformen durch die verstärkte Nachfrage nach Land sind nur einige Beispiele, die mit der zunehmenden Nutzung von Nahrungsmitteln für die Energieerzeugung in Verbindung gebracht werden können (Fritz 2007; The World Bank 2007: 70f).

Die vorliegende Arbeit soll die neuen politischen Allianzen und Akteurskonstellationen in der Energie- und Umweltpolitik, die durch den verstärkten Fokus auf Agrartreibstoffe auf unterschiedlichen Ebenen entstehen, näher beleuchten. Die Beziehungen zwischen der EU und Indonesien, die beteiligten AkteurInnen in Indonesien sowie die sozio-ökologischen Auswirkungen in dem südostasiatischen Land sollen analysiert, Interessen und Strategien der BefürworterInnen und GegnerInnen erörtert werden.

Während auf politischer Ebene bereits verpflichtende Beimischungsziele für Agrartreibstoffe formuliert wurden und die Exportländer die Produktion der jeweiligen Rohstoffe ausweiten, hinken wissenschaftliche Studien in diesem Zusammenhang noch hinten nach. Gibt es zwar einige Studien über die sozio-ökologischen Folgen von Agrarenergie und den bilateralen und supranationalen Zusammenschlüssen in diesem Bereich in Lateinamerika (hauptsächlich in Brasilien), werden die Entwicklungen in Südostasien noch relativ wenig verfolgt. Wissenschaftliche Untersuchungen sind längst überfällig, insbesondere wenn man bedenkt, dass Indonesien als weltweit führender Exporteur von Agrardiesel (OECD 2008: 21) einen großen Teil der europäischen Nachfrage nach Agrarenergie deckt.

Die Problematik rund um die Umwelt- und Energiepolitik im Allgemeinen und Agrartreibstoffe im Besonderen ist multiskalar, schließt unterschiedliche AkteurInnen auf lokaler, regionaler, nationaler und globaler Ebene ein und ist genau deshalb für mich von besonderem Interesse. Die Einbettung von ökologischen Prozessen in die politische Ökonomie, um die Beziehungen zwischen Menschen und ihrer Umwelt erklären zu können (Neumann 2005: 6), ist für mich eine zentrale Einsicht und wird in der Diplomarbeit einen zentralen Stellenwert einnehmen.

1.2. Fragestellungen – Veränderte Aneignungsformen von Natur

Ausgehend von dem oben dargestellten Problemfeld ergibt sich für die vorliegende Diplomarbeit folgende zentrale Fragestellung:

Welche Akteurskonstellationen ergeben sich durch die veränderten Aneignungsformen von Natur durch den forcierten Anbau von Agrartreibstoffen, und welche sozialen und ökologischen Ungleichheiten werden dadurch (re)produziert?

Im geografischen Kontext wird die Fragestellung anhand der Beziehungen zwischen der EU und Indonesien analysiert und die Auswirkungen der Ökonomisierung und Politisierung von Natur vor allem in Indonesien erforscht.

Für die wissenschaftliche Bearbeitung der Fragestellung sowie für eine bestmögliche Gliederung der Arbeit sind mehrere Unter- bzw. Zusatzfragen relevant:

- Wie kam es in der EU zur Konstitution des Diskurses um Agrartreibstoffe?
- Welche Vorgaben für die Beimischung von Agrarenergie gibt es derzeit in der EU?
- Welche politischen Allianzen sind durch die Beimischungspflicht zwischen der EU und Ländern in Südostasien (hauptsächlich Indonesien) auf bilateraler und multilateraler Ebene zu beobachten?
- Welche AkteurInnen spielen in der Erzeugung von Agrartreibstoffen in Indonesien eine Rolle, auf welchen vertikalen Ebenen treten sie auf und welche Positionen vertreten sie?
- Wie manifestieren sich ungleiche Machtverhältnisse zwischen den einzelnen AkteurInnen?
- Welche sozialen, ökologischen und ökonomischen Verteilungsproblematiken können durch den verstärkten Fokus auf die Erzeugung von Agrartreibstoffen in Indonesien konstatiert werden?

Aus diesen Fragestellungen und der generellen Beschäftigung mit dem Thema ergeben sich vorab einer detaillierten und wissenschaftlichen Erhebung einige grundlegende Hypothesen, die im Laufe der Arbeit überprüft werden sollen.

Hypothese 1: Seit der Beimischungspflicht innerhalb der EU hat sich die (handels-)politische Zusammenarbeit zwischen der EU und Indonesien verstärkt.

Hypothese 2: Je mehr Nachfrage nach Agrotreibstoffen innerhalb der EU entsteht, desto stärker wird in Indonesien die Produktion ebendieser für den Export forciert.

Hypothese 3: Je stärker die Produktion von Agrotreibstoffen bzw. Energiepflanzen auf den Export ausgerichtet ist, desto weniger werden Grundsätze der Nachhaltigkeit eingehalten und desto weniger profitiert die lokale Bevölkerung davon.

Hypothese 4: Ungleiche Machtverhältnisse sind wesentliche Ursachen für die sozialen und ökologischen Probleme durch die Produktion von Agrartreibstoffen.

Hypothese 5: Durch die Produktion von Agrartreibstoffen werden bestehende Ungleichheiten zwischen sozialen Gruppen fortgeschrieben bzw. Marginalisierungen sozial schwacher Gruppen verstärkt.

1.3. Aufbau und Methodik – Multiskalare Analyse mit Indonesien als Fallbeispiel

Um den Rahmen der vorliegenden Arbeit abzugrenzen, werden im 2. Kapitel die theoretischen Grundlagen für die Analyse des Problemfeldes herausgearbeitet. Dieses ist dabei hauptsächlich innerhalb der Theorie der Politischen Ökologie konzipiert, die davon ausgeht, dass ökologische Prozesse bzw. Naturverhältnisse in politische und ökonomische Strukturen eingebettet sind und deshalb nicht als externe Faktoren sondern immer in einer Wechselwirkung zwischen Politik, Ökonomie und Umwelt erklärt werden können und müssen. Um das Problemfeld in seiner spezifischen Ausprägung noch besser einordnen zu können, werden spezifische Charakteristika der Politischen Ökologie im neoliberalen Diskurs herausgearbeitet und Begriffe und Konzepte der *Politics of Scale* sowie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse für die Thematik aufbereitet.

Mit der Konstitution des Diskurses rund um erneuerbare Energien und Agrartreibstoffe im Rahmen der EU beschäftigen sich die Ausführungen im 3. Kapitel. Welche Erkenntnisse, Veröffentlichungen und Stellungnahmen waren für die Entstehung der spezifischen Denkweise über Agrartreibstoffe entscheidend und in welchen politischen Rahmenabkommen, Richtlinien und Verordnungen sind die

Absichten und verbindlichen Ziele für die Beimischung von Agrartreibstoffen letztendlich geregelt? Wie hat sich der spezifische Diskurs um erneuerbare Energien und in der Folge um Agrarenergie historisch konstituiert und welche Positionen haben hegemonialen Status erlangt? Von den Umweltkonferenzen der Vereinten Nationen bis zum IPCC-Report wird die aktuelle Diskursformation analysiert und die legislative Umsetzung innerhalb der EU skizziert.

Anschließend werden politische und ökonomische Allianzen bzw. Beziehungen zwischen der EU und Indonesien vor allem anhand von Erklärungen und Statements unterschiedlicher AkteurInnen aufgezeigt, die Koalitionen und Spannungsverhältnisse zwischen der EU und Indonesien durch den verstärkten Fokus der EU auf die Verwendung von Agrartreibstoffen und die Beimischungspflicht sollen dadurch offensichtlich werden.

Im Rahmen einer Fallstudie werden im 4. Kapitel die beteiligten AkteurInnen im Bereich der Agrartreibstoffproduktion in Indonesien exemplarisch erforscht und die Auswirkungen von Beimischungszwang und intensiver Produktion von Agrarenergie dargestellt. Indonesien gilt als weltweit führender Produzent und Exporteur von Palmöl, das, hauptsächlich in der bzw. für die EU, zur Herstellung von Agrardiesel verwendet wird. Die Analyse soll zeigen, welche AkteurInnen im neuen Wirtschaftszweig eine Rolle spielen, welche Interessen und Strategien sie verfolgen, wie sie die Nachhaltigkeitsproblematik beurteilen und welchen Diskurs von Entwicklung und Aneignung von Natur sie in weiterer Folge produzieren bzw. reproduzieren.

Im 5. Kapitel werden die sozialen, ökologischen und ökonomischen Auswirkungen einer neuen Form der Aneignung von Natur durch die Verwendung von Nahrungsmitteln für den Energiesektor in Form von großflächigen Palmölplantagen in Indonesien aufgezeigt. Welche Auswirkungen lassen sich auf den Ebenen Umwelt, Landwirtschaft, Armutsbekämpfung und Sozioökonomie konstatieren? Welche AkteurInnen haben privilegierten bzw. marginalisierten Zugang zu natürlichen Ressourcen? Wer regelt diese Inklusions- und Exklusionsmechanismen und welche

Formen des Widerstandes können analysiert werden, sind Fragen, die in diesem Kapitel geklärt werden.

Im Schlusskapitel werden die Ergebnisse der Arbeit noch einmal zusammengefasst, Rückschlüsse auf die Theorie herausgearbeitet und Problemfelder für weiterführende sozialwissenschaftliche Forschungen beschrieben.

Methodisch wird die Analyse im ersten Teil auf der Untersuchung von Grundsatzpapieren, Absichtserklärungen, Verordnungen, Gesetzen, aber auch von Statistiken basieren, um sowohl den diskursiven Rahmen der aktuellen Debatte abzustecken als auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen innerhalb der EU und die politischen Allianzen zwischen unterschiedlichen Räumen und AkteurInnen zu beschreiben. In der Analyse von Indonesien als regionalem Fallbeispiel für die sozioökonomischen Konsequenzen einer globalisierten Energie- und Umweltpolitik, aber auch zur Analyse von Akteurskonstellationen und räumlicher Dimensionierung innerhalb eines Umweltdiskurses im Süden, werden hauptsächlich ExpertInneninterviews für die Datengewinnung herangezogen. Obwohl ein Nationalstaat als Rahmen für die Analyse der so genannten konkreten Ebene (Brenner 2004: 19) gewählt wurde, wird die Untersuchung jedenfalls auf unterschiedlichen Maßstabsebenen durchgeführt und soweit als möglich unterschiedliche räumliche Dimensionen in der Analyse beachtet.

2. Theoretischer Rahmen

2.1. Politische Ökologie – Wider die Entpolitisierung von Natur

Die vorliegende Diplomarbeit wird hauptsächlich in die Theorie der Politischen Ökologie eingebettet, die ob ihrer heterogenen Ausprägungen in ihren Grundzügen „*the political dimensions of human-environmental interactions*“ (Bryant/Bailey 1997: 17) erforscht.

Die Ursprünge der Politischen Ökologie sind relativ jung und lassen sich etwa um die Mitte der 1970er Jahre ansetzen. Hauptsächlich von der kritischen Geografie initiiert, gilt als wichtigster Ausgangspunkt und kleinster gemeinsamer Nenner die

Annahme einer politischen Ökonomie von Naturverhältnissen und ökologischem Wandel. Umweltprobleme und ökologische Krisen sind demnach keine externen Faktoren, sondern sind in politische und ökonomische Prozesse eingebettet:

„Weder kann (...) Gesellschaft unabhängig von Natur thematisiert werden, da der soziale Prozess konstitutiv mit Natur vermittelt ist, noch zielt der geschichtliche Prozess auf eine immer umfassendere Kontrolle der Natur. Wohl beruht der Prozess der Moderne auf einem Anwachsen der Naturbeherrschung, doch diese Naturbeherrschung führt eben nicht zu einem Mehr an Kontrolle, sondern schlägt in die Destruktion der Natur und in immer größere Abhängigkeit von den Folge- und Nebenwirkungen der Naturbeherrschung zurück“ (Brand/Görg 2003: 17).

Der Anbau von Agrarpflanzen und der damit forcierte Raubbau an ehemals gemeinschaftlich genutzten Ressourcen wie Wasser, Land oder Saatgut, kann in diesem Sinne nicht als isoliertes Phänomen betrachtet werden, sondern kann nur in Verbindung mit gesellschaftlichen Prozessen analysiert werden, während gleichzeitig polit-ökonomische Entscheidungen wie die globale Energieversorgung nicht losgelöst von neuen Aneignungsformen der Natur und ihren sozio-ökologisch destruktiven Auswirkungen betrachtet werden können.

In einer systematischen Form beschäftigten sich als erste Autoren die Geografen Blaikie und Brookfield mit der gesellschaftlichen Einbettung von Naturverhältnissen. In ihrem Werk *Land Degradation and Society* versuchten sie 1987 einen Ansatz zu finden, der dieser komplexen Beziehung gerecht wird. Die Regionale Politische Ökologie, wie sie es nennen, muss die Beiträge von unterschiedlichen geografischen Ebenen, die hierarchischen Strukturen von sozio-ökonomischen Organisationen auf diesen Ebenen sowie die Widersprüche zwischen sozialem und ökologischem Wandel gleichermaßen in die Forschung einfließen lassen (Blaikie/Brookfield 1987: 17).

„The phrase ‘political ecology’ combines the concerns of ecology and a broadly defined political economy. Together this encompasses the constantly shifting dialectic between society and land-based resources, and also within classes and groups within society itself” (Blaikie/Brookfield 1987: 17).

Inspiziert von der kritischen Geografie versucht Politische Ökologie die Beziehung zwischen Menschen und ihrer Umwelt bzw. die gesellschaftliche Einbettung von Naturverhältnissen zu klären. Die Methoden und Zugänge sind vielfältig und multiskalar, resultieren aber doch aus einer grundsätzlichen Kritik an den, vor allem

in den 1960er und 70er Jahren vorherrschenden Erklärungsversuchen von Umweltzerstörung und Raubbau an den natürlichen Ressourcen (Bryant/Bailey 1997: 10, Neumann 2005: 6; 26f).

In Anlehnung an die Ende des 18. Jahrhunderts erschienenen Thesen Thomas Malthus' zu den Auswirkungen der Bevölkerungsexplosion auf die Nahrungsmittelproduktion, warnte Paul Ehrlich vor einer ökologischen Katastrophe durch die rasche Bevölkerungszunahme, vor allem in den Ländern des Südens. Rasch steigende Bevölkerungszahlen führten zu einer Übernutzung der natürlichen Ressourcen wie Nahrungsmittel oder fossile Energieträger, die Lösung für Umweltzerstörung könne demnach nur mittels Geburtenkontrolle erreicht werden. Die Beibehaltung eines hohen Lebensstandards in Kombination mit steigenden Bevölkerungszahlen führe zu Überdüngung, Verschmutzung, Verlust von Biodiversität und Abholzung, die Bestrebung für die Berechnung eines optimalen Bevölkerungsumfangs schien klar: „*Je größer die Gesamtzahl der Menschen, desto weniger werden jederzeit ,wie die Könige' leben können*“ (Ehrlich 1972: 274).

Optimistischer in ihren Ansätzen zeigten sich technokratische und betriebswirtschaftliche Lösungsvorschläge für die zunehmende Umweltzerstörung. Das Problem liege hauptsächlich im falschen Umgang mit den Ressourcen durch die lokale Bevölkerung, ökologische Probleme könnten allerdings durch technische Verbesserungen und genaueste Ressourcenplanung von ExpertInnen gelöst werden (Neumann 2005: 27). Als Vordenker sowohl für diese betriebswirtschaftliche Analyse von Umweltproblemen als auch für die neoliberale Wende in der Ökologie seit den 1980er Jahren gilt Garrett Hardin. Nach seiner Ansicht sind Raubbau und Umweltzerstörung die logische Folge, wenn Ressourcen allen Menschen gehören und jeder nach eigener ökonomischer Nutzenmaximierung strebt. Privatisierung der Ressourcen oder die Einführung von rationalen Praktiken des Ressourcenmanagements durch den Staat, unter anderem durch Geburtenkontrolle, sieht er als Lösungsansätze (Hardin 1964: 175ff, Neumann 2005: 27).

Gegen diese Mainstream-Erklärungen, in denen Umweltprobleme als externe Faktoren betrachtet, Ursache/Wirkungszusammenhänge vernachlässigt und die Einbettung in soziale Beziehungen, ungleiche Machtverhältnisse und ökonomische Zwänge negiert wurden, wandten sich die frühen VertreterInnen der Politischen

Ökologie (Bryant/Bailey 1997: 10f, Neumann 2005: 28). Die unterschiedlichen kritischen Analysen

„offered an alternative interpretation of political economy, including questions about wealth distribution, social patterns of accumulation, interclass relations, the role of the state, patterns of land ownership and control over access to natural resources. In sum, these alternative approaches began with the premise that ecological problems were at their core social and political problems, not technical or managerial, and that what was required was a theoretical foundation to address the complex social, economic and political relations in which environmental degradation is embedded” (Neumann 2005: 28).

Umweltprobleme sind demnach weniger ein Problem von Überbevölkerung und mangelhaftem Management (Peet/Watts 1996: 4), sondern von sozialen, politischen und ökonomisch ungleichen Machtverhältnissen.

Diese ungleichen Machtverhältnisse werden auch von Bryant und Bailey (1997: 38f) als Schlüsselfaktoren für das Verständnis von menschlich-ökologischen Interaktionen und der ökologischen Krise betrachtet. Macht kann dabei unterschiedliche Formen annehmen, wichtigstes Beispiel ist sicher die Kontrolle des Zugangs zu Ressourcen. Eine polit-ökologische Analyse muss deshalb jedenfalls die Frage nach den Machtbeziehungen, und wie sich diese in der jeweiligen Situation manifestieren, stellen. Für das Beispiel der Agrartreibstoffe muss dabei auf unterschiedlichen Skalen angesetzt werden. Einerseits muss die Beziehung zwischen der EU und Indonesien untersucht, andererseits auf die ungleichen Machtverhältnisse innerhalb Indonesiens fokussiert werden.

Die Analyse von Umweltproblemen als externe Faktoren in geschlossenen Gesellschaften lehnen VertreterInnen der Politischen Ökologie ab und versuchen stattdessen ökologischen Wandel in eine allgemeine Untersuchung kapitalistischer Transformation, vor allem in Ländern des Südens, einzubinden.

2.1.1. Die Analyse von AkteurInnen

Ein möglicher Ansatz für die Erforschung von Problemfeldern im Rahmen der Politischen Ökologie ist eine akteursorientierte Analyse. Die Interessen, Charakteristika und Strategien unterschiedlicher Akteurstypen werden dabei untersucht, um polit-ökologische Konflikte besser verstehen zu können (Bryant/Bailey 1997: 23f).

Der Rolle des Staates kommt dabei eine bedeutende Rolle zu. Vor allem in Bezug auf die Nutzung natürlicher Ressourcen tendiert der Staat dazu, seine Souveränität und Macht zum Vorteil dominanter AkteurInnen zu nutzen, um damit Kapitalakkumulation auf Kosten marginalisierter Gruppen zu fördern (Blaikie/Brookfield 1987: 17). Umweltzerstörung wird mit Aussicht auf Profit in Kauf genommen und kleinräumige und nachhaltige Nutzung von Ressourcen aufgrund geringerer (Export)einnahmen behindert. Auch in Indonesien ist der Staat aktiv an der Umweltzerstörung und Vertreibung von Menschen für den Anbau von Ölpalmen beteiligt, die Vergabe von Konzessionen für die Rodung von Primärwald liegt beispielsweise in staatlicher Hand. Inwieweit durch staatliche Eingriffe neue Aneignungsformen von Natur gefördert werden und damit soziale Ungleichheiten (re)produziert werden, kann in einen polit-ökologischen Ansatz eingebettet werden und ist Teil der vorliegenden Analyse.

Trotzdem sollten gesellschaftliche Kämpfe um Naturverhältnisse auf keinen Fall auf staatliche Akteure reduziert werden, sondern in einem weit gefassten Sinn auch nicht-staatliche politische Interessen und HandlungsträgerInnen und damit vor allem Handlungsfelder der Zivilgesellschaft mit einschließen. Diese neuen sozialen Bewegungen bzw. Umwelt-NGOs sind in Indonesien um die Problematik der Palmölproduktion besonders aktiv, haben zahlreiche Studien herausgebracht und sind global mit zivilgesellschaftlichen VertreterInnen vernetzt. Welchen Einfluss sie auf den Diskurs um neue Formen der Aneignung von Natur haben und wie sie versuchen ihre Interessen im Feld der Umwelt- und Energiepolitik durchzusetzen ist wichtiger Bestandteil der Fallstudie.

An der Ökonomisierung von Natur zentral beteiligt sind auf jeden Fall Unternehmen als zentrale Akteursgruppe. Auf unterschiedlichen Ebenen, als nationale oder transnationale Korporationen versuchen sie die Inwertsetzung von natürlichen Ressourcen zu ihrem Vorteil zu nutzen. Dass sie dabei in vielen Fällen eng mit dem Staat zusammenarbeiten, wird in der Literatur als weitere Hürde für die Durchsetzung globaler und nachhaltiger Umweltstandards festgehalten (Bryant/Bailey 1997: 114). In welcher Weise die Koalition zwischen Staat und Unternehmen im Fallbeispiel der indonesischen Palmöl- und Agrartreibstoffindustrie funktioniert, soll empirisch analysiert werden.

Zudem lokalisieren Bryant und Bailey (1997) multilaterale Organisationen und *Grassroots* als Akteursgruppen auf globaler bzw. lokaler Ebene, deren Interessen und Aktionen im Bereich der polit-ökologischen Analyse von Bedeutung sind.

2.1.2. Von den Grenzen des Wachstums

Als weitere wichtige theoretische Grundlage für die Politische Ökologie nennen Bryant und Bailey einen ökozentrischen anstatt eines technozentrischen Ansatzes. Die Grenzen von ökonomischem Wachstum werden dabei anerkannt, radikaler sozialer und politischer Wandel gefordert und dezentralisierte Organisation gesellschaftlichen Lebens bevorzugt (Bryant/Bailey 1997: 17ff).

Die beiden Autoren heben hervor, dass Umweltveränderungen und -zerstörung nicht losgelöst von Entwicklungskrisen zu betrachten sind und kommen in diesem Zusammenhang auf drei Annahmen: (1) Kosten und Nutzen sind unter den betroffenen AkteurInnen ungleich verteilt. (2) Dieses Ungleichgewicht verstärkt in der Folge bereits existierende soziale und ökonomische Ungleichheiten und wirkt (3) auf die Herausbildung bzw. Reproduktion von ungleichen Machtverhältnissen (Bryant/Bailey 1997: 28f). In diesem Zusammenhang werden die Herstellung von Agrartreibstoffen und deren sozio-ökologische Auswirkungen nicht als isolierte Probleme zu betrachten sein, sondern müssen in die Umwelt- und Energiekrise, die spätestens Ende des 20. Jahrhunderts evident wurde, eingebettet werden. Die polit-ökonomische Ausrichtung der Politischen Ökologie macht zudem evident, dass die Propagierung von Agrartreibstoffen auch mit einem spezifischen Entwicklungsdiskurs in Verbindung gebracht werden muss, der in seinen Grundfesten von kapitalistischer Akkumulation mit unbegrenztem Wachstum geprägt ist und der sich in der Folge auch in der Politik der Naturverhältnisse widerspiegelt:

„Political ecologists start from the premise that environmental change is not a neutral process amenable to technical management. Rather, it has political sources, conditions and ramifications that impinge on existing socio-economic inequalities and political processes” (Bryant/Bailey 1997: 28).

Da dieser Konzeption von Entwicklung Ungleichheit und asymmetrische Machtbeziehungen inhärent sind, werden diese folglich auch in der Aneignung von Natur festgeschrieben.

2.1.3. Einflüsse und theoretische Weiterentwicklungen – Die gesellschaftliche Produktion von Wissen und Wahrheit

Die Politische Ökologie wurde von unterschiedlichen theoretischen Richtungen beeinflusst. Um die politische Dimension von Umweltproblemen zu betonen, boten sich marxistische Theorien geradezu an. Neomarxistische Ideen zu Entwicklung, vor allem aus Ländern des Südens, kanalisiert etwa in der Dependenztheorie, den *peasant studies* oder der Weltsystemtheorie, erfreuten sich in den 1970er Jahren hoher Popularität und prägten die Politische Ökologie. Ab den 80er Jahren versuchte diese allerdings eine breitere theoretische Basis zu schaffen und den teilweise deterministischen marxistischen Ansätzen kritischer zu begegnen (Bryant/Bailey 1997: 12f, Neumann 2005: 42).

Stark beeinflusst wurde die neue Theorieströmung in dieser Zeit von poststrukturalistischen Konzepten, allen voran der Diskursanalyse. Das innovative Denken über Wahrheit und Wissen als produzierte Diskurse, die weniger mit objektiven Fakten als mit sozialen Konstruktionen in einem hegemonial umkämpften Feld zu tun haben, fand in der Politischen Ökologie viele Anhänger. Denn in dieser Lesart ist auch das Denken über Natur und Umwelt eingebettet in Diskursformationen, die um Hegemonie konkurrieren, sich aber auch regional unterscheiden können (Neumann 2005: 45ff, Peet/Watts 1996: 13ff).

Regional oder überregional bilden sich hegemoniale Themen, Logiken, Narrative und damit bestimmte Wahrheiten über Umweltprobleme und –lösungen heraus, auf dieser multiskalaren Ebene muss aber auch analysiert werden, was nicht gesagt wird und was warum im Verborgenen bleibt. Trotz vielfacher Kritik wird die Realität und Materialität von Natur durch die Annahme einer sozialen Konstruktion von Diskursen über Natur und Naturverhältnisse dadurch keinesfalls negiert:

„The concept of socially produced nature is fundamentally a materialist one and accepts that biophysical things and processes exist, but that they exist as a dialectical unity of nature-society“ (Neumann 2005: 47).

Dieser Fokus auf Machtbeziehungen und die Kritik an einem objektiven Verständnis von Wahrheit, eröffnet für die Politische Ökologie das Interesse an internationalen Beziehungen und hegemonialen Räumen in Bezug auf Naturverhältnisse. Die gesellschaftliche Produktion von Wissen in ungleichen Machtverhältnissen wurde

vor allem von Foucault prominent beschrieben und später für die Politische Ökologie aufgearbeitet:

„Eher ist wohl anzunehmen, daß die Macht Wissen hervorbringt (und nicht bloß fördert, anwendet, ausnutzt); daß Macht und Wissen einander unmittelbar einschließen; daß es keine Machtbeziehung gibt, ohne daß sich ein entsprechendes Wissensfeld konstituiert, und kein Wissen, das nicht gleichzeitig Machtbeziehungen voraussetzt und konstituiert“ (Foucault 1976: 39).

Die dialektische Beziehung zwischen Macht und Wissen ist für die Beschäftigung mit Politischer Ökologie zentral, weil analysiert werden kann, warum sich bestimmte Diskurse in der Entwicklungs-, Umwelt- und Energiepolitik durchsetzen, welche Interessen damit bedient werden und welche AkteurInnen auf unterschiedlichen Ebenen hegemonial bzw. marginalisiert sind. Vor allem für das Nachdenken über Problemproduktionen, sind diese Denkweisen zentral. Denn die Frage, wie sich die Produktion von Agrartreibstoffen als Lösung für die Probleme rund um Armut, Klimawandel und Energieknappheit hegemonial durchgesetzt hat, ist weniger eine Frage nach objektiven Wahrheiten, sondern beruht auf ungleichen Machtverhältnissen der beteiligten AkteurInnen.

Der Fokus auf Agrartreibstoffe wurde in seinen Ursprüngen vor allem von westlichen Industrieländern propagiert, um die Energieversorgung auf hohem Niveau zu sichern und verdrängt alternative und dezentrale Konzepte im Umgang mit Umweltzerstörung und Klimawandel. Dennoch kann der Diskurs nicht auf eine dichotome Zuschreibung von westlichen und östlichen bzw. nördlichen und südlichen Interessen festgeschrieben werden, sondern muss die unterschiedlichen Ebenen des Diskurses berücksichtigen. Während der indonesische Staat mit dem Anbau von Ölpalmen in großem Stil durchaus Exportinteressen verfolgt und auch indonesische Unternehmen zum großen Teil auf die neue Profitquelle setzen, ist die Produktion von Agrartreibstoffen für viele Menschen in Indonesien mit negativen Folgen verbunden. Auch in der EU gibt es neben hegemonialen Stimmen für die Beimischungspflicht Widerstand gegen die besprochene Politik und ist das diskursive Feld rund um erneuerbare Energien in Form von Agrarenergie durchaus umkämpft.

2.2. Politics of Scale – Analysen auf multiskalarer Ebene

Globalisierte Produktionsmuster und Handelsströme, aber auch Umweltkonzepte und Entwicklungsmaßnahmen zeigen, dass das Denken in abgeschlossenen Nationalstaaten keine sinnvollen Ergebnisse liefert. Analysen von abgeschotteten Gesellschaften in Ländern des Südens machen in einer globalisierten Welt wenig Sinn, sondern rufen nach einer multiskalaren Analyse, um die ungleichen ökonomischen und politischen Machtverhältnisse auf unterschiedlichen Ebenen aufzuzeigen und somit den Mythos von der externen Verortung ökologischen Wandels zu überwinden. Vormalig nationalstaatliche Problemstellungen, Regulierungs- und Lenkungenfunktionen werden zunehmend auf globaler und supranationaler, aber auch auf regionaler und lokaler Ebene (Brand/Görg 2003: 47) konstituiert und haben in der Politischen Ökologie theoretische Debatten und Konzepte um räumliche (Re)Dimensionierung jenseits von „*methodologischem Nationalismus*“ (Brenner 2004: 38) gefördert. Diese komplexen Verflechtungen unterschiedlicher Ebenen schaffen den Nationalstaat keineswegs ab, führen allerdings zu einer mehr oder minder starken Verschiebung von Kräfteverhältnissen auf multiskalarer Ebene, in der die Bedeutung der nationalen Ebene, je nach Machtposition im Inneren als auch zu anderen Staaten, ausgebaut oder zurückgedrängt werden kann (Wissen 2008: 8f). Die theoretische Fassung von „*konflikthafte[n] Vergesellschaftungs- und Auseinandersetzungsprozessen*“ (Brand/Görg 2003: 48), aus denen Regelungs- und Steuerungskomplexe unterschiedlich mächtiger Position entstehen, wird in der Literatur oft mit dem Begriff *Politics of Scale* beschrieben (Wissen 2008: 15). Inwieweit diese Ebenen hegemoniale Stellungen innerhalb bestimmter Dispositive erlangen oder marginalisiert bleiben, ob sie stark institutionalisiert werden oder lose Netzwerke einer an sich gemeinsamen Basis bleiben, hängt von vielen Faktoren ab, ist aber letztlich immer Ort von sozialem Widerstand und Konflikten, Kompromissen und Zugeständnissen, die die räumliche Dimensionierung verändern oder reproduzieren.

Eine erste theoretische Fundierung der *Politics of Scale* lieferte Smith (Wissen 2008: 13). Ausgehend von der Kapitalakkumulation in der kapitalistischen Produktionsweise trennt Smith die Analyseebenen in eine globale, nationale und

urbane und erklärt die politische Konstruktion dieser Ebenen als wichtigen Schritt, um systemgefährdende Krisen der Kapitalakkumulation und damit des Kapitalismus zu verhindern (Smith 1984: 135ff):

„The production of geographical scale provides the organizing framework for the production of geographically differentiated spaces and the conceptual means by which sense can be made of spatial differentiation. The always malleable systems of geographical scales fix social differences temporarily in more or less hierarchical spatial configurations” (Smith 2004: 196f).

Vor allem seit den 1970er Jahren ist ausgehend von einer zunehmenden Liberalisierung ein weltweiter Trend in Richtung einer Verschiebung und Redimensionierung von Räumlichkeit zu beobachten. Verstärkte ökonomische Integration auf globaler Ebene durch die massive Ausweitung von ausländischen Direktinvestitionen, freiem Kapital- und Warenverkehr, internationaler Arbeitsmigration und Weiterentwicklung von Informations-, Kommunikations- und Transporttechnologien, führen gleichzeitig zu einer verstärkten regionalen Konzentration und Bildung von Produktionsclustern auf lokaler Ebene. Zudem gewinnen supranationale und multilaterale Institutionen an Bedeutung, die nicht zuletzt die Verbreitung neoliberaler Ideologien über nationalstaatliche Grenzen hinaus forcieren (Brenner 2004: 5f). Die unterschiedlichen geografischen Maßstabsebenen sind allerdings keine fixen und statischen Gegebenheiten, sondern werden sozial produziert und sind deshalb auch veränderbar. Dennoch sind Diskurse und Prozesse in so genannten “*scale fixes*” (Jonas 1994: 262) temporär stabilisiert und hierarchisiert:

„Such scalar fixes are composed of temporarily stabilized geographical hierarchies in which social, economic, and political activities organized at some scales tend to predominate over others“ (Brenner 2004: 10).

Brenner (2004:19ff) empfiehlt neben der Analyse auf abstrakter Ebene und damit einer generellen kapitalistischen Logik auch eine Beschäftigung auf Meso-Level sowie auf der konkreten Ebene. Als Elemente auf der Meso-Ebene werden mittelfristige institutionelle Phasen und Arrangements bezeichnet, die auch als spezielle Regulationsweisen des Kapitalismus angesehen werden können, die Neoliberalisierung von Natur ist damit eindeutig auf diesem Level angesiedelt. Auf der konkreten Ebene werden schließlich nationale, regionale und lokale

Besonderheiten kapitalistischer Akkumulation beschrieben und empirisches Material und Fallstudien in die theoretische Konzeption auf Meso- und abstrakter Ebene eingearbeitet.

Diese Verbindung der Maßstabebene mit jener der konkreten Handlung ist für die Forschung von besonderer Bedeutung, denn *„[s]cales und agency sind durch Akteursnetzwerke miteinander verschränkt und ontologisch nicht voneinander trennbar“* (Keil/Mahon 2008: 46).

Ebenso wenig wie Akteurskonstellationen sind räumliche Maßstabebenen natürlich gegeben.

„Scale ist nicht einfach vorgeschrieben, sondern als Ergebnis konflikthafter Vergesellschaftungs- und Ausschlussprozesse eine soziale Konstruktion. Scale ist deshalb grundsätzlich als Machtdispositiv anzusehen, das politisch-soziale Zugehörigkeiten, Ein- und Ausschlussprozesse sowohl symbolisiert als auch festlegt. Man kann es als das Ergebnis institutionalisierter sozialer Kompromisse und Herrschaftsverhältnisse ansehen, mit denen (...) die Kohäsion zwischen verschiedenen konfligierenden Akteuren hergestellt wird“ (Brand/Görg 2003: 48).

Für die weiterführende Forschung für diese Arbeit werden vor allem die unterschiedlichen *Scales* im Umwelt- und Energiediskurs eine wichtige Rolle spielen. Die Organisation internationaler Umweltkonferenzen mit gemeinsamen Abschlusserklärungen, die EU-weiten Verordnungen zur Beimischungspflicht von Agrartreibstoffen oder der globale Handel mit Emissionszertifikaten zur Erreichung der Kyoto-Ziele trifft sich eindeutig mit der besprochenen Verschiebung von der nationalstaatlichen auf die internationale bzw. supranationale Ebene. Gleichzeitig bestehen Staaten auf ihre Souveränität in der Energiesicherung und Umweltpolitik und planen Projekte mit problematischen ökologischen und sozialen Konsequenzen, die den globalen Forderungen, egal ob im Süden oder im Norden, oft diametral gegenüberstehen. Auf einer anderen horizontalen Ebene kann allerdings auch ein Erstarken zivilgesellschaftlicher Gruppierungen konstatiert werden, die sich sowohl lokal um verstärktes Empowerment marginalisierter Gruppen bemühen, die aber auch immer häufiger globale und staatenübergreifende Netzwerke spannen. Räumliche Ebenen sind dabei keineswegs als in sich oder nach außen geschlossene Systeme zu betrachten, sondern greifen ineinander über, verschieben sich, agieren in *„komplexen horizontalen Verbindungen“* (Keil/Mahon 2008: 44) und spiegeln somit

die widersprüchlichen Handlungsweisen von AkteurInnen ebenso wie die konflikthafte Konstitution von Maßstabsebenen wieder.

Auch in der Debatte um Agrartreibstoffe treffen AkteurInnen mit ihren Interessen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen auf einander. Während auf globaler und supranationaler Ebene, beispielsweise durch die UNO oder die EU, Energiepflanzen als Lösung für den Klimawandel propagiert und konstruiert werden, sind die ProduzentInnen zur Durchführung dieser Politiken vor allem auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu finden. Auf multilateraler Ebene können wiederum Organisationen wie Weltbank oder IWF durch die Vergabe von Krediten als Akteure auftreten, während auf nationalstaatlicher Ebene vor allem Exportinteressen von Bedeutung sind.

2.3. Die Inwertsetzung von Natur unter neoliberaler Hegemonie

Für die Politische Ökologie aktueller Phänomene ergeben sich je nach zeitlicher Einordnung unterschiedliche politische und ökonomische Rahmenbedingungen, die für das Verständnis der jeweiligen Problematik von Bedeutung sind. Seit den 1980er Jahren werden diese Rahmenbedingungen unter dem Begriff des Neoliberalismus verhandelt. Bezogen auf ökologische Fragestellungen bezieht sich dieser Prozess auf die Unterwerfung jedweder natürlicher Ressourcen und Naturverhältnisse unter die Logiken des Marktes, spielt auf Privatisierungen und Deregulierungen an.

Castree (2008: 137) beschreibt unter dem Begriff der Neoliberalisierung von Naturverhältnissen den heterogenen Prozess, in dem Natur und Umwelt für das neoliberale Projekt instrumentalisiert werden und betont die oftmals widersprüchliche und inkohärente Strategie.

Was für die Arbeitsverhältnisse, Finanzmärkte, öffentliche Verwaltung, um nur einige aktuelle Beispiele zu nennen, gilt, kann auch auf Naturverhältnisse umgelegt werden, indem diese ebenfalls der neoliberalen Ideologie unterworfen werden. Castree (2008: 142f) beschreibt Privatisierung, Unterwerfung unter Marktkriterien, Deregulierung, Reregulierung, Auslagerung von öffentlichen Sozialleistungen sowie die Übertragung von gemeinschaftlicher Arbeit an die Zivilgesellschaft als idealtypische Charakteristika einer neoliberalisierten politischen Ökonomie und Ökologie. Als prominentes Beispiel für Privatisierung im Umweltbereich gilt das

TRIPS-Abkommen innerhalb der WTO, durch welches geistiges Eigentum und in der Folge auch Saatgut, Mikroorganismen oder Pflanzen patentiert werden können bzw. sollen (Wissen 2003: 128ff) und damit einstmals kollektive Ressourcen in Wert gesetzt und privatisiert werden.

Während die neoliberale Strukturierung von Naturverhältnissen oft zu ungenau die tatsächlichen Veränderungen in den Aneignungsformen von Natur beschreiben kann, fasst der Begriff der Inwertsetzung diese Strategien präziser und setzt sie mit der generellen Akkumulationslogik im Kapitalismus in Zusammenhang. Inwertsetzung meint dabei „*die tatsächliche Einbeziehung von Gegenständen oder sozialen Prozessen in den Prozess der Kapitalakkumulation*“ (Görg 2004: 1502). Aufbauend auf der Akkumulations- und Imperialismustheorie nach Rosa Luxemburg wird für die Fortsetzung und Expansion des Kapitalismus die Inkorporation nicht-kapitalistischer Produktionsformen als wesentliche Strategie angesehen, die unter anderem mit offener Gewalt und Unterdrückung durchgesetzt wird (Görg 2004: 1502).

Inwertsetzung geht dabei über die reine Monetarisierung von Produkten und Prozessen hinaus und meint

„einen mehrstufigen Prozess (...), in dem Ressourcen zunächst als solche definiert bzw. konstituiert, identifiziert und extrahiert und letztlich in den Weltmarkt integriert werden. Auf jeder dieser Stufen ist die Subsumtion unter kapitalistische Produktionsverhältnisse mit z. T. erheblichen Konflikten verbunden. Dabei treffen einerseits kapitalistische und nicht-kapitalistische gesellschaftliche (Natur-)Verhältnisse aufeinander, andererseits werden immer wieder von neuem aus dem kapitalistischen Verwertungszusammenhang freigesetzte Bereiche (...) transformiert und der Kapitalverwertung unterworfen. Das schließt massive Eingriffe in kulturell verankerte Lebensweisen ein“ (Görg 2004: 1503f)

Die Abholzung von Regenwald für den monokulturellen Anbau von Energiepflanzen, die Enteignung von gemeinschaftlich strukturierten *Communities* und die damit verbundene Verdrängung von subsistenten Formen der Kultivierung von Land sollen unter dem Aspekt der Inwertsetzung im Rahmen „*kapitalistischer Globalisierung unter neoliberaler Hegemonie*“ (Görg 2004: 1503) analysiert werden. Welche Rolle spielen unterschiedliche AkteurInnen in diesem Prozess und wie sind sie in die Entwicklungen einbezogen? Wo interveniert der Staat politisch oder rechtlich um „*die Akzeptanz schrankenloser Ausbeutung der Natur*“ (Görg 2004: 1505) zu gewährleisten und wo formieren sich Widerstände und Konflikte gegen diesen

Prozess der Aneignung von Natur für die kapitalistische Produktionsweise? Und nicht zuletzt, wo gibt es weiterhin Formen der offenen Gewalt, um den Widerständen entgegenzutreten?

2.4. Fordistische versus Postfordistische Naturverhältnisse

Mit den Überlegungen zu Politischer Ökologie unter neoliberaler Hegemonie eng verbunden sind Theorien zu gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Für die vorliegende Arbeit sind dafür die Begrifflichkeiten der fordistischen bzw. postfordistischen Naturverhältnissen von Bedeutung. Das Charakteristikum fordistischer Naturverhältnisse ist „*die schrankenlose Ausbeutung und Zerstörung von natürlichen Ressourcen*“ (Brand/Görg 2003: 45) und damit die kompromisslose Aneignung von Natur, vor allem durch die Nutzung von fossilen Energieträgern, aber auch durch intensive Landwirtschaft oder uneingeschränkte Rodungen von Regenwald. Die Entwicklungen innerhalb der postfordistischen Naturverhältnisse konzentrieren sich hingegen stärker auf die Aneignung von Information:

„Ein wichtiges Charakteristikum des postfordistischen Kapitalismus besteht also darin, dass der *Kampf um Information und Wissen* zu einem immer zentraleren gesellschaftlichen und politischen Konfliktfeld wird. Vor allem wird ‚Wissen‘ im Sinne der Fähigkeit, gesellschaftliche Probleme symbolisch zu generieren und zu definieren sowie als Expertise in die politischen Prozesse einzubringen, zu einer immer bedeutsameren Machtressource“ (Brand/Görg 2003: 47).

Geistige Eigentumsrechte und „natürliches“ Wissen erlangen einen privilegierten Status im Umgang mit ökologischen Ressourcen und die spätestens seit den 1980er Jahren evident gewordene ökologische Krise wird in die kapitalistische Produktionsweise inkorporiert. Die aufkommenden Proteste sozialer Bewegungen, die das Umweltdispositiv entscheidend veränderten, ließen ökologische Maßnahmen und Umweltschutz als profitable Quelle für Kapitalakkumulation erscheinen und dort wo es dem Wettbewerb dienlich war, hatte Umweltschutz plötzlich Vorrang (Görg 2003: 136f). Ob die Investitionen in erneuerbare Energien oder der Handel mit Emissionszertifikaten, Umweltprojekte werden, wie alle anderen Bereiche im postfordistischen Akkumulationsregime, an ihrer Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit gemessen.

Zudem ist das postfordistische Akkumulationsregime von einer starken Internationalisierung geprägt. Transnationale Unternehmenskomplexe und globale Wertschöpfungsketten bewegen sich vielfach in rechtsleeren Räumen, wo staatliche Regelungen nicht mehr greifen und der Kapitalakkumulation auf deregulierten globalen Finanz- und Kapitalmärkten oberste Priorität eingeräumt wird (Brand/Görg 2003: 23).

Der Nutzung von Agrarpflanzen als neue Energiequelle liegt dabei eine Ambivalenz inne. Einerseits wird die schrankenlose Ausbeutung von Natur durch Abholzung von Primärwald oder intensive Formen der Landwirtschaft fortgesetzt, andererseits erlangt durch die Einführung von Spezifizierungen und Standardisierungen der Kampf um Wissen und Technologie eine enorme Bedeutung. Diese Ambivalenz soll in der empirischen Analyse einen zentralen Stellenwert einnehmen und mit der Frage nach ungleichen Machtverhältnissen zwischen der EU und Indonesien verknüpft werden.

3. Die Klimadebatte und die Konstitution des Diskurses um Agrartreibstoffe im Rahmen der EU

3.1. Begriffsklärung – Was ist Agrarenergie?

Während die Problematiken rund um die Nutzung von fossilen Energieträgern wie Erdöl, Erdgas oder Kohle immer stärker zum Tragen kommen und ihre Endlichkeit und die negativen Auswirkungen der Nutzung auf den Klimawandel öffentlich eingestanden werden, wird Energie aus Biomasse immer stärker propagiert.

Unter dem Label der erneuerbaren Energien geführt, belief sich der Anteil von Biomasse am gesamten Energieangebot im Jahr 2006 bereits auf zehn Prozent, während geothermale, Solar- und Windenergie gerade einmal ein Prozent davon ausmachten (IEA 2008: 6).

Agrartreibstoffe haben an diesem hohen Prozentsatz an Biomasse erheblichen Anteil, müssen allerdings von anderen erneuerbaren Energieträgern strikt getrennt werden. In dieser Arbeit werden Agrartreibstoffe als Treibstoffe definiert, die in großindustrieller monokultureller Produktion aus Nahrungsmitteln und Futterpflanzen hergestellt werden, eine Agroindustrie bedienen und hauptsächlich

zur Verminderung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern propagiert werden. Lokale oder subsistente Formen der Energienutzung aus Pflanzen sind damit ebenso wenig gemeint wie die oftmals propagierte zweite Generation der Agrartreibstoffe, deren Ziel es ist, Energie aus Lignozellulose sowie aus synthetischen Kraftstoffen zu gewinnen (Fritz 2007: 5). Bioenergie könnte damit aus organischen Abfällen, Stroh oder Holzabfällen gewonnen werden, wodurch die Konkurrenz zu den Nahrungsmitteln verringert werden könnte. Derzeit spielt diese Form der Energieerzeugung in der großindustriellen Produktion allerdings aufgrund der komplizierten Verfahrensweise noch keine maßgebliche Rolle und die Agroindustrie verdient ausschließlich an der so genannten „ersten Generation“.

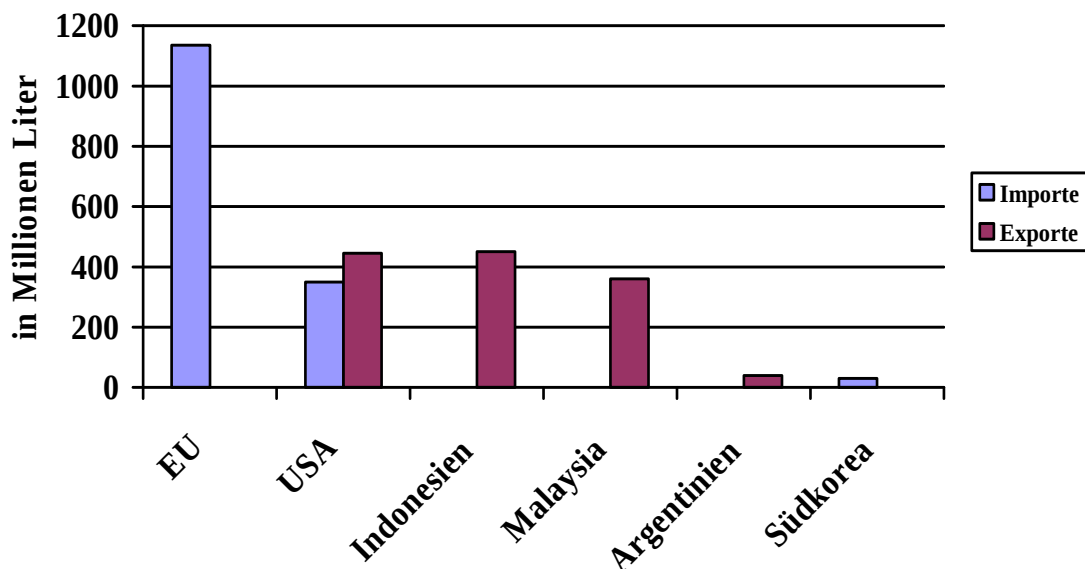
Für die Produktion von Agrartreibstoffen werden heute hauptsächlich Nahrungsmittel und Futterpflanzen aus zwei Kategorien verwendet, nämlich Öl- und Zucker- bzw. Stärkepflanzen (Dredge/Gutzwiller 2005: 24). Für die Herstellung von Agrardiesel aus Ölpflanzen wird vorwiegend Pflanzenöl aus Raps, Jatropha, Sonnenblumen, Ölpalmen und Soja veredelt, aus Zucker- bzw. Stärkepflanzen wird Agrarethanol aus den hauptsächlich Rohstoffen Mais, Kartoffel, Zuckerrübe, Zuckerhirse, Zuckerrohr, Topinambur sowie diversen Getreidearten, wie Weizen, Triticale oder Roggen hergestellt (Dredge/Gutzwiller 2005: 63ff, OECD 2008: 15).

In der Produktion von Ethanol für den Energiemarkt sind die USA 2007 mit zirka 26 500 Millionen Litern pro Jahr weltweit führend und haben damit Brasilien, das als Vorreiter in der Produktion von Ethanol aus Zuckerrohr für den Verkehrssektor gilt, überholt. Zusammen produzieren die beiden Länder bereits zwei Drittel der weltweit verbrauchten Agrartreibstoffe (OECD 2008: 15f).

Obwohl in der Menge weniger bedeutsam als Agrarethanol, ist die Produktion von Agrardiesel vor allem seit 2005 extrem angestiegen. Derzeit ist die EU mit zirka 60 Prozent des gesamten Angebots eindeutig führend, bereits an dritter Stelle folgt allerdings hinter den USA Indonesien, das seine Wirtschaft vor allem durch die europäische Nachfrage in den letzten Jahren verstärkt auf den Export von Agrardiesel ausrichtet (OECD 2008: 19).

In Südostasien wird Agrardiesel aus Palmöl hergestellt. Indonesiens Palmölproduktion hat weltweit die höchsten Wachstumsraten und überholte 2007 Malaysia als vormals größten Produzenten von Rohpalmöl (CPO) (Marti 2008: 19). In Bezug auf die Handelsflüsse ist die EU neben den USA der zweitgrößte Importeur von Agrartreibstoffen. 50 Prozent der Importe entfallen auf brasilianisches Ethanol, der Handel mit Agrardiesel verläuft hauptsächlich zwischen der EU und Südostasien. *“Biodiesel trade to date is largely about Indonesia and Malaysia as the main exporters, and the European Union as the main importing region”*, stellt die OECD (2008: 21) in einem aktuellen Bericht fest.

Abbildung 1: Internationaler Handel mit Agrardiesel 2007



Quelle: OECD 2008: 21.

Generell kann davon ausgegangen werden, dass der Anteil an Palmöl zur Weiterverarbeitung zu Agrardiesel in Indonesien um einiges höher ist, als in den Statistiken angenommen, da CPO in großen Mengen exportiert wird und erst im Zielland, in den meisten Fällen die EU, raffiniert wird. Zu welchen Zwecken Palmöl in der EU tatsächlich verwendet wird (Nahrungsmittel, Kosmetik, Agrardiesel, ...)

kann aus den Importstatistiken nicht herausgefiltert werden, dass ein großer Teil des Rohpflanzensöls allerdings erst in der EU weiterverarbeitet wird, ist klar.

3.2. Konstitution des Diskurses um Agrartreibstoffe auf globaler Ebene

Der Diskurs um Agrartreibstoffe mit Fokus auf Einsparung von Treibhausgasemissionen und damit seiner positiven Wirkung gegen den Klimawandel ist in seiner Entstehungsgeschichte eng mit dem Umweltdiskurs verbunden. Erst ein gemeinsames Bekenntnis zu einer globalen Umweltpolitik macht die Forderung nach Agrartreibstoffen als gemeinsame Lösungsstrategie der internationalen Staatengemeinschaft möglich. Ohne einen kurzen Abriss der internationalen Umweltpolitik ist deshalb der derzeitige Hype um das grüne Gold nur schwer nachzuvollziehen.

3.2.1. Die Konstitution eines globalen Umweltdiskurses – Von Stockholm nach Johannesburg

Den eigentlichen Beginn einer globalen Umweltpolitik und das Bekenntnis zu einer gemeinsamen Verantwortung der internationalen Staatengemeinschaft zum Raubbau an den natürlichen Ressourcen markiert die *UN-Konferenz über die menschliche Umwelt* im Jahr 1972 in Stockholm. Erstmals trafen sich VertreterInnen aus 112 Staaten, um über die fortschreitende Umweltkrise zu beraten. Die Gründe von Umweltzerstörung und Ausbeutung ökologischer Ressourcen wurden vor allem in der Unterentwicklung der Länder des Südens gesehen, eine nachholende Entwicklung schien unumgänglich, um den globalen Problemen zu begegnen.

„In the developing countries most of the environmental problems are caused by under-development. (...) Therefore, the developing countries must direct their efforts to development, bearing in mind their priorities and the need to safeguard and improve the environment” (UNCHE 1972).

Von Anfang an waren Entwicklung und Umwelt in einer Symbiose vereint und war das eine ohne das andere nicht möglich.

Die Staatengemeinschaft war sich bereits 1972 einig, dass Umweltschutz nicht auf Kosten von ökonomischem Wachstum und Fortschritt passieren kann und die Konzepte und Handlungsfelder für globale Umweltpolitik deshalb durch Planung

und Management an die gegebene kapitalistische Akkumulationsweise angepasst werden müssen.

Als echter Meilenstein für die internationale Umweltpolitik gilt die *Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung* im Jahr 1992 in Rio de Janeiro. Erstmals konnten die Mitgliedsstaaten der UNO verbindliche Ziele für den globalen Umwelt- und Klimaschutz verabschieden. Als neues Leitbild fand das Konzept der Nachhaltigkeit Eingang in die internationale Umweltpolitik (UN General Assembly 1992) und ist darin heute nicht mehr wegzudenken. Was anfangs als durchaus emanzipatorischer Begriff, vor allem von sozialen Bewegungen, verwendet wurde, schrieben sich bald auch transnationale Konzerne und globale KapitaleignerInnen auf ihre Fahnen und verwässerten den Begriff zusehends. Die Interessen des Kapitals wurden nach und nach in das Konzept der Nachhaltigkeit inkorporiert.

„[T]he sustainable development discourse purports to reconcile two old enemies – economic growth and the preservation of the environment – without significant adjustments to the market system. (...) In the sustainable development discourse, nature is reinvented as environment so that capital, not nature and culture, may be sustained” (Escobar 1996:49).

In der zwar völkerrechtlich unverbindlichen Agenda 21, die im Rahmen der Konferenz von Rio verabschiedet wurde, sind erstmals konkrete Empfehlungen für die Lösung der Umweltkrise in unterschiedlichen Programmbereichen zusammengefasst. Bereits in der Einführung wird auf die Symbiose zwischen Umwelt und (ökonomischer)Entwicklung hingewiesen und die Bedeutung der Weltwirtschaft für eine nachhaltige Entwicklung betont (UN 1992: 3). Dem internationalen Handel wird bei der Lösung ökologischer Probleme eine besondere Bedeutung zugeschrieben:

„Die Weltwirtschaft sollte ein internationales Klima herstellen, das die Verwirklichung von Umwelt- und Entwicklungszielen unterstützt, indem sie a) die nachhaltige Entwicklung durch Liberalisierung des Handels fördert [und] b) Synergien zwischen Handel und Umwelt herstellt“ (UN 1992: 3).

Verbindliche Ziele für die Abschwächung des Klimawandels wurden in der Folge erstmals im 1997 verhandelten Kyoto-Protokoll festgeschrieben. Hauptziel des Vertrags, der zwischen 2008 und 2012 gilt, war eine Emissionsreduktion von fünf

Prozent gegenüber dem Jahr 1990 als Basisjahr (UN 1997: 6). Als wichtiges Instrument zur Erreichung wurde der Handel mit Emissionsrechten (UN 1997: 22f) und damit die Inwertsetzung von Abgasen und Luft eingeführt.

Die *UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung* in Johannesburg beschäftigte sich schließlich 2002 im Speziellen mit der Zusammenführung der Konzepte zu Umweltschutz und Wirtschaftswachstum mit Fokus auf die Patentlösung nachhaltige Entwicklung.

Erstmals wurden die Millennium Entwicklungsziele (MDGs) und damit konkrete Maßstäbe zur Verminderung von Armut mit der Problematik um die Zerstörung von Natur und Umwelt in einer Absichtserklärung zusammengeführt (WSSD 2002). Erste Anzeichen für eine Entwicklung hin zu Agrartreibstoffen lassen sich bereits bei der Konferenz von Johannesburg erkennen. Trotz des Widerstands der USA und den OPEC-Ländern konnte die EU in einer gemeinsamen Erklärung, auf Vorschlag Deutschlands, in einer Absichtserklärung gemeinsam mit 80 weiteren Staaten quantifizierbare Ziele für den Anteil von erneuerbaren Energien am Energiemix ankündigen (Eisermann 2003: 7). Der Vorstoß ist wenig überraschend, zählt doch Deutschland innerhalb der EU zu den größten Produzenten von Agrartreibstoffen (OECD 2008: 19).

Exkurs: Der Diskurs um Entwicklung und die Umweltpolitik

Die globale Umweltpolitik ist seit ihrer Entstehung an die Idee von Entwicklung gekoppelt. Ein kurzer Exkurs über den Entwicklungsdiskurs kann deshalb an dieser Stelle helfen, Zusammenhänge innerhalb der Diskurse um Umwelt und Agrartreibstoffe besser zu verstehen.

Obwohl spätestens seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro die Problematik der Umweltzerstörung auf die globale Agenda gerückt ist, beeinflusst das keineswegs das grundlegende Bekenntnis zu Entwicklung sowie dem Recht auf Entwicklung (UN General Assembly 1986) als Teil der Menschenrechte. Auch das leitende Konzept im globalen Nachdenken über die ökologische Krise, nämlich jenes der Nachhaltigkeit, muss sich mit den Ideen der Entwicklung, zu

denen prominent die Ideen von „*Fortschritt und Wachstum, Marktintegration, Konsum und Grundbedürfnisse*“ (Sachs 1994: 16) gehören, decken.

Der Glaube an die unbedingte Notwendigkeit von Entwicklung und der „*Drang nach Akkumulation*“ (Sachs 1994: 18) ist kein essentielles Wesensmerkmal des menschlichen Denkens, sondern wurde im Nachdenken über Entwicklung systematisch vor allem seit 1945 konstruiert. Aufbauend auf dem Konzept der nachholenden Entwicklung versuchten Technokraten alle Völker und Kulturen von der Notwendigkeit von Entwicklung zu überzeugen:

„Sie erkannten nie eine Gesellschaft, die auch eine Wirtschaft besitzt, sondern immer nur eine Gesellschaft, die eine Wirtschaft ist. Deshalb bauten sie im Endeffekt schließlich alle Institutionen wie etwa Arbeit, Bildung oder Recht um und polierten sie auf zum Nutzen der Produktivität“ (Sachs 1994: 18).

Erst einmal in den Weltmarkt integriert, wird es für alle Beteiligten schwer aus dem Rennen um Akkumulation wieder auszusteigen und der Handlungsspielraum wird auf wenige Optionen – stets innerhalb des dominanten Entwicklungsdiskurses – beschränkt.

Obwohl es während der letzten 60 Jahre Entwicklungsdenken durchaus unterschiedliche Akzentuierungen gab, die sich hauptsächlich aus der Gewichtung der zentralen Elemente Staat, Markt und Zivilgesellschaft ergaben, wurde und wird die Grundannahme eines endlosen Wachstums nicht in Frage gestellt (Peet/Watts 1996: 20). Kapitalistische Akkumulation gilt spätestens seit der Implosion des Staatssozialismus in der ehemaligen Sowjetunion als globaler Grundkonsens und alternativenloses Gesellschaftsmodell, in das sich alle Beteiligten so gut wie möglich integrieren müssen.

Lange Zeit wurde der externe Faktor der Natur im Entwicklungsdiskurs ausgeblendet, wenn auch der

„Anstieg der Produktivität in erster Linie auf einem gigantischen Durchsatz an fossilen Brennstoffen, der es erforderlich macht, einerseits die Natur abzugraben und sie andererseits zu einem riesigen Abfallhaufen zu machen, [beruht]“ (Sachs 1994: 19).

Erst in den späten 1980er Jahren wurde das Ausmaß der ökologischen Krise langsam offensichtlich und mussten Konzepte gefunden werden, um die Natur und damit die ökologischen Ressourcen in die Logik des Entwicklungsgedanken einzubinden.

„Through a new process of capitalization, effected primarily by a shift in representation, previously ‘uncapitalized’ aspects of nature and society become internal to capital“ (Escobar 1996: 47).

Alternativen werden nicht jenseits des Entwicklungsdiskurses gesucht, sondern Konzepte und Politiken durchgesetzt, die mit Wirtschaftswachstum, Akkumulation und Produktivitätssteigerung in Einklang gebracht werden können. Entwicklung und Maßnahmen bzw. Lösungsvorschläge zum Umweltschutz müssen kompatibel sein, um auf der globalen Agenda überhaupt diskutabel zu sein.

3.2.2. Die Inkorporation von Agrartreibstoffen in den globalen Umweltdiskurs – Stern- und IPCC-Report

Konkrete Empfehlungen auf globaler Ebene für die Produktion von Agrartreibstoffen zur Lösung der Klimaproblematik sowie zur gleichzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung der Länder, gaben zwei zu Beginn des 21. Jahrhunderts erschienene Berichte ab.

Im Jahr 2001 veröffentlichte das *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC), ein internationaler Zusammenschluss, der 1988 vom Weltumweltprogramm der UN ins Leben gerufen wurde, einen Bericht über die Folgen des Klimawandels und die von der internationalen Staatengemeinschaft zu treffenden Maßnahmen. Treibstoffe aus Energiepflanzen werden darin explizit als Teillösung für die hohen Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor identifiziert, die nationalen Programme in Brasilien und den USA zur Herstellung von Agrarethanol aus Zuckerrohr und Mais werden als Vorzeigeprojekte und erfolgreiche Strategien genannt (IPCC 2001: 197). Den Treibstoffen aus der Pflanze wird eine eindeutig positive Klimabilanz bescheinigt:

„Liquid biofuels (...) when substituted for fossil fuels will directly reduce CO₂ emissions. Therefore, a combination of bioenergy production with carbon sink options can result in maximum benefit from mitigation strategies. This can be achieved by planting energy crops such as short rotation coppice into arable or pasture land, which increases the carbon density of that land, while also yielding a source of biomass“ (IPCC 2001: 226).

Obwohl die Flächenkonkurrenz zu Nahrungsmitteln erwähnt wird, gehen die WissenschaftlerInnen des IPCC von ausreichend vorhandenen Flächen, explizit zumindest in den USA und in der EU, aus und sehen deshalb für die Produktion von

Agrartreibstoffen keine Einschränkungen. In ländlichen Gebieten orten sie außerdem durch eine dezentrale Energieversorgung durch Energiepflanzen Quellen für neue Arbeitsplätze (IPCC 2001: 226ff).

Obwohl die dezentralisierte und lokale Energieversorgung als Faktor für die positiven Auswirkungen von Agrarenergie beschrieben wird, gilt die Liberalisierung der Energiemärkte als eine der wichtigsten Forderungen des Reports (IPCC 2001: 410). Dass diese beiden Forderungen in einem nachhaltigen Klima- und Energiekonzept gleichzeitig äußerst schwierig zu erreichen sind, wird in den Ausführungen nicht erwähnt.

Fünf Jahre nach dem IPCC-Report wurde ein weiterer, für die Konstitution des Diskurses um Agrarenergie wichtiger Bericht, vorgelegt. Der *Stern Review on the Economics of Climate Change*, kurz als Stern-Report bekannt geworden, wurde vom ehemaligen Chefökonom der Weltbank Nicholas Stern im Auftrag der britischen Regierung herausgegeben. Der Bericht versucht, wie sein Pendant auf UN-Ebene, ebenfalls die Folgen der globalen Erwärmung herauszustreichen und Lösungsvorschläge zu formulieren.

Nach den WissenschaftlerInnen um Stern wird der Transportsektor in den nächsten Jahrzehnten noch hauptsächlich auf fossilen Energieträgern basieren, neben Effizienzsteigerungen in diesem Bereich kann nur die Nutzung von Agrartreibstoffen die negativen Auswirkungen auf die Atmosphäre positiv beeinflussen (Stern 2006: 207). Wie bereits im IPCC-Report wird die Vorreiterrolle Brasiliens betont, dessen Fokus auf Agrarenergie aus Zuckerrohr auch für andere Länder positiv zu beurteilen sei:

„Brazil is well suited to growing sugar, which can be used to produce biofuel cheaply, although, to the extent that biofuels can be transported, other countries are also likely to benefit” (Stern 2006: 245).

Trotz des hohen wirtschaftlichen Potenzials für Agrartreibstoffe und der steigenden Nachfrage auf den internationalen Märkten, spricht sich der Stern-Report für staatliche Anreize aus, um die „alternative“ Energieform tatsächlich am Markt etablieren zu können. Zollanreize und Produktionssubventionen werden explizit als Regulierungsformen im Bereich der Agrarenergie genannt (Stern 2006: 356).

Auch im aktuellen IPCC-Report 2007 werden konkrete Politiken, Instrumente und Maßnahmen für die unterschiedlichen Bereiche genannt, die als ökologisch sinnvolle Politiken gegen den Klimawandel erachtet werden. Explizit wird auf verpflichtende Beimischungsziele von Agrartreibstoffen im Transportsektor als ideale Lösung hingewiesen (IPCC 2007: 60).

Die Entwicklungen zeigen, dass innerhalb des globalen Umweltdiskurses keine generelle Infragestellung des vorherrschenden Akkumulationsmodells angedacht wird. Durch den Fokus auf Agrartreibstoffe können sehr schnell Argumente für eine Beibehaltung der aktuellen Produktions- und Konsummuster gefunden werden und Veränderungen sind nur innerhalb einer rein auf Wachstum orientierten Gesellschaft möglich. Die Verwendung von Agrartreibstoffen bietet den EntscheidungsträgerInnen auf globaler Ebene eine perfekte Form der Synthese zwischen den Interessen des Agrobusiness an neuen Investitionsmöglichkeiten in der Landwirtschaft, einer Diversifizierung des 'Energienmix' durch neue HandelspartnerInnen, neuen Impulsen für die Wirtschaft durch hohe Wachstumsraten sowie einer vermeintlich nachhaltigen Umweltpolitik inklusive Entwicklungschancen für Länder des Südens.

3.3. Agrartreibstoffe in der EU – Von Absichtserklärungen bis zur Beimischungspflicht

Die Energiestruktur der EU ist, wie in fast allen Industriegesellschaften, von einer enormen Abhängigkeit von fossilen Energieträgern geprägt. Von besonderer Brisanz ist in Europa allerdings die hohe Abhängigkeit von Importen. 2006 betrug die inländische Versorgung mit Erdgas gerade einmal 37 Prozent des Verbrauchs, bei Erdöl waren es nur etwa 20 Prozent. In den kommenden Jahren werden die Importe weiter steigen, bis 2030 geht die Europäische Kommission von 93 Prozent Einfuhren für Erdgas und Erdöl aus. Die wichtigsten Partner in der Energielieferung sind sowohl bei Gas als auch bei Öl Russland, gefolgt von Norwegen, Ländern des Nahen Ostens sowie Algerien in Bezug auf Erdöl (Mangott/Westphal 2008: 148ff). Für die EU bedeutet dies eine hohe Abhängigkeit von teilweise krisenanfälligen Ländern und

einen hohen Unsicherheitsfaktor in der Energieversorgung. Um Energiequellen und Importpartner zu diversifizieren und damit die Energieversorgungssicherheit zu gewährleisten, sind Agrartreibstoffe eine willkommene Alternative, um sowohl die Importabhängigkeit von Russland auf andere Länder, hauptsächlich Lateinamerika und Südostasien zu verbreitern, als auch Binnenflächen für den Anbau von Energiepflanzen zu nutzen.

In systematischer Form wird die Nutzung von Agrarenergie in der EU seit der Jahrtausendwende diskutiert. Im *Grünbuch Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit* wurde die Erhöhung des Anteils an Agrartreibstoffen innerhalb der EU als wesentlicher „*Beitrag zur Stärkung einer dauerhaften Versorgungssicherheit*“ (Europäische Kommission 2001: 46) beschrieben. Neben dieser sicherheitspolitischen Komponente wirken sich Agrartreibstoffe laut Grünbuch positiv auf die Emissionswerte aus und bieten auch in Bezug auf ländliche Entwicklung und landwirtschaftliche Absatzmöglichkeiten erhebliche Vorteile. Als größtes Problem wurde in dieser Skizzierung der Preisunterschied zu fossilen Energieträgern genannt, der vor allem durch steuerliche Maßnahmen der Mitgliedsstaaten verringert werden sollte. Als Empfehlung für die verpflichtende Beimischung von Agrartreibstoffen wurde ein Anteil von sieben Prozent für 2010 sowie von 20 Prozent im Jahr 2020 abgegeben (Europäische Kommission 2001: 46f).

Als wichtigstes Dokument zur Festschreibung der Förderung von Agrartreibstoffen in der EU ist die *Richtlinie 2003/30/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Mai 2003 zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen oder anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor*, kurz Biokraftstoffrichtlinie, anzusehen, die die gesetzlich verbindliche Beimischungspflicht von Agrartreibstoffen für alle Mitgliedsstaaten festlegt. Laut Richtlinie entfallen 30 Prozent des Energieverbrauchs der EU auf den Verkehrssektor, weshalb gerade in diesem Bereich Maßnahmen zur Reduktion von CO₂-Emissionen zur Erreichung der Kyoto-Ziele als auch zur Verringerung der Abhängigkeit von Energieimporten bevorzugt anzusetzen sind. In Artikel 3 wird die gesetzlich festgeschriebene Beimischungspflicht explizit gemacht:

- „(1) a) Die Mitgliedsstaaten sollten sicherstellen, dass ein Mindestanteil an Biokraftstoffen und anderen erneuerbaren Kraftstoffen auf ihren Märkten in Verkehr gebracht wird, und legen hierfür nationale Richtwerte fest.
- b) ii) Als Bezugswert für diese Richtwerte gilt, gemessen am Energieinhalt, ein Anteil von 5,75% aller Otto- und Dieselmotorkraftstoffe für den Verkehrssektor, die auf ihren Märkten bis zum 31. Dezember 2010 in Verkehr gebracht werden“ (EU 2003).

Auch das Substitutionsziel von 20 Prozent bis 2020 aus dem Grünbuch 2000 wird bestätigt, auch wenn es explizit noch keinen Eingang in den Abschnitt der gesetzlichen Regelungen findet. Neben Emissionsrückgang und stärkerer Energiesicherheit wird außerdem auf die positiven Impulse für die Landwirtschaft verwiesen:

„Durch die Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen im Sinne einer nachhaltigen Praxis in der Land- und Forstwirtschaft (...) könnten neue Möglichkeiten für die nachhaltige ländliche Entwicklung im Rahmen einer stärker marktorientierten Gemeinsamen Agrarpolitik geschaffen werden, die mehr auf den europäischen Markt, auf die Erhaltung lebendiger ländlicher Gebiete und auf eine multifunktionale Landwirtschaft ausgerichtet sind“ (EU 2003).

Klar kommt heraus, dass die Biokraftstoffrichtlinie von der Erreichung der Beimischungsziele durch EU-Binnenproduktion ausgeht und Handel in diesem Dokument noch keine Rolle spielt. Interessant ist in diesem Zusammenhang lediglich der Hinweis auf die Subventionierung von Agrarkraftstoffen für eine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber fossilen Treibstoffen. „*Beihilfen für die Verarbeitungsindustrie*“ (EU 2003) werden explizit als staatliche Zuschüsse genannt, RohstoffproduzentInnen bleiben hier ungenannt. Diese Formulierungen können durchaus als eine Tendenz in Richtung Rohstoffimporten von Energiepflanzen in die EU bei nachfolgender Weiterverarbeitung zu Kraftstoffen innerhalb der europäischen Grenzen gewertet werden, um dadurch die Wertschöpfung in der Gemeinschaft zu erhöhen und billige Rohpflanzenöle für die Herstellung von Agrardiesel verwenden zu können.

Bereits im 2005 verabschiedeten *Aktionsplan für Biomasse* wird der Möglichkeit des Handels mit Agrartreibstoffen eine hohe Bedeutung beigemessen und dieser explizit als unumgängliche Maßnahme für die Förderung von Agrarenergie bewertet:

„Biokraftstoffe und deren Rohstoffe werden auf den Weltmärkten gehandelt. Es ist weder möglich noch wünschenswert, die EU in diesem Bereich autark zu machen“ (Europäische Kommission 2005: 11).

Neben dem generellen Bekenntnis zum Handel mit Agrartreibstoffen bzw. vorgelagerten Rohstoffen werden auch konkrete Ziele für den Austausch auf den internationalen Märkten genannt:

„Um Ausgewogenheit zwischen Inlandserzeugung und Einfuhren von Biokraftstoffen zu erzielen, bevorzugt die Kommission den folgenden Ansatz:

- Sie wird vorschlagen, die Norm EN 14214 zu ändern, um die Nutzung einer größeren Bandbreite von Pflanzenölen für Biodiesel zu erleichtern, soweit dies ohne wesentliche Beeinträchtigung der Kraftstoffgüte möglich ist;
- sie wird die Frage der Änderung der „Biokraftstoffrichtlinie“ behandeln, sodass nur Biokraftstoffe auf die Zielerreichung angerechnet werden, deren Anbau den Mindestnormen für Nachhaltigkeit genügen;
- sie wird Entwicklungsländer unterstützen, die Biokraftstoffe erzeugen und ihre Inlandsmärkte dafür entwickeln möchten“ (Europäische Kommission 2005).

Intensivierter Handel mit Agrartreibstoffen und dabei vor allem die Möglichkeiten für Importe aus Drittländern, um die verpflichtenden Beimischungsziele zu erreichen, werden spätestens seit diesem Aktionsplan auch offiziell als Priorität in der Energiepolitik angesehen. Obwohl der Handel mit Ethanol in Bezug auf die importierten Mengen auf einem weitaus höheren Level angesiedelt ist (siehe Kapitel 3.1.), wird auch die Einfuhr von Agrardiesel bzw. dessen Rohstoffen immer stärker forciert. Derzeit gilt die EU noch als weltweit größter Produzent von Agrardiesel aus Rapsöl, vor allem die Importe von Palmöl oder Soja gelten jedoch als wichtige Diversifizierungsmöglichkeiten für die Zukunft (Europäische Kommission 2006: 26).

3.4. Die Debatte um die neue Richtlinie zur Förderung von Agrartreibstoffen – Zwischen Nachhaltigkeit und Protektionismus

Nachdem Agrartreibstoffe um die Jahrtausendwende als Universallösung für ländliche Entwicklung, Energiesicherheit und gegen den Klimawandel propagiert wurden, nimmt seit einigen Jahren die Opposition gegen Kraftstoffe aus Energiepflanzen zu. Beigetragen haben dazu vor allem zivilgesellschaftliche Organisationen aus Ländern des Südens, in denen die steigende Produktion von Agrartreibstoffen für den Weltmarkt bereits katastrophale soziale und ökologische

Auswirkungen erkennen lässt. Die Bedenken wurden auch von NGOs in der EU aufgenommen und auf Grundlage der Biokraftstoffrichtlinie von 2003 vor allem gegen das Ziel der verpflichtenden Beimischung angekämpft. Seitdem sind auch auf legislativer Ebene in Brüssel Brüche im hegemonialen Diskurs um das Patentmittel Agrartreibstoffe zu beobachten. Vor allem das Problem der Nachhaltigkeit bei der Produktion von Agrartreibstoffen gab Anlass dafür, die Biokraftstoffrichtlinie zu überarbeiten, im Jänner 2008 legte die Europäische Kommission deshalb einen Vorschlag für eine neue *Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen* vor. Wie der Name bereits ankündigt, soll künftig eine Richtlinie den gesamten Bereich der erneuerbaren Energien abdecken und die bestehenden einzelnen Richtlinien in diesen Bereichen ablösen.

Trotz vielfacher zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Bedenken wurde in der ersten Fassung das in der Biokraftstoffrichtlinie noch nicht gesetzlich festgelegte Ziel von 10 Prozent Agrartreibstoffanteil bis 2020 festgesetzt. Im Entwurf von Artikel 3 Absatz 3 heißt es dazu:

„Jeder Mitgliedstaat sorgt dafür, dass sein Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen im Verkehrssektor im Jahr 2020 mindestens 10% seines Endenergieverbrauchs im Verkehrssektor entspricht“ (Europäische Kommission 2008: 26).

Das Europäische Parlament, dem der Vorschlag für die neue Richtlinie vorgelegt wurde – konkret wurde die Angelegenheit im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) behandelt – brachte auf Druck einer immer kritischeren europäischen Öffentlichkeit Änderungsanträge ein, die genau diesen Absatz über die verpflichtende Beimischung vollständig aus der Richtlinie streichen wollten. In seinem ersten Entwurf eines Berichts vom Mai 2008 begründet das ITRE seine Vorschläge im Änderungsantrag 22 folgendermaßen:

„Das in der Richtlinie über erneuerbare Energien vorgegebene Ziel, bis 2020 einen Anteil von 10 % durch Biokraftstoffe abzudecken, wurde vom Europäischen Rat auf seiner Tagung vom März 2007 vorgeschlagen. Die Staats- und Regierungschefs gingen allerdings davon aus, dass bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, nämlich a) dass die Erzeugung nachhaltig ist und b) dass die zweite Generation kommerziell verfügbar ist. Seit März 2007 zeichnet sich zunehmend ab, dass diese Bedingungen nicht erfüllt sein werden. Daher muss das Ziel des Anteils von 10 % aufgegeben werden“ (ITRE 2008a: 19).

Neben dem Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie gaben mehrere andere Unterausschüsse des Europäischen Parlaments Stellungnahmen zur Richtlinie ab, die alle ein Abrücken bzw. eine zeitliche Verschiebung des 10-prozentigen Beimischungsziels forderten. Der Ausschuss für internationalen Handel gab beispielsweise die Steigerung der Lebensmittelpreise um zirka 83 Prozent in den drei Jahren bis 2008 als wesentlichen Grund für das Überdenken des Ziels an (INTA 2008: 3), während der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit seine ablehnende Haltung vor allem mit Mängeln in der Nachhaltigkeit der Produktion von Agrartreibstoffen der ersten Generation sowie mit geringen Fortschritten in der Entwicklung von Kraftstoffen der zweiten Generation (ENVI 2008: 6f) begründete.

Interessanterweise wurde im endgültigen Bericht des ITRE für das Europäische Parlament die Beimischungspflicht von 10 Prozent für das Jahr 2020 wieder aufgenommen. Erweitert wurde die Forderung im Vergleich zum Vorschlag der Kommission insofern, als dass

„mindestens 40 % dieses Ziels durch Elektrizität oder Wasserstoff aus erneuerbaren Quellen, durch Energie aus Abfall, Rückständen und Biomasse aus Lignozellulose oder aus in Fässern produzierten Algen oder durch Energie aus Ausgangsstoffen, die auf geschädigten Flächen angebaut werden, die in Bezug auf die durch Flächennutzungsänderung im Verlauf von 10 Jahren bedingten Emissionen eine günstigere CO₂-Bilanz aufweisen, abgedeckt werden“ (ITRE 2008b: 71)

und damit nur mehr 60 Prozent der erneuerbaren Kraftstoffe aus monokulturellen Energiepflanzen stammen dürfen. Gerade in diesem Artikel 3 scheint der Schwenk sowohl auf den EU-internen Druck der Agrarlobby als auch auf den internationalen Druck der ProduzentInnen von Agrartreibstoffen, hauptsächlich von Brasilien, Indonesien und Malaysia, zurückzuführen zu sein, die im Sommer und Herbst 2008 Lobbyreisen durch die gesamte EU antraten (EurAktiv.com 2008). Auch wenn 40 Prozent des Verbrauchs durch Agrartreibstoffe der zweiten Generation erreicht werden müssen, bleibt das Beimischungsziel grundsätzlich aufrecht und ist fraglich, ob die Forschung im Bereich der zweiten Generation überhaupt in nächster Zeit wettbewerbsfähig sein kann.

In Bezug auf die Nachhaltigkeit ergeben sich aus dem Vorschlag für eine neue Richtlinie interessante Grundlagen für die Beziehung zwischen der EU und Südostasien.

Artikel 15 des Vorschlags zur neuen Richtlinie soll die Kriterien für die ökologische und gesamtgesellschaftliche Nachhaltigkeit von Energie aus Biomasse“ (ITRE 2008b: 242) regeln, unter Absatz 2 heißt es darin:

„Die durch die Verwendung von Kraftstoffen aus Biomasse erzielte Einsparung bei den Treibhausgasemissionen, die für die in Absatz 1 genannten Zwecke berücksichtigt werden, muss zumindest 45 % ab dem Inkrafttreten dieser Richtlinie und zumindest 60% ab dem 1. Januar 2015 betragen“ (ITRE 2008b: 243).

Von Bedeutung ist diese Auflage vor allem deshalb, weil Agrartreibstoffe aus Palmöl von der EU bei einem Wert zwischen 32 bis 38 Prozent, und damit eindeutig unter dem Wert von 45 bzw. 60 Prozent eingestuft werden. Doch auch Diesel aus Raps und Ethanol aus Zuckerrübe, die in der EU produziert werden, entsprechen lediglich einer Treibhausgasemissionseinsparung von 44 bzw. 48 Prozent. Ob das Ziel einer Einsparung von 60 Prozent ab 2015 deshalb überhaupt in Kraft treten wird, ist fraglich, will die EU nicht ihrer bereits aufgebauten Produktion, vor allem aus Raps, entgegenwirken.

Auf Unverständnis stoßen die Bedingungen für den Import selbstverständlich bei den weltweit größten Exporteuren von Palmöl, Malaysia und Indonesien. Um die EU von strengen Kriterien für Produktion und Import von Agrartreibstoffen abzubringen, reisten die zuständigen Minister der beiden Länder im September 2008 nach Brüssel und stellten bei einer gemeinsamen Pressekonferenz die Daten der EU in Frage. Der malaysische Minister für Plantagenindustrien und -waren, Datuk Peter Chin Fah Kui, äußerte sich dazu folgendermaßen:

"This will exclude palm oil and impose onerous requirements to provide actual data for each and every consignment of palm oil or biodiesel exported to the EU. The value set by the EU was based on secondary data, which may not be representative of the current scenario" (Chin 2008, zit. nach Developing 8 Countries).

Auch in Bezug auf die Nachhaltigkeitskriterien sprachen sich die Minister klar gegen strenge Richtlinien aus:

“On the imposition of off-limit areas such as high carbon stock, high biodiversity and continuously deforested areas, both countries wished to reiterate the principle that this could not overrule the national policies and regulations on their utilisation as this was regarded as sovereign rights” (Developing 8 Countries 2008).

Auch der indonesische Landwirtschaftsminister Anton Apriyantono sieht in den Umweltkriterien nicht das eigentliche Problem angesiedelt: „*We are being attacked with environmental issues, while the real reason is trade competition, specifically with rapeseed*” (EurActiv.com 2008).

Auch Laren Ks Tan, Mitarbeiter eines singapurischen Finanzdienstleisters für Termingeschäfte im Bereich Palmöl und Agrardiesel, bestätigt eine protektionistische Strategie von Seiten der EU:

„There is still a very strong protectionist policy in the world regardless of whether there are free trade treatments. I can't say I don't want to buy palm oil because then it is against free trade but what I can do is to put hindresses to it. I mean it is natural, every country does that. In Europe they have to protect local farmers, rapeseed farmers” (IND/11: 3).

Die Europäische Kommission sieht dies freilich anders und negiert, dass die EU an einer Destabilisierung der wirtschaftlichen Beziehungen interessiert sein soll. Ein Vertreter der Delegation in Jakarta erklärt:

„The ministry of agriculture in particular and the industry are worried about the access of their products to the EU. There is a common misunderstanding that people talk about a ban (...). They know that it is not a ban because the directive talks about incentives for clean products which achieve significant reduction of carbon emissions” (IND/15: 2).

Schon aufgrund des enormen Exportpotenzials von Indonesien und Malaysia bleiben die Länder jedenfalls Schlüsselpartner für die EU, aktuell scheint die Weltwirtschaftskrise ein wesentlich stärkerer Grund für die stagnierenden Handelsbeziehungen zu spielen als die Kriterien der Richtlinie:

„I think the context, the economic crisis at the moment, has a much higher impact, and will have a much higher impact in the years to come than the criteria of the directive“ (IND/15: 3f).

Die Schlüsselposition Südostasiens in Produktion und Handel mit der EU kann auch durch den Bau der weltweit größten Agrardieselanlage des finnischen Mineralölunternehmens Neste ausgemacht werden. Im März 2009 wurde in Singapur die Anlage mit einer Kapazität von 800 000 Tonnen pro Jahr eröffnet (Neste Oil

Corporation 2009). Auch wenn grundsätzlich eine flexible Nutzung von pflanzlichen und tierischen Fetten als Rohstoff möglich ist, deutet der strategische Standort auf eine exklusive Verwendung von Palmöl hin. Singapur liegt im Zentrum der beiden weltweit wichtigsten Palmölproduzenten Indonesien und Malaysia und nur wenige Kilometer von Sumatra und dem Hafen von Dumai entfernt, wo mit Abstand die größten Mengen indonesischen Palmöls produziert und gehandelt werden.

Dass die Strategie der EU, Palmöl auf Dauer aus ihrem Energiemix zu exkludieren, aufrechterhalten wird, glauben in Südostasien ohnehin wenige. „*It's just the price*“ (IND/10: 5), sagt Connie Lo, Beraterin des thailändischen Consultingunternehmens für erneuerbare Energien *Nexant Chem. Systems*. Nachdem die Preise für Pflanzenöle im Allgemeinen, für Palmöl allerdings im Besonderen seit 2007 nach oben geschossen waren, gab das den hohen Erwartungen asiatischer und europäischer InvestorInnen im Bereich Agrardiesel aus Palmöl einen starken Dämpfer, bei einer Stabilisierung der Preise auf den Weltmärkten würde das Prinzip der Nachhaltigkeit sicher wieder eine geringere Rolle spielen (IND/10).

Ein weiterer wichtiger Aspekt im Handel von Agrartreibstoffen zwischen Indonesien und der EU ist die Tatsache, dass ein beträchtlicher Teil des Imports von Palmöl ohne das Wissen der EU erfolgt. Ray Hogger, technischer Direktor eines führenden britischen Handelsunternehmens für Agrartreibstoffe beschreibt das durch die Spezifizierung der Produkte:

„Actually there is a lot of palm that goes from Indonesia or Malaysia into Europe but they don't know it. Because we don't sell palm, we don't sell soy, we sell FAME (...). So you don't know what is in it because we don't sell it on what the feedstock is. If you are a buyer in Europe and you bought my FAME you would not know what it was (...). It might be 60% soy, it might be 15% rape, it might be cotton seed in it (...)“ (IND/9: 1).

Die für Agrardieselprodukte gebräuchliche Spezifizierung FAME steht für *Fatty Acid Methyl Esters* und wird durch Esterifizierung von Pflanzenölen gewonnen, wobei eine beliebige Mischung der Rohstoffe möglich ist.

Nach derzeitigem Stand wird die Richtlinie für erneuerbare Energien im Laufe des Jahres 2009 in Kraft treten, die Nachhaltigkeitskriterien zur Einsparung von Treibhausgasemissionen wurden auf die Werte 35 Prozent, 50 Prozent ab 2017 und

60 Prozent für Neuanlagen festgelegt. Die verpflichtende Verwendung von Biotreibstoffen der 2. Generation im Ausmaß von 40 Prozent wurde fallengelassen, diese werden lediglich doppelt für die Erreichung des 10 Prozent Ziels gutgeschrieben (Europäisches Parlament 2008).

Die neue Richtlinie zu erneuerbaren Energien zeigt klar, dass in der vorläufigen Endfassung¹ die meisten kritischen Änderungsvorschläge der parlamentarischen Ausschüsse nicht berücksichtigt wurden. Weder die generelle Abkehr von der Beimischungspflicht noch der verpflichtende Anteil von Agrartreibstoffen der 2. Generation am Energiemix findet sich in der Endfassung des Dokuments wieder. Gelockert wurden auch die Nachhaltigkeitskriterien in Bezug auf die Treibhausgasreduktionen. Von vorgeschlagenen 45 Prozent wurde die Mindesteinsparung auf 35 Prozent bis 2017 heruntergesetzt und öffnet somit auch dem südostasiatischen Palmöl wieder die Türen in die EU. Zu groß ist wohl das Interesse einer global agierenden Agrarindustrie an neuen Absatzmärkten und Profitchancen und zu klein das Interesse an substanziellen Veränderungen in der Energieversorgung hin zu tatsächlich erneuerbaren und nachhaltigen Energieformen.

4. Neue Aneignungsformen von Natur am Beispiel der Palmölindustrie in Indonesien – eine Analyse von Strukturen, AkteurInnen und Konflikten

4.1. Die Palmölindustrie in Indonesien und der neue Markt der Agrartreibstoffe

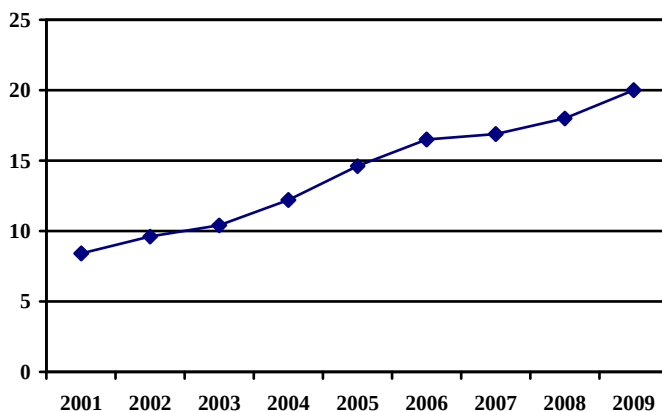
4.1.1. Produktion für den Export – Daten und Fakten

Indonesien ist mit rund 18 Millionen Tonnen (MT) Rohpalmölproduktion (CPO) im Jahr 2008 der weltweit größte Produzent von Palmöl, seit dem Jahr 2007 noch vor dem ehemals größten Hersteller Malaysia (IND/6: 2). Obwohl der Inselstaat bereits

¹ Bis zum Ende dieser Diplomarbeit war die *Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen* nicht in Kraft. Derzeit werden offene Punkte der vom Europäischen Parlament am 17.12.2008 angenommenen Fassung im Rahmen eines Komitologieverfahrens geklärt.

in den letzten Jahren enorme Steigerungsraten zu verzeichnen hat – allein im Jahr 2008 stieg die Produktion um mehr als 1 MT von 16,9 MT (IPOB 2008: 3) im Jahr 2007 an – soll die Expansion uneingeschränkt weitergeführt werden. Staatliche Stellen erwarten bereits im Jahr 2009 eine weitere Steigerung um 2 MT auf 20 MT (IND/7: 2). Schenkt man den Prognosen Glauben sollen bis 2020 30 MT Palmöl produziert werden (IND/6: 8), vom derzeitigen Stand würde das nahezu eine Verdopplung bedeuten. Mehr als verdoppelt hat sich die Produktion schon zwischen 2001 und 2009, worin ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Nutzung von Energiepflanzen und der Expansion von Palmölplantagen gesehen werden kann.

Abbildung 2: Palmölproduktion 2001 – 2009 (in Millionen Tonnen)



Quelle: IPOB 2008: 3, IND/7: 2, eigene Darstellung

Strukturell gliedert sich die indonesische Palmölproduktion in drei unterschiedliche Produzentengruppen, je nach Eigentum und Kontrolle der Plantagen. Von 16,9 MT Palmöl im Jahr 2007 wurden 5,8 MT von unabhängigen Bauern und Bäuerinnen produziert, 2,4 MT kamen aus staatlich kontrollierten und 8,7 MT aus privatwirtschaftlichen Plantagen.

Offiziell waren 2007 Nutzflächen in einer Größenordnung von 6,4 Millionen Hektar als Palmölplantagen deklariert, weitaus der größte Anteil davon, nämlich 4,7 Millionen Hektar sind auf der Insel Sumatra verzeichnet. Die höchste Dichte an Palmölplantagen ist dort in der Provinz Riau zu finden, wo nach offiziellen Angaben 1,4 Millionen Hektar fruchtbares Land mit Ölpalmen bepflanzt ist (IPOB 2008: 10).

Die Gewerkschaft der unabhängigen Palmölkleinbauern und –bäuerinnen (SPKS) spricht von 2 MH Land, das für die Palmölproduktion verwendet wird. Plantagen der Zellstoff- und Papierindustrie kommen in diesen Berechnungen noch nicht vor (IND/8: 1).

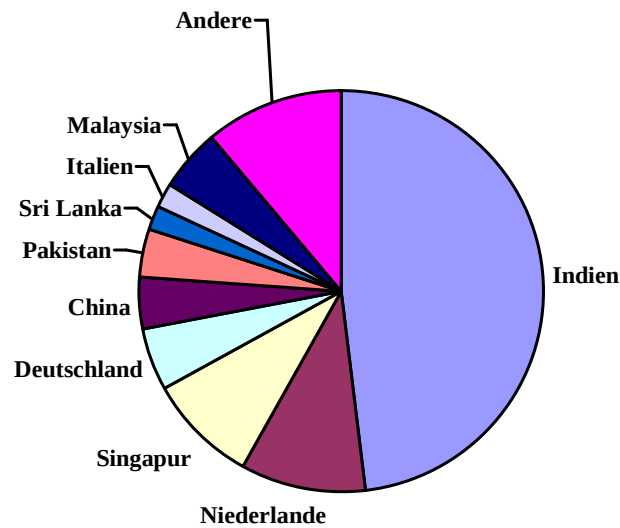
Die Expansionspläne, vorangetrieben durch den Agrartreibstoffboom in Europa, konzentrieren sich vor allem auf die Inseln Kalimantan und Papua. 2005 unterstützte die Regierung den Plan 1 Million Hektar Land in Kalimantan für die Entwicklung von Palmölplantagen für die exklusive Weiterverarbeitung zu Agrardiesel freizugeben, und derzeit ist die Umwandlung von 1,5 MH Regenwald in Plantagen in der autonomen Provinz Papua, inklusive einer Freihandelszone, geplant (IND/4: 2).

Neben dem neu gewonnenen Nutzen als Energiepflanze für die Produktion von Treibstoff, wird Palmöl hauptsächlich als Pflanzenfett für die Herstellung von Nahrungsmitteln und Kosmetika verwendet, wobei die weltweite Nachfrage vor allem aufgrund des Preisvorteils gegenüber den wichtigsten Konkurrenzölen aus Soja und Raps (IND/11: 4) eindeutig ansteigt.

Dieser Trend spiegelt sich auch in der Strategie Indonesiens wider. Seit Jahren ist die Palmölproduktion auf den Weltmarkt ausgerichtet, von 16,9 MT produziertem Rohpalmöl wurden 11,8 MT exportiert (IPOB 2008: 35), im Jahr 2008 waren es nahezu 14 MT (IND/6: 2).

Wird den Exportflüssen und damit den Importländern von indonesischem CPO nachgegangen, so zeigen sich in den letzten Jahren deutliche Verschiebungen. Indien ist mit 48 Prozent der indonesischen Exporte von CPO mit Abstand der wichtigste Partner, 17 Prozent der Exporte gehen in die EU und hier vor allem in den Hafen von Rotterdam (10 Prozent), aber auch direkt nach Deutschland (5 Prozent) und Italien (2 Prozent). 9 Prozent der Exporte werden nach Singapur und 5 Prozent nach Malaysia verschifft. Im Fall der Exporte in die Nachbarländer ist allerdings von einer klaren statistischen Problematik auszugehen, da gerade Singapur als reiner Handelsumschlagplatz für die Verschiffung in Drittländer fungiert.

Abbildung 3: Importländer von CPO aus Indonesien 2007



Quelle: IPOB 2008: 33.

Wieviel von dem produzierten Palmöl tatsächlich für die Weiterverarbeitung zu Agrardiesel verwendet wird, ist äußerst schwierig herauszufinden. In Indonesien wird davon ausgegangen, dass für die inländische Nachfrage nach Agrardiesel aufgrund der neuen gesetzlichen Beimischungspflicht (siehe Kapitel 4.1.2.) zirka 2,5 MT an CPO benötigt werden. Weltweit ist der Agrardieselanteil an der Gesamtmenge schwieriger zu bestimmen, da der Pflanzendiesel kaum als verarbeitetes Produkt exportiert wird, sondern Indonesien hauptsächlich als billiger Rohstofflieferant dient (IND/6: 3). Wie das Öl in den Importländern weiterverarbeitet wird, scheint in den Statistiken nicht auf, wenngleich aber durch die Expansion der Palmölproduktion gerade in den letzten Jahren seit den Beimischungspflichten von Agrartreibstoffen in den USA und der EU durchaus von einer Korrelation ausgegangen werden kann. Im Hinblick auf Indien als wichtigstem Handelspartner wird zwar die Weiterverarbeitung zu Agrardiesel in Folge des globalen Trends ebenfalls forciert, dennoch ist davon auszugehen, dass der Hauptanteil im Subkontinent hauptsächlich für die Herstellung von Nahrungsmitteln und Kosmetika verwendet wird.

4.1.2. Nationale Beimischungspflichten für Agrartreibstoffe

Im Einklang mit den internationalen Entwicklungen und wohl auch als Reaktion auf die Probleme im Agrartreibstoffhandel mit der EU und den USA aufgrund von Spezifizierungen und Nachhaltigkeitskriterien, konzentriert sich Indonesien auch national auf die Verwendung von Agrarenergie und führte mit 1. Jänner 2009 eine Beimischungspflicht für den Transportsektor ein. Nachdem Universitäten und Forschungsinstitute bereits seit der Jahrtausendwende verstärkt zu Agrartreibstoffen forschten, wurden vor allem seit 2006 die Bemühungen zur Implementierung staatlicher Politiken vorangetrieben.

So wurde im Präsidialentscheid Nr. 5/2006 festgelegt, dass 2025 fünf Prozent des Energiemix' aus Agrartreibstoffen kommen müssen (IND/5: 1). Konkretisiert wurde diese Forderung im Ministerialentscheid des Energieministeriums Nr. 32/2008, in dem ab dem Jahr 2009 Beimischungspflichten für Agrardiesel und Agrarethanol festgelegt werden. Zwar wird aufgrund des problematischen Preisszenarios für Palmöl – durch den dramatischen Anstieg der Preise bei Pflanzenölen ist ohne Subventionen von Seiten des Staates der Export von CPO derzeit weitaus lukrativer als die Verarbeitung zu Agrardiesel – bei einer niedrigen Beimischungspflicht von einem Prozent im Jahr 2009 gestartet, bis 2025 ist dieser Wert allerdings auf mindestens 25 Prozent festgesetzt. Da der Preis für fossilen Treibstoff in Indonesien nicht vom Marktpreis abhängig ist, sondern jedes Jahr von der Regierung festgelegt wird, beabsichtigt diese auch die Beimischung von Agrartreibstoffen entsprechend staatlich zu fördern (IND/7: 2).

Nach den westlichen Industrieländern und dem großen Vorbild Brasilien ist nun auch Indonesien voll in den Diskurs um Agrartreibstoffe eingestiegen. Dadan Kusdiana, politischer Entscheidungsträger im Energieministerium, betont dazu:

„We have prepared the standards, we have prepared the mandatory regulation, we have prepared the specification for the product, we have prepared on the guideline how to get the licence or permission to build biofuels facilities. We did some socialization, we put big pictures in bars and everywhere (...), a lot of advertisement and activities so far“ (IND/7: 1).

Obwohl von der technischen Abteilung des Energieministeriums versichert wird, hauptsächlich an der Erforschung geeigneter Technologien für Agrartreibstoffe der

2. Generation zu arbeiten², ist klar, dass derzeit Palmöl der einzige großflächig produzierbare Rohstoff ist: „*For biodiesel now, in the shortterm, we consider that palm oil will be the main feedstock. Probably the only feedstock for now*“ (IND/7: 2), sagt auch der Repräsentant des Energieministeriums dazu.

Wie viel nachdrücklich an der Erforschung zukunftssträchtiger Technologien und Rohstoffe geforscht wird, wenn die Erträge aus der Expansion von Palmölplantagen hohe ökonomische Profite versprechen, bleibt abzuwarten und muss in den nächsten Jahren weiter verfolgt werden.

Für die Expansion von Plantagen für die nationale Nachfrage sind die Pläne bereits konkret, um das Ziel eines fünfprozentigen Anteils an Agrartreibstoffen am nationalen Energiemix zu erreichen, braucht Indonesien bis 2025 mindestens 4 MH an zusätzlichen Palmölplantagen sowie 3 MH für Jatropha-Plantagen. Wird in Erinnerung gerufen, dass der Fokus der Palmöl- und Agrardieselexpansion eigentlich auf dem Export für den Weltmarkt liegt, sind die Erweiterungspläne mit 30 MT Produktion bis 2020 durchaus realistisch.

4.2. AkteurInnen und Akteurskonstellationen – Aufstrebende Player und marginalisierte Gruppen

In Anlehnung an eine polit-ökologische Analyse, wie sie Bryant und Bailey vorschlagen, soll im folgenden Kapitel die Akteursstruktur in der indonesischen Palmöl- und Agrartreibstoffindustrie erforscht werden. Dafür werden die Akteursgruppen Staat, Unternehmen, multilaterale Organisationen, NGOs und *Grassroots* bzw. *Communities* festgelegt, um Rollen, Einstellungen und Handlungsmuster dieser zu klären. Die Analyse basiert hauptsächlich auf qualitativen ExpertInneninterviews, die zwischen Dezember 2008 und Februar 2009 in Indonesien mit unterschiedlichen RepräsentantInnen der Akteursgruppen geführt wurden. Die Interviews wurden in der Folge entlang der Kategorien *Strategien, Interessen, Konzept von Entwicklung und Reaktionen auf die*

² In Indonesien hofft man aufgrund der guten klimatischen Bedingungen vor allem auf die Verwendung von Mikroalgen für den Energiesektor. Derzeit sind die Forschungen dazu allerdings noch nicht abgeschlossen und fehlende technische Zusammenarbeit bzw. ein Mangel an Interesse für dieses Thema von Seiten der Industrieländer wird beklagt (IND/5: 5f).

Nachhaltigkeitsproblematik ausgewertet, um dadurch ein Bild über die Strukturen und handelnden Personen in der Aneignung von Natur in Indonesien zu erlangen.

4.2.1. Der Staat

Nachdem die indonesische Politik bis 1998 von einer Einparteienherrschaft unter Präsident Suharto sehr zentralistisch geführt wurde, hat die Politik, nicht zuletzt aufgrund der Asienkrise der Jahre 1997/98, an Einfluss im Land verloren und die staatlichen Strukturen wurden geschwächt (IND/4: 6). Unter Einfluss des IWF wurde die Handelspolitik des Landes liberalisiert und die Weichen für ein exportorientiertes Entwicklungsmodell gestellt (IND/4: 3).

Im folgenden soll geklärt werden, welche Interessen und Strategien der indonesische Staat in Bezug auf die Palmöl- und Agrardieselproduktion verfolgt, welches Konzept von Entwicklung dem zugrunde liegt und nicht zuletzt welche Position die staatlichen RepräsentantInnen zu den Vorwürfen der Nachhaltigkeitsproblematik einnehmen.

4.2.1.1. Interessen

An die Produktion von Palmöl für die Herstellung von Agrardiesel knüpfen sich für den indonesischen Staat sowohl ökonomische als auch strategische Interessen. Offiziell sprechen die staatlichen RepräsentantInnen von drei vorrangigen Zielen, nämlich (1) Armutsbekämpfung und Schaffung von Arbeitsplätzen, (2) Ermutigung zu nachhaltigen ökonomischen Investitionen sowie (3) einer verstärkten Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern (Indonesian Delegation 2008: 9).

Dass die Expansion von Palmölplantagen und der Fokus auf Rohstoffe für die Agrartreibstoffproduktion tatsächlich Arbeitsplätze bringen und zur Armutsbekämpfung beitragen, glaubt in Indonesien dennoch kaum jemand. Das Modell ist auf den Export von Rohstoffen und damit auf die kurzfristige Stimulation der Ökonomie durch Deviseneinnahmen gestützt, einen integrierten Ansatz gibt es derzeit nicht (IND/3: 2, IND/16: 4f). Ein Vertreter von WALHI, einer Umwelt-NGO in Indonesien bestätigt das:

„The increasing production of CPO in Indonesia is for the export and to fulfill biofuels production in other countries. Indonesia uses only less than 30% of the CPO

production that is produced of the industry in Indonesia, the other amount is for the export (IND/3: 2)“.

Die eingeschränkte Verfügbarkeit von fossilen Energieträgern, hauptsächlich von Erdöl, ist für Indonesien ein neues Phänomen. Das einzige südostasiatische OPEC-Mitglied konnte lange Jahre auf hohe nationale Erdölvorkommen zurückgreifen, ist allerdings in den letzten Jahren aufgrund des starken Bevölkerungswachstums und der erschöpfenden Reserven zum Nettoimporteur von Erdöl geworden (CIA 2008). Auch wenn die Diversifizierung des Energiemix' langfristig eine bedeutende Rolle spielt, wird ein integrierter Ansatz in dieser Richtung derzeit nicht näher verfolgt. Zwar gibt es ambitionierte Ziele, eine Gesamtstrategie, vor allem für die weiterverarbeitende Industrie, fehlt allerdings weitgehend (IND/5).

Interessant ist, dass im Gegensatz zum Diskurs in Europa, der hauptsächlich um die Reduktion von CO₂-Emissionen aufgebaut wurde (IND/15: 3), der Umweltaspekt von Agrartreibstoffen beinahe keine Beachtung findet und, vor allem von staatlicher Seite, deutlich hinter ökonomischen Interessen zu finden ist.

4.2.1.2. Strategien

Mit welchen Strategien der Staat in der Promotion eines Entwicklungsmodells arbeitet, das ausschließlich auf kurzfristige ökonomische Entwicklung abzielt, wird aus einigen Gesprächen mit NGOs deutlich. Die regionale Umweltorganisation Jikalahari, die in der Provinz Riau tätig ist, beschreibt die zunehmende Kriminalisierung von Gemeindemitgliedern, die sich gegen die Produktion von Palmöl bzw. gegen den Verkauf von Land für die Plantagen zur Wehr setzen:

„Most of the communities become criminalized by the government. The government says, ok, you refuse it and this means you are anti-development (...). The government sometimes uses these conflicts as a tool to force the communities to engage in kind of a partnership, a kind of promise or cooperation between the communities and the companies“ (IND/13: 1).

Diese Strategie der Kriminalisierung von Menschen, die dem Modell der hauptsächlich für den Export ausgerichteten industriellen Landwirtschaft nicht zustimmen, ist nicht neu und wird auch in der Zuckerrohrindustrie für die Herstellung von Agrethanol in Brasilien beobachtet (Monsalve Suárez 2008: 50).

Aber auch die offizielle Version von Armutsbekämpfung, Arbeitsplatzbeschaffung und wirtschaftlicher Entwicklung kann als Strategie in der „Bewerbung“ von Palmöl für den Agrartreibstoffmarkt behandelt werden. Die Regierung unternahm, hauptsächlich in den Jahren 2005 und 2006, in denen sowohl die Preise für CPO als auch die Handelsbeziehungen mit der EU für Palmöl zur Agrartreibstoffherzeugung besonders günstig waren, enorme Bemühungen zur Sozialisierung von Agrarenergie als Gewinn für alle Beteiligten (IND/7: 1). Diese Sozialisierung gilt als wichtige Strategie, um die Gemeinden von der Umstellung von Kakao-, Kautschuk- oder Obstplantagen, die oftmals in kleineren Strukturen und im Einklang mit Subsistenzmethoden bepflanzt werden, auf Palmölplantagen zu überzeugen. Ein Vertreter von WALHI beschreibt das folgendermaßen: *„The first time that oil plantations come to an area local communities always think this is a new era for them to get money easily from the companies“* (IND/3: 6).

4.2.1.3. Konzept von Entwicklung

Die genannten Interessen und Strategien des indonesischen Staates lassen auf ein Entwicklungsmodell schließen, das in der Hauptsache auf den Export von Rohstoffen für kurzfristiges Wachstum und Deviseneinnahmen aufbaut und dessen langfristige Strategie im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung nicht zu erkennen ist. Zwar ist dem Staat durchaus bewusst, dass die weiterverarbeitende Industrie im Land fehlt, integrierte Konzepte gibt es derzeit trotzdem nicht. Ein Entscheidungsträger des Energieministeriums bringt das Problem auf den Punkt:

„We also realized that the downstream industry of palm oil is not very much developed in Indonesia. I think this is our lacking. We only export CPO, for example to India, and then India converts it to biodiesel, then they offer us the biodiesel“ (IND/7: 3).

Investitionen in möglicherweise zukunftsfähigere Technologien werden zurückgehalten, denn der Export und die Expansion von Palmöl bringt Devisen in einem Markt, der in Indonesien bereits etabliert und von großen Unternehmen kontrolliert ist.

Eine Forscherin der technischen Abteilung des Energieministeriums, die seit einigen Jahren an der Erforschung von Mikroalgen für die Verwendung als alternative Energieform arbeitet, erklärt die Entwicklungen:

„I think it is normal when the palm oil industry is already established, people from the ministry of finance, they only like to see something they can grasp. So money goes to the palm oil plantations but for microalgae you don't know yet, it doesn't attract the attention of the government. I mean we are the government but there are some departments that have the power for financials" (IND/5: 6).

Dass sich Indonesien hauptsächlich auf „on-farm“ Aktivitäten (IND/16: 2) beschränkt, hat möglicherweise kurzfristig hohe Exporterträge zur Folge, bringt allerdings auch spürbare Probleme mit sich. Die extremen Preisschwankungen am Weltmarkt für Pflanzenöle in den letzten Jahren und vor allem seit dem Jahr 2007 treffen rohstoffexportierende Länder besonders hart. ProduzentInnen müssen sich der so genannten Marktlogik, die die Preise durch Spekulationen in ungeahnte Höhen und Tiefen leitet, beugen, die Weltmarktpreise werden aufgrund der fehlenden Wertschöpfung durch weiterverarbeitende Produktion im Land direkt an die ProduzentInnen weitergegeben, was vor allem unabhängige Kleinbauern und -bäuerinnen trifft.

Zwar könnten die hohen Rohölpreise für Palmöl³ auch als positive Entwicklung für die ProduzentInnen angesehen werden, in der Praxis nützen diesen die Preissteigerungen allerdings wenig. Denn wenn Palmöl im Vergleich zu Soja- oder Rapsöl keinen ökonomischen Vorteil mehr bringt, werden sich wichtige HandelspartnerInnen Indonesiens auf andere Märkte konzentrieren und die ProduzentInnen können ihre Produkte nicht mehr absetzen. „It's just the price“ (IND/10:5), der über den Handel zwischen der EU und Indonesien entscheidet, erstere sucht sich auf dem Weltmarkt eben andere Rohstoffe aus anderen Ländern des Südens für die Erzeugung der benötigten Agrartreibstoffe.

Dass durch die jüngsten Probleme im Handel mit der EU, die die hohen Erwartungen nicht nur von Seiten des Staates eindeutig gedämpft haben, auch versucht wird die nationale Agrartreibstoffindustrie anzukurbeln, zeigen die jüngsten Beimischungspflichten. Da es für Treibstoff in Indonesien sowohl einen Marktpreis als auch einen von der Regierung subventionierten und damit sehr niedrigen Preis gibt, kann die Produktion von Agrartreibstoffen für die Nutzung im Inland langfristig

³ Der Preis für CPO lag im 1. Quartal 2008 bei unglaublichen US 1 320 Dollar, fiel allerdings im 3. Quartal auf US 420 Dollar bevor er wieder leicht anstieg (Florin 2009).

nur durch eine gleichzeitige Subventionierung ebendieser wirtschaftlich profitabel gemacht werden. Langfristig vor allem deshalb, weil die Wirtschaftlichkeit in enormem Ausmaß nicht nur vom Erdölpreis sondern vor allem von den extrem schwankenden Preisen für Palmöl abhängig ist. Das Energieministerium bestätigt diese Vorgehensweise: „*If fossile fuels are subsidised than biofuels should also be subsidised*“ (IND/7: 2).

Dass diese forcierte nationale Nutzung von Agrartreibstoffen als Strategie hin zu einem verstärkt integrativen Entwicklungsmodell angesehen werden kann, lässt sich nicht bestätigen, eher kann es als Versuch gewertet werden, die hohen Exporterwartungen durch die Beimischungspflicht in der EU aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Lage im Inland zu kanalisieren.

4.2.1.4. Reaktionen auf die Nachhaltigkeitsproblematik

Die populäre Thematisierung der Nachhaltigkeitsproblematik innerhalb der EU hat zwar an der zehnprozentigen Beimischungspflicht für Agrartreibstoffe nicht gerüttelt, dafür Nachhaltigkeitskriterien für Treibstoffe aus Energiepflanzen eingeführt, die vor allem für den Handel zwischen Indonesien und der EU von Bedeutung sind. Während der Diskurs um Nachhaltigkeit in Indonesien auf staatlicher Ebene keine große Rolle spielt, sind sich die RepräsentantInnen der Regierung der Bedeutung dieser Thematik für das Funktionieren der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen EU und Indonesien durchaus bewusst und versuchen der Debatte unter anderem durch eine Anzweiflung der Berechnungsmethoden von nachhaltiger Produktion zu begegnen. Von einem Repräsentanten des Energieministeriums wird eingeräumt, dass die Berechnungsmethoden für die geforderten 35 Prozent Emissionseinsparung im Vergleich zu fossilen Treibstoffen zu Lasten Indonesiens und deren hauptsächlichem Exportrohstoff Palmöl ausfallen (IND/7:4). Zwar wird die Notwendigkeit einer nachhaltigen Produktion in der Kooperation mit der EU immer stärker berücksichtigt, die Maßnahmen beruhen allerdings auf einer reinen Reaktion auf die europäische Nachfrage als auf der Thematisierung der Nachhaltigkeit von Agrartreibstoffen an sich:

„We follow this with RSPO [Roundtable on Sustainable Palm Oil, Anm. d. Verf.], in which Indonesia is very active on this issue. We respect this issue very much. We are

probably not very similar with the European way of thinking but we put that issue also in the planning, and in any other aspect” (IND/7:6).

4.2.2. Die Unternehmen

Die Akteursstruktur im Feld der Unternehmen bzw. dem, was weitläufig als *business* bezeichnet wird, ist im Bereich der Agrartreibstoffe in Indonesien in viele unterschiedliche Unternehmensgruppen unterteilt. Neben den ProduzentInnen von Agrardiesel sind PlantagenbetreiberInnen, Raffinerie- und Handelsunternehmen, aber auch Banken und andere Finanzdienstleister beteiligt (IND/11: 1, IND/16: 3).

In Indonesien sind derzeit mehr als 30 große Palmölplantagengruppen tätig, die wichtigsten unter ihnen sind Sinar Mas, Bakrie Plantations, Wilmar, Cargil, Astra Agro Lestari, ADM sowie das staatlich kontrollierte Unternehmen PTPN (IND/16:3, IND/1: 1, IND/4: 2, Greenpeace 2007: 36ff). Obwohl einige der großen Unternehmen in der Plantagenindustrie ihren Sitz in Indonesien haben, kommen die Investitionen doch meist aus dem Ausland, hauptsächlich aus Singapur, Malaysia und China aber auch aus Europa (IND/4: 2, IND/5: 4). Allein malaysische Unternehmen besitzen mehr als 40 Prozent der Palmölplantagen in Indonesien (IND/16: 3).

Sieht man sich die Struktur der verarbeitenden Industrie zu Agrardiesel in dem südostasiatischen Inselstaat an, zeigt sich ein anderes Bild. Derzeit sind 11 Unternehmen für die Produktion von Agrardiesel registriert, insgesamt mit einer Produktionskapazität von 2,5 MT im Jahr 2008 (IND/6: 2ff). Die Unternehmen sind beinahe ausschließlich indonesisch dominiert, westliche Agrardieselhersteller begnügen sich lieber mit den Rohstoffen bzw. positionieren sich in strategisch bedeutsamen Ländern, die bessere Rahmenbedingungen für die Industrie bieten können als Indonesien (IND/5: 4, IND/3: 2). In diesem Zusammenhang ist auch die Eröffnung einer Raffinerie durch den finnischen Agrardieselhersteller Neste zu sehen. Durch die Nähe zu Indonesien kann das Unternehmen auf die billigen Rohstoffe des Nachbarn zurückgreifen, allerdings die besseren politischen und ökonomischen Bedingungen für die verarbeitende Industrie in Singapur nutzen.

Interessanterweise sind es in Indonesien weniger die großen Plantagenunternehmen, die in der Agrartreibstoffindustrie eine neue Absatzmöglichkeit suchen, sondern hauptsächlich neue Unternehmen der verarbeitenden Industrie, die die Problematik der Rohstoffbeschaffung, vor allem aufgrund der extremen Preisschwankungen, unterschätzen. Eine Mitarbeiterin eines Consultingunternehmens im Energiesektor aus Malaysia beschreibt diese Problematik:

„For the biodiesel industry most of the investors, we initially thought, would be coming from the plantation companies. They have their own plants and I thought the first place is those people. Then we noticed that those people were actually more conservative. Probably a handful of them went into the investment of biofuels but it was kind of like an extension towards their oleochemical business whereas the majority of the investors that actually came in during that wave of biodiesel investments were just entrepreneurs and start-up companies that probably saw that it is a quick way to get quick money, not realizing the importance of being back integrated towards feedstock” (IND/10: 3).

Diese Entwicklungen bestätigen den fehlenden integrierten Ansatz in der Entwicklung der Agrartreibstoffindustrie in Indonesien und den bleibenden Fokus auf den Export von Rohstoffen durch die fehlende Etablierung einer verarbeitenden Industrie.

Auf der Ebene der Finanzdienstleister spielen klingende internationale Namen wie HSBC (Hongkong and Shanghai Banking Corporation), ABN Amro, Fortis oder Rabobank, aber auch nationale Banken eine bedeutende Rolle in der Finanzierung der indonesischen Palmölindustrie und den zugehörigen Bereichen (IND/16: 3). Sie bestimmen in erheblichem Ausmaß die Geschäfte der Unternehmen und haben hohen Einfluss auf die Strategien und Betätigungsfelder. Das zeigt nicht zuletzt die Mitgliedschaft vieler Finanzdienstleister im Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO) (siehe Kapitel 4.2.2.4.) (IND/8: 5).

4.2.2.1. Interessen

Werden die Interessen der Unternehmen in der Palmöl- und Agrardieselindustrie analysiert, ist klar, dass sie vordergründig auf Profit orientiert sind. Nichts desto trotz lassen sich auch bei diesem Akteur einige Besonderheiten ausmachen, die für die Struktur in Indonesien kennzeichnend sind. Evident ist, dass die Erwartungen der Unternehmen, nach den eindeutigen Signalen durch die Biokraftstoffrichtlinie der

EU, der Beimischungspflicht in den USA und darauf folgend der enormen Werbung für Agrartreibstoffe im Land selbst, sehr hoch waren, diese allerdings durch die Probleme im Handel mit Europa, aber auch durch das ungünstige Preisszenario nur teilweise erfüllt werden konnten:

„Of course there is a high interest from the industry to get involved in biofuels but I am not sure if it works as they expected it at the beginning of this policy issue in 2006. The newspaper, the TV, they all were so busy with the biofuels topic but now it is quite silent” (IND/5: 4).

Diese Entwicklung ist allerdings nicht nur durch die Nachhaltigkeitsproblematik in Bezug auf die EU bzw. die Probleme mit den steigenden Preisen zu erklären, sondern spiegelt die Struktur der Palmölindustrie an sich wider. Denn die großen etablierten Palmölunternehmen mit riesigen Expansionsplänen für ihre Plantagen sind an der Entwicklung von Agrardiesel gar nicht wirklich interessiert, sondern kanalisieren ihre Interessen im Export von CPO für den Weltmarkt und damit als Rohstoff für die Weiterverarbeitung zu Agrardiesel, Nahrungsmitteln oder Kosmetika in Importländern wie Europa, USA oder Südasien, da der Aufbau einer verarbeitenden Industrie in Indonesien durch fehlende Rahmenbedingungen und Anreize keine Aussicht auf mehr Profit bietet. Anders verhält es sich mit den Interessen der nationalen Agrardieselunternehmen, die im Export von Agrarenergie für den europäischen Markt ihre wichtigste Chance sehen:

„At the time when the peak of the investment was, most of the producers or investors had the idea to produce biodiesel out of palm and selling it overseas to Europe and the US because palm oil was a cheaper feedstock [than rapeseed or soy, Anm. d. Verf.]. Many issues then arrived because the hike of commodity prices, as you know vegetable oil prices went up skyhigh, for one and for two the European government had some sort of protectionist attitude and bias towards rapeseed oil that itself made it very difficult for producers here to sell their products overseas” (IND/10: 1).

Paulus Tjakrawan, Generalsekretär der Gesellschaft der indonesischen Biotreibstoffproduzenten (APROBI) und Direktor des Unternehmens *PT. Indo Biofuels Energy*, bestätigt die hohen Erwartungen an den europäischen Markt, räumt aber ein, dass sich der Fokus durch die zunehmenden Probleme mit dem Export von Agrardiesel auch auf den nationalen Markt verlagert. Dass die Preispolitik des Staates in diesem Bereich eine große Rolle spielt und die Unternehmen ohne Subventionen mit dem staatlich geförderten Ölpreis nicht konkurrieren können, spielt

hierbei eine wichtige Rolle und ist mit verantwortlich für die unsichere Lage von indonesischen Agrartreibstoffunternehmen, während die *big player* in der Plantagenindustrie sich weiterhin auf den sicheren Bereich des Rohpflanzenölexports konzentrieren (IND/6: 5).

4.2.2.2. Strategien

Die Strategien der Unternehmen zur Durchsetzung ihrer Interessen sind auf mehreren Ebenen angesiedelt. Für die Produktion von Palmöl von essentieller Bedeutung ist die Verfügbarkeit über fruchtbares Land, Strategien um Gemeinden von den Vorteilen eines Verkaufs ihrer Ländereien für den Aufbau von großflächigen Palmölmonokulturen zu überzeugen, nehmen deshalb einen zentralen Stellenwert in der Analyse ein. Zudem sollen aber auch Strategien zum Export von Agrardiesel oder CPO in den „empfindlichen“ europäischen Markt sowie strukturelle Strategien zur Profitmaximierung erläutert werden.

In Bezug auf die Vorgangsweise der Unternehmen, in der Regel große Plantagenfirmen, Land von den Gemeinden zu erwerben, hat sich die Sozialwissenschaftlerin Lian Gogali eingehend mit den Strategien der Firmen beschäftigt (IND/2: 3). Ein erster wichtiger Schritt ist dabei das so genannte *mapping*. Die Unternehmen versuchen ein möglichst genaues Bild über die möglichen Ländereien für ihre Palmölplantagen zu gewinnen, eruieren die Besitzverhältnisse an den fruchtbaren Landflächen an Flüssen oder anderen Wasserquellen, versuchen nähere Informationen zu den Einstellungen der Gemeindemitglieder, vor allem der *community leader*, zu geplanten Plantagenprojekten zu bekommen und machen sich ein Bild über die Infrastruktur und die Möglichkeiten für den Ausbau derselben. Im zweiten Schritt versuchen sie die Schlüsselpersonen von der enormen Bedeutsamkeit des Projekts für die Entwicklung der Region bzw. des Dorfes zu überzeugen:

„First, they always try to come close with the local government. In my experience they can always make local governments to believe them. They promise that the village will be rich, have a good economy, have good facilities and so on. After the local government, they will try to come close with the key person in the village, because in the village there are persons who have power over the people. (...) They will know with which person it is easy to come close with or to agree with their concept, or with which person it is maybe hard” (IND/2: 3).

Auch WALHI bestätigt diese Strategie der selektiven Verhandlungen mit Schlüsselpersonen aus den Gemeinden und in vielen Fällen die Einschüchterung von Personen, die sich gegen den Verkauf ihrer Ländereien zur Wehr setzen (IND/3: 6, IND/1: 3).

Dass die Unternehmen bereit sind für den „positiven“ Abschluss von Verhandlungen auch über Geldgeschenke und Einschüchterungen hinauszugehen, weiß Nasir Sihotang, Mitglied der Gemeinde *Batang Kuma* in der Provinz Riau. Seit 1995 betrieb eine Kleinbauern und -bäuerinnengruppe aus dem Dorf Landwirtschaft auf einer Fläche, für die sie eine Lizenz der Provinz Riau hatten. 1998 kam das Plantagenunternehmen *PT Mazuma Agro Indonesia*, erklärte 203 Hektar dieses Landes als Eigentum des Unternehmens und stützte sich dabei auf eine Lizenz der Provinz Nord-Sumatra. Als die Gemeinde sich weigerte ihr Land dem Unternehmen zur Verfügung zu stellen, überschlugen sich die Ereignisse:

„On 26.9.1998, after they had claimed in May that this area belonged to their concession, they brought 40 people from the military to force the community to get out of their land, to get out of their houses. At 1 pm, when people were preparing and eating lunch, without an order, they just spread out fuel to burn it. Just to force the community to run away. The community saw fire and they ran out and after they had got out the military beat them and hit them. This is criminal” (IND/14: 1).

Seit 10 Jahren hat *PT Mazuma Agro Indonesia* unter Miteinbeziehung der 203 Hektar gestohlenem Land der Bauern und Bäuerinnen von *Batang Kuma* nicht nur eine Plantage sondern auch eine Raffinerie errichtet und produziert Palmöl in großem Stil. Mit Beschwerden hatten die Gemeindemitglieder bisher keinen Erfolg, da nach Aussage der lokalen Behörden die Grenzen für die betroffene Fläche nicht klar sind und die Zugehörigkeit des Landes deshalb nicht eindeutig festgelegt werden kann (IND/14: 2). Dass weniger die ungenauen bzw. fehlenden Grenzziehungen sondern große Summen an Geld für die LokalpolitikerInnen von Seiten des Unternehmens die Lösung des Problems erschweren, weiß Nova Primasari von der regionalen NGO Jikalahari (IND/12: 4), doch den Koalitionen zwischen den Unternehmen und den Lokalregierungen stehen viele *Communities* machtlos gegenüber.

Eine weitere Strategie der Unternehmen baut auf einem grundlegenden Problem vieler indonesischer Regionen auf, der fehlenden Infrastruktur sowohl an

Einrichtungen im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich als auch für den Absatz von landwirtschaftlichen Produkten. Was der Staat an der Bereitstellung von Infrastruktur für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung verabsäumt, kompensieren in vielen Teilen Indonesiens die Unternehmen, eine gute Strategie um die Gemeinden von den Vorteilen der Palmölproduktion zu überzeugen:

„When the companies come to an area, they make new roads for them and build a new school, build health centers (...). At the boarder to Malaysia in Kalimantan the good road goes to Malaysia and not to Indonesia. So they still need good access to capital, but the government only does some advocation with the companies, and then the companies will build the road for the communities (...). So why they choose to support oil palm plantations on their area? Because they only need the roads or the good access” (IND/3: 6f).

Dieses Modell einer Verlagerung von Aufgaben öffentlichen Interesses in das Tätigkeitsfeld von privatwirtschaftlichen Unternehmen, birgt viele Probleme in sich, indem sowohl eine einseitige Abhängigkeit der Gemeinden vom Willen der Unternehmen als auch eine Willkür der Unternehmen im Umgang mit gemeinschaftlich genutzter Infrastruktur geschaffen wird.

Eine besonders interessante Strategie um die Expansion eines Unternehmens über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus auszudehnen und damit Profit innerhalb eines Unternehmens zu maximieren, ist die Aufsplitterung von Unternehmen in Tochtergesellschaften und Subunternehmen (IND/12: 3). Die *big player* in der Palmölindustrie können mit dieser Strategie mehrere Millionen Hektar Land bewirtschaften, auch wenn die maximale Fläche für Palmölplantagen pro Unternehmen gesetzlich auf 100 000 Hektar festgelegt ist. In der autonomen Provinz Papua mit den größten noch verbleibenden Regenwaldvorkommen ist dieser Wert auf 200 000 Hektar festgelegt (Directorate General of Plantation 2007: 12; 34). Genau dort geht eines der größten in Indonesien tätigen Plantagenunternehmen Sinar Mas derzeit exemplarisch vor:

“As Indonesian law does not allow any one company to hold in excess of 200 000 hectares in Papua, Sinar Mas has split large forest blocks into several concession areas. For example, it has created 14 seperate companies in a bid to gain control over 1,8 million hectares in the forested southeast corner of Papua” (Greenpeace 2007: 40).

Zudem sind die Strategien oftmals nicht auf die vertikale Ebene und damit auf die Expansion im gleichen Betätigungsfeld beschränkt, sondern dehnen sich die Unternehmen auch horizontal aus und expandieren zu Unternehmenskonglomeraten. So engagiert sich etwa Sinar Mas neben der Palmölindustrie auch in der Papier- und Zellstoffherzeugung, hat eigene Banken und Versicherungen gegründet und leitet Unternehmen in der Immobilienbranche (IND/12: 4, Sinar Mas 2007).

In einem etwas anderen Bereich ist eine weitere Unternehmensstrategie angesiedelt, die sich weniger um die Struktur des Unternehmens oder auf den Erwerb von Land und Lizenzen konzentriert, sondern die politischen Subventionen für Agrartreibstoffe in den USA für den Export von Agrardiesel aus Palmöl nach Europa nutzt.

Die USA als wichtiger Unterstützer einer auf Agrartreibstoffen basierenden Energiepolitik verfolgten bis zum Jahr 2007 eine spezielle Strategie der gesetzlichen Subventionierung von Agrarenergie. Laren Ks Tan, malaysischer Finanzdienstleister, erklärt die Strategie der USA:

„For every gallon of biodiesel that is used and blended with diesel or ethanol you get US 1 dollar credit, like a cash incentive. If I have biodiesel and put in some diesel, a B100 is 100% biodiesel, if I put in 1% of diesel it becomes B 99. If I have B 99 I get back US 300 dollars from the government because 1 ton is about 300+ gallons. If I have any kind of biodiesel, soy, rapeseed or palm, I put a drop of diesel in and go to the US government and say, give me the money” (IND/11: 4).

Vor allem für Palmöl hatte diese Subventionierung einen extremen Vorteil, war es doch auch ohne finanziellen Anreiz schon das billigste Pflanzenöl im Vergleich zu Soja- und Rapsöl. Auch nach Zulagen für Fracht und Verschiffung konnte weder Soja in den USA und schon gar nicht Raps in der EU mit dem südostasiatischen Palmöl konkurrieren, denn der Agrardiesel konnte sowohl in die USA verschifft werden, als auch von dort abzüglich der Subventionierung in die EU weitertransportiert werden (IND/11: 4f).

Das machte sowohl die USA als auch die EU zu wichtigen Handelspartnern für die indonesischen Agrartreibstoffunternehmen, die zwischen 2007 und 2008 extrem von dieser Politik profitierten. Mitte 2008 begannen auch die USA zu verstehen, dass dies nicht nur die europäische Rapsindustrie auf Dauer zerstören würde, sondern auch die eigene Agrardieselproduktion aus Soja mit dem niedrigen Palmölpreis nicht

mithalten konnte. Folglich wurden Kriterien für die Subventionen eingeführt, der Agrardiesel musste in den USA entweder konsumiert oder produziert werden, wodurch die Abwanderung der US-amerikanischen Subventionen nach Südostasien verhindert werden sollte (IND/11: 5). Nach einer kurzen Hochphase im Handel mit Agrardiesel mit den bevorzugten westlichen Partnern, muss sich Indonesien nun wieder hauptsächlich auf die Rolle des Rohstoffexporteurs beschränken.

Doch nicht nur im wirtschaftlichen und sozialen sondern auch im religiösen Bereich sind die Strategien der Unternehmen angesiedelt. Die Wissenschaftlerin Lian Gogali beschreibt diese in ihrem Heimatdorf *Taliwan* in Zentral-Sulawesi, wo ein großer Anteil der Bevölkerung christlichen Glaubens ist. Ihr zufolge findet sich auf der Spendenliste der Kirche, neben den Kleinbeträgen der Gemeindemitglieder, auch ein Unternehmen, das die Errichtung einer neuen Plantage auf den Ländereien um die Gemeinde plant, mit einem Großbetrag vertreten. Dass dies das Image des Unternehmens in der gläubigen Gemeinde in enormem Maß erhöht, ist sie sich sicher: „*This list is meaningful because the community is discussing about that. Discussing about, how kind of them*“ (IND/2: 8).

4.2.2.3. Konzept von Entwicklung

Welches Konzept von Entwicklung sich hinter den Interessen und Strategien der Unternehmen verbirgt ist weitgehend klar und auch nicht überraschend. Wirtschaftliche Entwicklung soll um jeden Preis gefördert werden, die Maximierung von Produktivität und damit von Profit stellt das Maß aller Dinge dar (IND/8: 3). Auffallend ist die starke Ausprägung eines neoliberalen Entwicklungsverständnisses, in dem vormals eindeutig staatliche Aufgaben, wie der Aufbau von Sozial-, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen sowie Leistungen im Transportbereich, zunehmend von privatwirtschaftlichen Akteuren übernommen werden.

Umweltschutz ist nur dann akzeptabel, wenn er mit den Grundsätzen von ökonomischer Gewinnmaximierung in Einklang gebracht werden kann, ein Gedankenmodell, das auch in den drei Ps der Nachhaltigkeit des Roundtable on Sustainable Palm Oil, nämlich *people*, *planet* und *profit*, deutlich wird. Eine Mitarbeiterin von RSPO verdeutlicht das noch einmal:

„Plantations comply with the indicators, that means they also address environmental issues, address social issues, and also, not less important, the company should also maintain the profit, not only environmentally and socially but also profitable“ (IND/8: 2).

Eine Investition in nachhaltige Entwicklung ohne Aussicht auf Profit, ist ein undenkbarer Weg für die Organisation. Die *Communities* können aufgrund ihrer derzeitigen rückständigen Position nur durch die Zusammenarbeit mit den Unternehmen die Vorteile von wirtschaftlicher Akkumulation erkennen.

4.2.2.4. Reaktionen auf die Nachhaltigkeitsproblematik

In den Reaktionen auf den Vorwurf der wenig nachhaltigen Produktion von Agrartreibstoffen treffen sich die Unternehmen eindeutig mit der Sichtweise des Staates. In den Berechnungen zur Einsparung von Treibhausgasemissionen, wie sie von der EU in der neuen Richtlinie zu den erneuerbaren Energien angewendet werden, sehen sie keinen Bezug zur realen indonesischen Situation, die EU würde vielfach ganz einfach falsch kalkulieren, meint etwa Paulus Tjakrawan. An der Abholzung der Regenwälder sei seiner Ansicht nach vor allem das enorme Bevölkerungswachstum in Indonesien Schuld, die Notwendigkeit nach Nahrung und Wohnmöglichkeiten für die steigende Anzahl an Menschen mache dies unumgänglich (IND/6: 8).

Die interessanteste und für die aktuelle Debatte besonders bedeutende Reaktion auf die Nachhaltigkeitsproblematik ist aber zweifelsohne der Versuch einer Inkorporation von Umweltproblematiken in das kapitalistische System der ökonomischen Akkumulation durch Zertifizierung.

Während Zertifizierung und nachhaltige Produktion zu Beginn der Debatte um Agrartreibstoffe und auch in der Biokraftstoffrichtlinie der EU von 2003 noch keine bzw. höchstens eine marginale Rolle durch die Thematisierung von Seiten einiger NGOs spielten, hat das Thema gerade im Jahr 2008 an Bedeutung gewonnen. Die massiven Proteste vieler NGOs gegen Regenwaldrodungen, Verlust von Biodiversität und Massenvertreibungen von Indigenen und Kleinbauern und -bäuerinnen schlugen sich in der neuen Richtlinie für erneuerbare Energien nieder und verpflichten die ProduzentInnen von Agrartreibstoffen für den

europäischen Markt zu einer Treibhausgasreduktion von mindestens 35 Prozent gegenüber fossilen Kraftstoffen (Europäisches Parlament 2008). Wollen die südostasiatischen Länder weiterhin Agrardiesel aus Palmöl in die EU exportieren, müssen sie künftig wenigstens auf dem Papier gewissen Umweltstandards folgen. Die wichtigste Organisation in Südostasien für die Zertifizierung von nachhaltig produziertem Palmöl ist zweifelsohne der *Roundtable on Sustainable Palm Oil* (RSPO). 2002 wurde das Netzwerk von der weltweit tätigen Umwelt-NGO WWF initiiert und schließlich 2004 formal gegründet, seitdem sind vor allem Unternehmen in diesem Gremium besonders aktiv (RSPO 2004). Indonesien befasst sich erst jüngst mit RSPO, unter den Gründungsmitgliedern befand sich kein einziges indonesisches Unternehmen, hauptsächlich wurde die „*multistakeholder organization*“ (IND/8: 1) zu Beginn von europäischen Handelsunternehmen und weiterverarbeitenden ProduzentInnen in der Nahrungsmittel- und Kosmetikindustrie⁴ getragen.

Wie die Verbindungsbeauftragte des RSPO in Indonesien, Deuxiemi Kusumadewi, erklärt, orientieren sich die Richtlinien an den drei Säulen *people, planet* und *profit*, bereits hier wird die Bedeutung des marktwirtschaftlichen Aspekts in der Zertifizierungslogik deutlich. Darauf aufbauend wurden *Principles & Criteria* mit über 100 Indikatoren ausgearbeitet, die sich auf rechtliche, ökonomische, ökologische und soziale Themen sowie auf *best management*-Praktiken beziehen (IND/8: 2, RSPO 2007). Interessanterweise ist die Mitgliedschaft im RSPO nicht automatisch mit der Erfüllung der *Principles & Criteria* bzw. einer Notwendigkeit zur Zertifizierung verbunden. Im Dezember 2008 hatten sich lediglich drei Plantagenunternehmen, zwei aus Malaysia und eines aus Papua Neuguinea, der Prüfung durch die Auditoren des RSPO unterzogen, alle anderen Mitglieder konnten die sozialen und ökologischen Richtlinien freiwillig erfüllen, sich aber trotzdem mit der Mitgliedschaft im RSPO schmücken. Deuxiemi Kusumadewi erklärt dazu folgendes:

„I always encourage them [the RSPO members, Anm. d. Verf.] to follow, whether they want to step up to audit and certification is another matter. When they feel they need certification, when there is a need to undertake RSPO audits that is their choice.

⁴ RSPO wurde 2002 vor allem auf Drängen des Nahrungsmittelriesen Unilever gegründet (RSPO 2004), der durch die Verwendung von Palmöl massiv unter Druck geraten war.

Because RSPO is voluntarily. But I always encourage them, please study the RSPO Principles & Criteria because this is good for them" (IND/8: 8).

Sehr schnell wird klar, dass Zertifizierungssysteme nicht an der Umwelt oder den sozialen Lebensbedingungen der Menschen interessiert sind, sondern der wirtschaftliche Mehrwert und Profit das Interesse an dieser Form des Umgangs mit Umwelt- und Sozialproblemen bestimmen. Die Veränderung von Strukturen, weg von einer agroindustriell dominierten Landwirtschaft hin zu einer nachhaltigen, kleinbäuerlichen und stärker regional orientierten Landwirtschaft, wird in solchen Systemen nicht angedacht. Der technokratische Ansatz glaubt an die Lösung von Nachhaltigkeitsproblemen, ohne das bestehende System der Produktion von Nahrungsmitteln und Energiepflanzen bzw. generell das auf ökonomische Akkumulation und Produktivitätssteigerung aufgebaute Modell von Entwicklung zu hinterfragen. Dass in dieser Diskussion widersprüchliche Zielsetzungen aufeinanderprallen und die Umweltproblematiken ohne konflikthafte Auseinandersetzungen mit dem Akkumulationsregime im Allgemeinen nicht gelöst werden können, denkt hier niemand an.

Die Nachhaltigkeitsproblematik wird als Hindernis für den Handel mit Europa verstanden, Zertifizierung ohne grundsätzlich die Verwendung von agroindustriell produzierten Nahrungsmitteln für die Energieversorgung zu hinterfragen als einfache Lösung. Ray Hogger, technischer Direktor eines europäischen Handelsunternehmens, bestätigt das: „*We have to sort out the sustainability issue. Once everybody is happy about sustainability, there is no problem*“ (IND/9: 1). Umweltprobleme werden als externe Markthindernisse betrachtet, die es auf technischem Wege zu lösen gilt. Zertifizierung erscheint in diesem Zusammenhang als geeignetes und einfaches Mittel, um auf die Vorwürfe, vor allem von Seiten der Zivilgesellschaft, zu reagieren.

4.2.3. Multilaterale Organisationen

Die großen multilateralen Organisationen sind spätestens seit den globalen Umweltkonferenzen und der Einsicht der Staatengemeinschaft, dass die ökologische Krise nur gemeinsam gelöst werden kann, zu wichtigen *Playern* im weltweiten Umweltmanagement aufgestiegen.

Die UN-Organisationen sind hauptsächlich in der Organisation von internationalen Konferenzen aktiv und versuchen durch Absichtserklärungen und Resolutionen den Umweltdiskurs zu beeinflussen. In diesem Abschnitt wird hingegen stärker auf die internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) eingegangen, deren Rolle in der indonesischen Palmöl- und Agrartreibstoffindustrie sowie deren Strategien und Sichtweisen für die Lösung von Umweltproblemen. Unter IFIs werden dabei in der Hauptsache die Weltbank mit ihren Tochterbanken sowie der Internationale Währungsfonds (IWF) verstanden.

4.2.3.1. Interessen

Während in der Literatur die Finanzierung von großen Entwicklungsprojekten mit Hilfe von billigen Krediten durch die Weltbank trotz vielfacher Kritik weiterhin als Kernaufgabe gesehen wird (Bryant/Bailey 1997: 89), kann dies zumindest in der Palmölindustrie Indonesiens nicht wirklich bestätigt werden. Durch den Glauben an die unbedingte Durchsetzung kapitalistischer Akkumulation zur Organisation ökonomischer Aktivitäten weltweit (ebd.: 77f), gilt das größte Interesse der Durchsetzung fundamentaler marktwirtschaftlicher Prinzipien, die dem Markt und internationalem Handel die höchste Priorität für die Entwicklung Indonesiens einräumen. Das Interesse an politischem Einfluss, an Erleichterungen für ausländische Direktinvestitionen über Freihandelszonen bis hin zu generellen Intentionen zur Handelsliberalisierung, bestimmt die Tätigkeiten von IWF und Weltbank in hohem Ausmaß, für die Vergabe von Krediten versuchen sie verstärkt die Privatwirtschaft zu engagieren (IND/3: 3, IND/4: 3). Die Interessen richten sich nach den Wünschen von Unternehmern bzw. vermehrt transnationalen Konzernen, die günstige und sichere Bedingungen für den Bau von Plantagen und Raffinerien vorfinden sollen (IND/3: 3).

An den Investitionen und Kreditvergaben in der Palmöl- und Agrardieselindustrie Indonesiens sind neben der asiatischen Entwicklungsbank viele andere regionale Banken, wie die *Japan Bank for International Corporation* (JBIC), die *Hongkong and Shanghai Banking Corporation* (HSBC), aber auch der niederländische Finanzriese *Rabobank* beteiligt. Auch die *International Financial Corporation* (IFC)

ist als Tochtergesellschaft der Weltbank, die sich vor allem für das Wachstum des privaten Sektors in so genannten Entwicklungsländern einsetzt, in die Expansion der Palmölindustrie involviert und neben vielen anderen internationalen und regionalen Finanzinstitutionen auch Mitglied des RSPO (IND/5: 4, IND/8: 5).

Die Interessen der IFIs konzentrieren sich somit hauptsächlich auf die Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme, um die Bedingungen für freie Märkte und internationalen Handel und damit einer Exportproduktion optimal zu gewährleisten, während sie sich in der klassischen Kreditvergabe immer stärker zurückziehen. Auch wenn sie in dieser natürlich weiterhin namhaft vertreten sind, kann damit doch ein Paradigmenwechsel vom Fokus auf große Entwicklungsprojekte hin zu Politikberatung und –management konstatiert werden.

4.2.3.2. Strategien

Wie bereits in der Analyse der Interessen ersichtlich, konzentrieren sich die Strategien dieser multilateralen Akteure auf die Unterstützung der Unternehmen durch die zunehmende Regulierung von Naturverhältnissen für den Markt und weniger auf das Empowerment von *Grassroots*:

„Multilateral institutions are increasingly supportive of businesses in the Third World (...). The major multilateral institutions have pursued policies that have contributed to the marginalisation of millions of grassroots actors (...) in so far as the vision of capitalist development that these institutions espouse has been predicated on the systematic and widespread enclosure of land and other environmental resources used by these local actors” (Bryant/Bailey 1997: 79).

Konkret wird die Politik beeinflusst, um dadurch auf die Regulierungen im kapitalistischen Wirtschaftsmodell einwirken zu können. Ein wichtiger Schritt war in diesem Zusammenhang der 1997 nach der Asienkrise auf Druck des IWF erstmals unterzeichnete *letter of intent*, durch den die Regierung angehalten wurde, die gesamte Handelspolitik zu liberalisieren, um die finanziellen Unterstützungen des IWF zur Überwindung der Krise zu erhalten (IND/4: 3, IMF 1997). In den folgenden Jahren wurde diese Politik immer weiter vorangetrieben und damit der Handelsspielraum für die indonesische Regierung systematisch beschnitten.

Diese Politik wirkt sich natürlich auch auf die Palmöl- und Agrartreibstoffindustrie aus, da der Sektor hauptsächlich auf den Export und damit den internationalen Handel ausgerichtet ist.

Auch bei den Strategien der Weltbank wird der Fokus auf die Förderung des Privatsektors und der Forcierung eines neoliberalen Entwicklungsmodells mit größtmöglichem Spielraum für die Marktkräfte deutlich. Geld für den Plantagensektor kommt hauptsächlich von der IFC (IND/16: 3), wodurch ein deutlicher Fokus auf die Stärkung des Privatsektors in allen Bereichen der Palmölindustrie konstatiert werden kann.

Zudem unterstützt die Weltbank Regulationen, die den Plantagenunternehmen umfangreiche Sicherheiten durch das Militär oder andere Sicherheitskräfte zum Schutz ihrer Plantagen zusichern (IND/3: 3) und damit die *Communities* im Kampf um ihre natürlichen Ressourcen schwächen.

4.2.3.3. Konzept von Entwicklung

Klar ist, dass diesen Interessen und Strategien ein Entwicklungsmodell zugrunde liegt, das die kapitalistische Akkumulation als höchstes Gut und einziges Mittel für die Aufholjagd der so genannten Entwicklungsländer sieht:

„The major multilateral institutions have operated on the basic principle that the capitalist system is the appropriate way in which to organise economic activities worldwide. Indeed, the overall effect of their activities can be broadly described as having contributed to the introduction of capitalist practices around the world” (Bryant/Bailey 1997: 77f).

Während sich die Aktivitäten im Palmöl- und Agrartreibstoffsektor auf die Expansion einer intensiven Landwirtschaft, deren Produkte hauptsächlich für den Export bestimmt sind, konzentrieren, wird den problematischen Nebeneffekten für die Umwelt und die Sozioökonomie durch punktuelle Nachhaltigkeitsprojekte und Armutsbekämpfungsprogramme begegnet. Auch wenn Arbeitsplatzbeschaffung und Armutsbekämpfung programmatisch als Ziele gelten, bringen die tatsächlichen Aktivitäten der IFIs durch die alleinige Konzentration auf die ökonomische Akkumulation auf makroökonomischer Ebene oftmals genau diese Symptome hervor:

„In so far as multilateral institutions have tended to promote development within the existing political and economic order, these institutions are supportive, in practice, of precisely those social and economic inequalities that they are committed to eradicating in theory“ (Bryant/Bailey 1997: 77).

Das Modell lehnt sich an den Maximen eines neoliberalen Entwicklungsgedankens an, das durch den Fokus möglichst ungehinderter kapitalistischer Akkumulation keinen integrierten Ansatz für die Verhinderung von Armut bzw. Ungleichheit kennt, da diese „Begleiterscheinungen“ systematisch für das Funktionieren des Modells stehen. Durch Armutsbekämpfungsprogramme wird deshalb ein Symptom bekämpft, das dem neoliberalen und kapitalistischen Entwicklungsmodell inhärent ist.

4.2.3.4. Reaktionen auf die Nachhaltigkeitsproblematik

Im Einklang mit dem Entwicklungsmodell der IFIs werden Umweltprobleme als externe Faktoren angesehen, die es mithilfe technischer Ansätze zu lösen gilt. Seit den 1990er Jahren fungiert die Weltbank dabei als „*global environmental manager through its control over 'green' aid flows between the First and Third World*“ (Bryant/Bailey 1997: 97).

Diese Rolle bestätigt sich auch in der Agrartreibstoffindustrie in Indonesien. Die Weltbank ist vor allem im Bereich des *Clean Development Mechanism* (CDM) und damit in der Förderung und Etablierung des Emissionshandels tätig, berät Agrardieselunternehmen und kann somit den globalen Diskurs um nachhaltige Entwicklung entscheidend prägen (IND/6: 6).

Auch in die Zertifizierungsbemühungen bezüglich Palmöl durch RSPO sind die IFIs prominent eingebunden, die *International Financial Corporation* als Vertreterin der Weltbank bemüht sich aktiv um die Sozialisierung der Zertifizierungsprozesse bei nationalen und internationalen *Playern* in der Plantagen- und Raffinerieindustrie, aber auch bei den Finanzdienstleistungsunternehmen (IND/8: 5).

In all den Reaktionen auf die Nachhaltigkeitsdebatte rund um Agrartreibstoffe überwiegen eindeutig technische Lösungsvorschläge, grundsätzlich in Frage gestellt wird weder die industrielle Form der landwirtschaftlichen Produktion, noch der weltweite Handel mit dem grünen Gold. Nachhaltige Entwicklung muss durch besseres Management und ohne Veränderungen in den Strukturen der globalen Landwirtschaft sowie den Handelsbeziehungen erreicht werden.

4.2.4. NGOs

Seit dem Aufkommen einer globalen Umweltpolitik in den 1970er Jahren sind NGOs prominent in die Bearbeitung des Diskurses auf unterschiedlichen Ebenen involviert. Die NGO-Landschaft in Indonesien ist, wie in allen anderen Ländern der Welt auch, von einer starken Heterogenität in Bezug auf Größe, Struktur, Ideologie, Ursprung oder Rechtsstatus bestimmt. Nicht nur die großen transnationalen Umwelt-NGOs wie Greenpeace, Friends of the Earth oder der WWF sind in der Lobby und Anwaltschaft für die Auswirkungen der Palmöl- und Agrardieselindustrie tätig, sondern auch kleine und regionale NGOs im Umwelt- und Sozialbereich sind in der Aufarbeitung des Themas präsent.

Ein Trend zu Zusammenschlüssen von einzelnen, kleinen NGOs zu nationalen Netzwerken, der in der polit-ökologischen Literatur beschrieben wird, kann auch in Indonesien eindeutig bestätigt werden (Bryant/Bailey 1997: 134).

1998 wurde das nationale Netzwerk *Sawit Watch* (dt.: Palmöl beobachten) gegründet, das sich speziell mit den negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen von Palmölplantagen beschäftigt (IND/16: 1) und Organisationen mit unterschiedlichen Fokussen in diesem Feld koordiniert.

Als weiteres bedeutendes Netzwerk kann das Forum WALHI genannt werden, das sich aus 433 Mitgliedsorganisationen in 25 Provinzen in Indonesien konstituiert und sich als Lobbyforum für Umweltprobleme und soziale Gerechtigkeit versteht (IND/3: 1). Der Zusammenschluss in nationalen Netzwerken kann als wichtiger Faktor angesehen werden, vor allem für kleine und regionale NGOs, die sich dadurch besser Gehör verschaffen und auf ausgebildete Strukturen zurückgreifen können.

Ein weiterer Aspekt, der in der Literatur beschrieben wird, kann in Indonesien analysiert werden. Bryant und Bailey sprechen von der Gefahr, dass Umwelt-NGOs zu wenig auf die Bedürfnisse der lokalen AkteurInnen eingehen und Programme ohne integrierten Ansatz lediglich auf den Naturschutz fokussieren:

„There is still a tendency on the part of many Third World advocacy ENGOs [Environmental NGOs, Anm. d. Verf.] (like their First World counterparts) to favour environmental conservation over local livelihood concerns ‘when push comes to shove’. This comment applies not so much to ‘radical’ ENGOs (...) but rather to ‘conservative’ organisations that mainly seek to protect threatened habitats or species

and who, as a result, tend not to incorporate local actors' concerns and participation systematically into their initiatives" (Bryant/Bailey 1997: 148).

Lian Gogali, Wissenschaftlerin in Zentral-Sulawesi, kann die Problematik der oftmals fehlenden Auseinandersetzung der NGOs mit der Situation vor Ort zumindest teilweise bestätigen:

"In my opinion many NGOs just come to make a programme, but they have no analysis, no conflict analysis, no polit-economic analysis. They practice their programme without considering the situation" (IND/2: 2).

Diese Problematik wird vor allem bei weltweit agierenden Umwelt-NGOs deutlich, die soziale Aspekte in ihrer Arbeit oftmals ausklammern. Nichts desto trotz helfen gerade die beschriebenen Netzwerke unterschiedliche Positionen zu einem Thema unter einem Dach zu verhandeln und damit die Reichweite der Anwaltschaft zu erhöhen.

4.2.4.1. Interessen

Niemand bestreitet heute, dass NGOs als Akteure der Zivilgesellschaft eine bedeutende Rolle in der Thematisierung von Problematiken in Zusammenhang mit Umweltzerstörung, Raubbau, Landkonflikten, sozialer Gerechtigkeit und Umverteilung, Armutsbekämpfung sowie in der Menschenrechtsdebatte eingenommen haben. Als zentrale Aufgabe bzw. als ihr primäres Interesse wird die politische Einflussnahme auf Staat, Unternehmen und multilaterale Organisationen angesehen, um dadurch den Weg für Lösungen von ökologischen und sozialen Problemen zu ebnen (Bryant/Bailey 1997: 132).

Vielfach sehen sie sich dabei als "*check and balance agents*" (IND/16: 1), die versuchen die negativen sozialen und ökologischen Konsequenzen durch die Inwertsetzung von Natur und die Einbettung der Umwelt in ein kapitalistisches Akkumulationsregime abzuschwächen. Oftmals begeben sie sich dabei, zwischen einer reinen Symptombekämpfung und dem Willen zur Veränderung von grundlegenden Strukturen und Denkweisen im Umgang mit der Umwelt, auf dünnes Eis. Das wird vor allem dann deutlich, wenn es um die in einigen Bereichen durchaus notwendige Zusammenarbeit mit dem Staat oder den Unternehmen geht,

die auf der anderen Seite für eine Veränderung von gesellschaftlichen Naturverhältnissen als eindeutige *Counterparts* angesehen werden müssen.

Ein wichtiger Interessensbereich für NGOs ist eine starke Bewusstseinsbildung, die es ermöglicht, die *Communities* über die möglichen Folgen einer agroindustriellen Produktion von Palmöl aufzuklären. Ein Kampagnenleiter von WALHI erklärt dies als explizites Ziel der Organisation:

„WALHI does some community organisation in several areas to ensure that the local communities have knowledge on the oil palm plantations, so that they can make better decisions. If they still support the plantations, then they already know what the risks for them are, what will happen to their village after three years, after four years, after five years” (IND/3: 6).

Zusätzlich bilden Analysen über Landkonflikte und die Möglichkeiten zur Lösung der Konflikte einen wichtigen Arbeitsbereich der NGOs, einschließlich der Frage nach dem Status des Landes auf dem die Palmölplantagen ausgelegt werden. Wurde dieses Land rechtmäßig von den Gemeinden erworben? Gibt es Konflikte um das Land? Musste Regenwald dafür abgeholzt werden bzw. befindet sich die Plantage in einem Torfgebiet? (IND/1: 1, IND/3: 1, IND/15: 2).

4.2.4.2. Strategien

Für das primäre Interesse an einer politischen Einflussnahme und dadurch der Möglichkeit an Veränderungen mitzuwirken, werden in der Literatur unterschiedliche Strategien angeführt. Bryant und Bailey (1997: 132f) sprechen von vier unterschiedlichen Wegen politischen Einfluss zu generieren. Erstens einer Einflussnahme auf die Umweltpolitiken von Staat, Unternehmen und multilateralen Institutionen, zweitens die Unterstützung von *Grassroots*-Projekten, drittens öffentliche Kampagnen zur Bewusstseinsbildung und viertens Aktivitäten und Präsenz bei internationalen Umwelt- und Entwicklungskonferenzen. Am Beispiel von Sawit Watch lassen sich diese Strategien in Indonesien bestätigen. Das Netzwerk sieht sich als

„check and balance agent in the topic of palm oil and agrofuel production through public awareness raising, research and database developments on extant and potential impacts of oil palm plantations in Indonesia. It works through legal and advocacy work such as conducting research on macro-effects of agrofuel production in

Indonesia, and supporting investigations on biofuel impacts through its local networks in Jambi and Riau, and other interventions in international fora and conferences on relevant issues” (IND/16: 1).

Dass internationale Kampagnen, Lobbying und Bewusstseinsbildung durchaus Erfolg zeigen, kann in Indonesien bestätigt werden. Zwar haben NGOs in ihrem Kampf um Einflussnahme kein leichtes Spiel, trotzdem können Entscheidungen nicht mehr ohne weiteres über die Köpfe der Zivilgesellschaft hinweg gefällt werden. Das bestätigt auch ein Akteur aus dem Kreis der Finanzdienstleister für Palmölprodukte:

„NGOs like Greenpeace got very strong pressure groups, they have a very strong vote power (...). If Greenpeace says no palm oil, you are killing the orang-utans, you are cutting down the forests, we have to listen to them, sit down with them“ (IND/11: 3).

Als eine Strategie zur Zusammenarbeit mit *Grassroots*-Initiativen bzw. der Förderung dieser, kann die Gründung der Gewerkschaft für palmölproduzierende Bauern und Bäuerinnen SPKS, initiiert durch das Palmölnetzwerk Sawit Watch, angesehen werden.

In der Provinz Riau, Sumatra, wurde die Gewerkschaft 2007 gegründet und beschäftigt sich hauptsächlich mit der Konfliktlösung zwischen *Communities* und Unternehmen. Die Etablierung von SPKS wird durch Seminare für die Bauern und Bäuerinnen über die Palmölproduktion und deren mögliche Folgen gefördert, Konflikte zwischen den einzelnen AkteurInnen sollen dadurch in Zukunft bereits im Vorfeld verhindert werden.

„The main objective for SPKS is to resolve the conflicts, so the objective is conflict management and resolution (...). The main step there is to educate the palm oil farmers about how to create a proper plantation, how to create a good plantation” (IND/13: 4).

Im Gegensatz zu einer Gewerkschaft als klassische Interessensvertretung im Hinblick auf die ArbeitgeberInnen, beschäftigt sich die Gewerkschaft der Kleinbauern und –bäuerinnen mit Bewusstseinsbildung, um damit die Verhandlungsposition der *smallholders*, vor allem in der Phase von Verhandlungen um Land oder Rohstoffpreise, zu stärken. SPKS konzentriert sich auf die Vertretung und Schulung von unabhängigen Kleinbauern und –bäuerinnen; eine breite Repräsentation aller PalmölarbeiterInnen, auch jener in staatlichen und privatwirtschaftlichen Unternehmen, gibt es derzeit noch nicht (IND/13: 3ff).

4.2.4.3. Konzept von Entwicklung

Das durch die Palmölproduktion forcierte Entwicklungsmodell einer auf Rohstoffen basierenden Exportwirtschaft wird je nach NGO unterschiedlich betrachtet und bewertet. Einig ist man sich, dass die breite Bevölkerung vom bisherigen Modell unzureichend profitiert und dieses auf Armut und Arbeitslosigkeit keine ausreichende Antwort liefern kann.

Als problematisch wird die exklusive Konzentration vieler Bauern und Bäuerinnen auf Palmöl betrachtet, da bei fehlender Abnahme durch die Raffinerien die Lebensgrundlage und Nahrungsmittelbasis vieler Menschen gefährdet ist. Ein Mitarbeiter von WALHI beschreibt das Problem:

“When they plant rubber (...) or coffee, they can still plant other commodities in the same area. But on palm oil plantations they cannot plant anything else when the oil palms are already three years old. So they depend on the oil palms. And when the price is very low they don't have any income. Before the oil palm plantations came to their area they still had food security, food sovereignty, because they still had forests, they still had good rivers and many fish and rice could be produced better. But after the oil palm companies had come they didn't have productive land anymore (IND/3: 5).

Dass die ProduzentInnen durch die exklusive Konzentration auf den Rohstoff Palmöl bei mitunter extremen Preisschwankungen keine Absicherung haben und eine Einkommensdiversifizierung nur mehr schwer möglich ist, führt zu einer Krisenanfälligkeit dieses Modells und birgt wenig Aussicht auf eine nachhaltige Entwicklung für die Bevölkerung.

Dass der Export von Rohpalmöl für die Regierung Devisen bringt und das Nationaleinkommen stärken kann, wird von NGOs bestätigt, Arbeitslosigkeit und Armut reduzieren muss er deshalb aber nicht automatisch, meint Norman Jiwan von Sawit Watch:

„At a macro level, the export of CPO for biofuels production contribute to national income generating from taxes and other government facilities but less reduce unemployment and alleviate poverty (...). Low coherence of biofuel policy on its purpose to alleviate poverty is because there is no interconnection with macro framework on national poverty alleviation programmes (SNPK), no direct linkage between agricultural revitalization programmes and energy diversification with poverty alleviation, and inaccurate pro poor assumptions on dissatisfied short term outcomes and failures to fulfil long term preconditions (IND/16: 4f).

Trotz massiver Proteste der NGOs gegen Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen und Landraub, herrschen auch in vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen technokratische Vorstellungen und Lösungskonzepte vor. Dass das Problem durch entsprechendes Management und einen integrierten Ansatz mit klaren Regelungen gelöst werden könnte, glaubt etwa der Koordinator der Entwicklungsorganisation HIVOS:

“If it is managed carefully, oil palm plantations can be very good for the Indonesian economy by having an integrated development along the chain from the seeds to the milling. And if there is good spatial management, like clear and enforced regulations, which part of the area should be reserved as a rainforest or as a rubber plantation and which part should become an industrial forest for palm oil and for wood. But the situation in the field is very liberal, people do what they want and it leads to collapse” (IND/4: 5).

Wie auch in Europa sind die Konzepte und Lösungsvorschläge der einzelnen NGOs teilweise recht unterschiedlich. Einig sind sich die Organisationen, dass durch die derzeitige Entwicklung lediglich die großen Unternehmen und der Staat bzw. lokale Regierungen profitieren, die breite Bevölkerung allerdings in die Abhängigkeit einer agroindustriellen Landwirtschaft, oftmals auf der Basis eines einzigen Rohstoffs, rutscht. Diese Abhängigkeit kann auch durch angebliche Armutsbekämpfung und Arbeitsplatzbeschaffung nicht gerechtfertigt werden. Die Lösungsvorschläge für die Krise sind heterogen und reichen von technokratischem Glauben an die Vereinbarkeit von kapitalistischer Akkumulation und Umweltmanagement zu alternativen Entwicklungsmodellen von Ernährungssouveränität und kleinbäuerlicher Landwirtschaft.

4.2.4.4. Reaktionen auf die Nachhaltigkeitsproblematik

Die NGOs sind stellvertretend für die Zivilgesellschaft die wichtigsten Akteure im Thematisieren von sozialen und ökologischen Problemen durch die expansive Produktion von Palmöl und in weiterer Folge von Agrartreibstoffen.

Die NGOs bestätigen, dass die Regelungen der EU zur verpflichtenden Nutzung von Agrarenergie den Druck auf die natürlichen Ressourcen, vor allem auf Land und Wasser, in Indonesien verstärken und damit nicht zu einer nachhaltigen Entwicklung im Land beitragen können (IND/1: 2, IND/3: 4f, IND/12: 3, IND/16: 2ff). Die Nachfrage nach Rohstoffen auf den internationalen Märkten für die Produktion von

Agrartreibstoffen, schaffe in Indonesien die Voraussetzung für die Expansion von Palmölplantagen, ohne die Folgen und Auswirkungen auf Umwelt und Sozioökonomie zu bedenken. Alternative Formen der Landwirtschaft, die besser an die Bedingungen im Land angepasst wären, müssen dem monokulturellen Anbau von Ölpalmen weichen. Der Rückzug der EU aus dem Palmölhandel mit Indonesien würde, zumindest vom Netzwerk WALHI, ausdrücklich begrüßt werden: „*If European countries don't want CPO anymore, I think this is very good for Indonesia, to rethink what are the best commodities for Indonesia*“ (IND/3: 5).

Auch von der technokratischen Strategie zur Lösung der Nachhaltigkeitsproblematik durch Zertifizierung ist die Mehrheit der NGOs nicht überzeugt: „*Certification under weak governance means nothing*“ (IND/4: 5), bringt es HIVOS auf den Punkt. Auch Jikalahari bestätigt, dass die positive Wirkung vieler gesetzlicher Regelungen und Vorschriften an der Durchsetzung der Gesetze, vor allem bei Landfragen, scheitert:

„They have good regulations but the problem is that in the enforcement (...) there is a lot of corruption. The documents are legal, you can find the documents and also the map but what I can say is that the process to get these licences is illegal“ (IND/12: 7).

4.2.5. Grassroots

“Grassroots actors, a category which variously includes shifting cultivators, small-scale farmers, nomadic pastoralists, hunter-gatherers, poor urban dwellers or fishers (...) have more often than not been at the losing end of environmental struggles with their lot in a politicised environment one largely characterised by marginality and vulnerability (Bryant/Bailey 1997: 158).

Diese Einschätzung spiegelt sich auch in den Entwicklungen in Indonesien wieder, traditionelle Lebensgewohnheiten haben immer seltener Platz und müssen standardisierten Formen der industriellen Landwirtschaft weichen. Ohne materielles Kapital landen *Grassroots* schnell am Ende der Kette und wird ihre Form der Bewirtschaftung von Land als rückständig und vormodern abgelehnt.

Ebenso wie die NGOs sind auch die AkteurInnen im großen Feld der *Grassroots* äußerst heterogen strukturiert. Während sich einige *Communities* immer stärker an die kapitalistische Inkorporation von Naturverhältnissen anpassen, leisten viele *smallholder* und vor allem Indigene Widerstand gegen die Transformation ihrer

traditionellen Bewirtschaftungsformen und integrierten Lebens- und Arbeitsgewohnheiten.

4.2.5.1. Interessen

Bei den Interessen der *Grassroots* gilt es vor allem zu klären, welche Erwartungen sie im Fall eines Verkaufs ihrer Ländereien an Unternehmen oder staatliche Stellen knüpfen bzw. welche Gründe es für den Widerstand gegen die Anlage von Plantagen auf Gemeinschaftsland geben kann.

Die Wissenschaftlerin Lian Gogali (IND/2: 6) beschreibt zwei unterschiedliche Interessensformen von *Communities* in Bezug auf den Verkauf von bzw. die Einstellung zu Land. Zum ersten können ökonomische Interessen der Motor für den Verkauf von Ländereien bzw. den Widerstand gegen ökonomisch wenig ertragreiche Landverkäufe sein. Für viele Kleinbauern und -bäuerinnen, FischerInnen oder anderen hauptsächlich in der Subsistenzwirtschaft tätigen AkteurInnen scheint die Aussicht auf schnelles Geld durch die Veräußerung von Land ein lukratives Geschäft (IND/3: 6). Der ökonomische Profit, der ihnen von den Unternehmen versprochen wird, ohne die harte Arbeit auf dem Feld, überzeugt viele AkteurInnen sehr schnell, Langzeitfolgen werden nicht beachtet. Auch wenn sich Gemeinden bereits für den Verkauf von Land entschieden haben, entstehen die meisten Konflikte durch unzureichende Kompensationszahlungen durch die Unternehmen oder unfaire Verhandlungspositionen.

Als zweiten Typ beschreibt Gogali ideologische Begründungen für die Einstellung zu Land und natürlichen Ressourcen:

„The second reason is about ideology and I think it is a deeper reason, because if we fight in the name of the land (...) there is no reason that companies receive it. (...) Even if you spend much money, they will still fight because they have a culture of the land, a religion of the land” (IND/2: 6).

Warum sich trotzdem viele *Communities* auf die Geschäfte mit den Unternehmen einlassen und ihre Ländereien zu Spottpreisen an die PlantagenbesitzerInnen verkaufen, liegt nicht nur an den Strategien dieser Unternehmen, sondern auch an den oftmals äußerst schlechten infrastrukturellen Rahmenbedingungen in den Dörfern. Wie bereits im Kapitel 4.2.2.2. erwähnt ist die Übernahme von Kosten für wichtige Infrastrukturprojekte wie Transportwege oder Sozialleistungen durch die

Unternehmen durchaus im Interesse der *Communities* (IND/3: 7), da sie vom Staat in diesen Bereichen wenig zu erwarten haben.

Was die Interessen der *Grassroots* speziell in Bezug auf Agrartreibstoffe betrifft, ergibt die Analyse ganz klar, dass es bisher zu keiner Sozialisierung des Booms um Agrarenergie in den *Communities* gekommen ist. Die Kleinbauern und –bäuerinnen wissen über die mögliche Weiterverarbeitung ihres Rohstoffs zu Agrardiesel wenig bis gar nicht Bescheid (IND/13: 4), die Agrartreibstoffindustrie bleibt ein Eliteprojekt, dessen Profit, zumindest derzeit, einigen westlichen Unternehmen vorbehalten bleibt und dessen Ziel einer nachhaltigen Entwicklung durch die Förderung kleinbäuerlicher Strukturen eindeutig nicht erreicht wird.

4.2.5.2. Strategien

Die Strategien der *Grassroots*, mit der Transformation ihrer Lebensgewohnheiten umzugehen bzw. Widerstand gegen diese Transformationen zu leisten sind vielfältig und es können hier auszugsweise nur einige wenige Strategien im Umgang mit der zunehmenden Inwertsetzung von Natur gezeigt werden.

Eine klassische und auch in Indonesien besonders verbreitete Strategie im Umgang mit den Veränderungen ist die Anpassung an die neuen Gegebenheiten, vor allem in Bezug auf Arbeitsplatz und Einkommen. Häufig erwarten die *smallholder* von einer Umstellung ihrer unabhängigen landwirtschaftlichen Praxis in ein geregeltes Leben als PlantagenarbeiterInnen eine deutliche Erhöhung ihres Einkommens bzw. versuchen durch Abwanderung in die Städte neue Arbeitsplätze zu finden.

Zudem führt die Umwandlung von Gemeinschaftsland in industriell genutzte Palmölplantagen in vielen Fällen nicht nur zu Umweltzerstörung auf ebendiesen Flächen, sondern breiten sich die ökologischen Folgen auf weit größere Zusammenhänge aus, da die *Communities* andere, bisher unberührte Flächen erschließen. Auch andere traditionelle Berufsgruppen, wie beispielsweise FischerInnen, müssen sich immer stärker den veränderten Rahmenbedingungen anpassen und sich aufgrund der zunehmenden Verschmutzung der Flussläufe andere Formen der Einkommensgenerierung suchen (IND/1: 3).

Formen eines so genannten „*everyday resistance*“, wie sie in der Literatur als Waffe der Schwachen beschrieben werden (Bryant/Bailey 1997: 170), lassen sich in

Indonesien zwar partiell sicher finden, haben aber keine hohe Resonanz und wenig Erfolg. In den meisten Fällen kann Widerstand bei indigenen Gruppen beobachtet werden, da sie im Gegensatz zu vielen anderen *Grassroots* eine sehr starke Bindung an ihr Land haben. Das bestätigt auch die Generaldirektorin von WAHLI in Zentral-Sulawesi, Wilianita Selviana:

„Indigenous people, if there is any expansion on their area, they will defend the area because indigenous people believe that their land is mother land, so they cannot sell to anybody“ (IND/1: 4).

Für Strategien des Widerstands wird deshalb vor allem die geplante Expansion von Palmölplantagen in der autonomen Provinz Papua von enormer Bedeutung sein, da in diesem Teil Indonesiens die meisten indigenen Gruppen in den noch weitgehend unberührten Regenwäldern leben.

4.2.5.3. Konzept von Entwicklung

Während im Entwicklungsdenken von Staat und Unternehmen der Regenwald und anderes fruchtbares Land Flächen unter vielen darstellen und von den Lebensgrundlagen der DorfbewohnerInnen systematisch getrennt werden, verfolgen die *Communities* in den meisten Fällen einen integrierten Ansatz zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts. Einkommen wird aus unterschiedlichen Quellen lukriert, die Lebensgrundlage setzt sich nicht nur aus einer *Cash Crop*, wie das bei Palmöl der Fall ist, sondern aus dem Anbau von diversen Nahrungspflanzen sowie aus gemeinschaftlichen Ressourcen, so genannten „*pool resources*“, zusammen (Marti 2008: 55).

„Common pool resources are forests, fisheries, reefs, waterways, pastures, agricultural lands, and mineral resources that no individual has exclusive rights to. They are typically owned and administered by the state, a village, a tribe, or other social grouping, with the idea that the benefits will accrue to many people rather than one person or family. Local and distant residents go there to collect fire wood, graze their cattle, gather nontimber forest products like medicinal herbs or mushrooms, hunt, fish, collect water, or make use of a variety of other services such as visiting sacred groves“ (World Resources Institute 2005: 39).

Anders als in westlichen Industrieländern sind die Eigentumsverhältnisse in Indonesien oft nicht wirklich geregelt, da viele Ländereien von den *Communities* als Gemeinschaftsland gesehen werden, während der Staat diese als nationales Eigentum

betrachtet. Dass dies Konfliktpotenzial enthält, erklären auch BewohnerInnen der Region Poso in Zentral-Sulawesi bei einer Versammlung:

„In Poso there are two fashions of agricultural cultivation. For the government *village* is only where the community stays, where they have their house and garden. The *forest area*, from the government's point of view, belongs to the government and not to the village. But the culture of the communities in Poso is different. The village in Poso language is called *lipu*. *Lipu* is a place for the people to stay but also a place for the farming areas. The forest area in Poso language is called *wana*. But the communities don't use the *wana* for plantations because they think it is communal land or mother land. With the expansion of mining industry, plantation industry and large-scale plantations the *wana*, that local people don't use for agriculture, was taken away by the government because they say this area belongs to the government and not to the villagers. So these are two different fashions. People now think that the government's fashion has more advantage for their economy and for their land use and this has an impact on their culture" (IND/17).

Durch die Expansion von Palmölplantagen auf den Ländereien der *Communities* wird die Kultur dieser Gemeinschaften ebenso wie das traditionelle Modell zur Generierung von monetärem und nicht-monetärem Einkommen langfristig verändert. Der Fokus auf die ökonomische Inwertsetzung von Natur und natürlichen Ressourcen wird auf alle Gebiete ausgedehnt und damit der integrierte Ansatz von Entwicklung und Natur aufgegeben. Ländereien werden in der Folge nach ihrer unterschiedlichen Funktion, in Wohnraum, Plantagen, Nahrungsmittelproduktion für den Eigenverbrauch, Jagdgründe etc., unterteilt, wodurch die integrierte Nutzung von natürlichen Ressourcen verloren geht. Ebenso wird durch die exklusive Konzentration auf Palmölplantagen in der Hoffnung auf größtmöglichen ökonomischen Profit die Diversifizierung von Einkommen durch den Anbau unterschiedlicher Pflanzen vernachlässigt bzw. unmöglich gemacht. Einkommensausfälle durch externe Effekte wie Preisschwankungen können dadurch nicht mehr abgefedert werden (Marti 2008: 60).

4.2.5.4. Reaktionen auf die Nachhaltigkeitsproblematik

Werden die möglichen Umweltproblematiken bzw. ökologischen Folgen aus dem expansiven Anbau von Ölpalmen analysiert, zeigt sich, dass die Nachhaltigkeitsdebatte für die *Communities* in vielen Fällen, ebenso wie für den Staat und die Unternehmen, einen externen Faktor darstellt, der hauptsächlich vom europäischen Markt herangetragen wird und den sie nun zu bedienen versuchen, um

ihre Absatzchancen zu erhöhen. Ein Umweltbewusstsein, wie es in Europa durch die Trennung von Natur und kultivierten Flächen entstand, konnte sich in Indonesien durch den integrierten Ansatz und die fehlende Unterscheidung zwischen Flächen, die produktiv genutzt werden und solchen, die unberührt gelassen werden, nicht herausbilden. Wird dieser nachhaltige Ansatz im Umgang mit der Natur durch ein System der monokulturellen Nutzung von Land mit größtmöglichem Ertrag ersetzt, wirkt sich das in besonders negativer Weise auf die Umwelt aus. Die ökonomische Inwertsetzung von natürlichen Ressourcen ist neu und die Folgen für die Umwelt werden nicht beachtet. Das bestätigt auch Lian Gogali:

„I think people or communities don't know about this, they have no knowledge about palm oil, they have no idea what the impact can be. They only know how to pay their children's school, how to pay the rice to eat for them" (IND/2: 7).

Durch die neuen Umstände, in denen die *Communities* nur mehr *Cash Crops* pflanzen und nicht mehr Ländereien für den Eigenbedarf bestellen, sind sie vom monetären Ertrag dieser Monokulturen finanziell abhängig, Langzeitfolgen für die Umwelt werden in Kauf genommen.

Dennoch wird auch in den *Communities*, vor allem da die ökologischen und sozio-ökonomischen Veränderungen immer offensichtlicher werden, Nachhaltigkeit ein Thema, nicht zuletzt durch die Arbeit von NGOs und Gewerkschaften. Da sie in vielen Fällen bereits von den Einnahmen aus der Palmölindustrie abhängig sind, erscheint ihnen eine Symptombekämpfung in Form von Zertifizierung meist als angemessen, um die Probleme rund um die Palmölplantagen zu lösen. Auch wenn RSPO noch nicht als ideale Lösung gewertet wird, sehen sie in der Zertifizierung durchaus Potenzial für die Zukunft, vorausgesetzt auch die KonsumentInnen werden in die Pflicht genommen, erklärt der Generalsekretär der Palmölgewerkschaft SPKS, die die unabhängigen Kleinbauern und -bäuerinnen vertritt:

„Right now they have developed RSPO (...) and right there are mechanism and criteria for environmental care (...). I attended the RSPO meeting in Bali and I know that it is not an ideal concept for now but at least it is a process to go to clean plantations and to start a new system which can help to produce better plantations. The reason why RSPO is not really in an ideal condition is because the membership is still voluntarily. What the users or consumers can help is to put pressure to the companies or producers to produce clean things, to produce sustainable plantations" (IND/13: 3).

Natürlich wird diese Sicht auf die Nachhaltigkeitsdebatte nur von jenen *Grassroots* vertreten, die bereits voll in die Plantagenwirtschaft integriert sind und die ihr Einkommen vollständig aus dem Anbau von Ölpalmen lukrieren müssen.

Für viele andere bleibt der Verzicht auf den Anbau von Monokulturen bzw. großflächigen Plantagenpflanzen noch immer der nachhaltigste Weg und die beste Lösung, um den integrierten Ansatz der Bewirtschaftung von Land nicht zu verlieren.

4.2.6. Koalitionen und Konflikte

Aus der Analyse der unterschiedlichen AkteurInnen, die in der Debatte um die Produktion von Agrardiesel aus Palmöl auf unterschiedlichen Ebenen eine Rolle spielen, lassen sich sowohl Koalitionen als auch Konfliktlinien ableiten.

Von staatlicher Seite fällt dabei vor allem die Allianz mit den InvestorInnen bzw. Unternehmen auf. Während auf dem Papier die Bedeutung der Palmölindustrie für Armutsbekämpfung und Arbeitsplatzbeschaffung betont wird, stehen in der alltäglichen Politik Koalitionen mit den Unternehmen im Vordergrund. Kurzfristige Deviseneinnahmen durch (ausländische) Direktinvestitionen werden gefördert und damit die Rolle des Staates sowohl für die Minimierung von Ungleichheiten innerhalb der Bevölkerung als auch als Regulator für die Aneignung natürlicher Ressourcen untergraben. Auch in der Literatur findet sich dieses zentrale Paradoxon wieder:

„At the heart of any explanation of why states have been so destructive environmentally must be the recognition of a central paradox in the state’s function. In effect, there is ‘an inherent, continuing potential for conflict between the state’s roles as developer, and as protector and steward of the natural environment on which its existence ultimately depends’” (Bryant/Bailey 1997: 55).

Lian Gogali, die in Zentral-Sulawesi hauptsächlich zur Konfliktregion Poso arbeitet, bestätigt „a collaboration between Indonesian government, military and investors“ (IND/2: 1), vor allem in Konfliktregionen mit einem Reichtum an natürlichen Ressourcen, wozu fruchtbares Land immer stärker zählt. Die Lokalregierungen würden von dieser Koalition finanziell enorm profitieren, bestätigt auch eine Vertreterin von Jikalahari, und sich deshalb weniger auf langfristige Vorteile für die Bevölkerung sondern auf kurzfristige ökonomische Profite konzentrieren (IND/12: 4).

Als „*slinko*“, einer indonesischen Metapher, beschreibt Gogali diese Form der Kooperation:

„Slinko in Indonesia is when you are wife and husband, but you also sleep with other people. In reality government must protect the people but they are married with the investors and the military. Military also has to protect people but they make a coalition with the investors” (IND/2: 1f).

Die Allianzen zwischen dem Staat und den Unternehmen können multiskalar beobachtet werden, sowohl nationale als auch transnationale Investoren sind mit dem Staat eng vernetzt. Dennoch kann vor allem in der Produktion von CPO ein starker Fokus auf Indonesien bzw. Malaysia konstatiert werden, oftmals gibt es hier deshalb auch direkte Verbindungen zwischen nationalen Unternehmen und PolitikerInnen.

Ambivalent sind die Beziehungen zwischen den Unternehmen und den *Grassroots* bzw. *Communities* zu bewerten. Auffallend ist, dass sich vor allem Gemeinden mit bisher wenig Erfahrung im Bereich der monokulturellen Landwirtschaft oder in der Lohnabhängigkeit von den Aussichten auf kurzfristigen ökonomischen Profit beeinflussen lassen und ihre Ländereien verkaufen (IND/3: 6). Das liegt auch daran, dass die *Communities* von den tatsächlichen Auswirkungen durch die Unterzeichnung von Verträgen nicht bzw. unzureichend informiert werden:

„Communities (...) frequently fail to explain to communities that the land they relinquish will not return to them at the end of the HGU [land use permit], but will instead return to the State. (...) The community leaders are being duped into signing agreements which they think entail temporary transfers of use rights, when the government or company representatives know that they are actually agreeing to the extinguishment of their rights in land” (Marti 2008: 33f).

Der hegemoniale Diskurs um die Notwendigkeit von ökonomischer Entwicklung, ohne Rücksicht auf die ökologische Tragfähigkeit und die Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Naturverhältnisse, zeigt sich auch in Indonesien deutlich und wird auch von *Grassroots* zunehmend inkorporiert. Dennoch zeigen die vielen Widerstände und Konflikte (IND/16: 5) auch gegenhegemoniale Tendenzen und versuchen vor allem Gemeinden mit Erfahrungen in der Palmölindustrie bzw. anderen Monokulturen den Expansionsplänen auf ihren Flächen entgegenzuwirken. Widerstand wird vor allem von *Communities* geleistet, die bereits mit den negativen Auswirkungen durch die Palmölproduktion konfrontiert sind, meist ist es in dieser

Phase für korrigierende Maßnahmen bereits zu spät, da die Verträge unterzeichnet sind und die Produktion bereits angelaufen ist.

Die sichtbarste und eindeutigste Materialisierung von Konflikten zwischen Unternehmen bzw. dem Staat und *Grassroots* im Zuge der Inwertsetzung von Natur sind Auseinandersetzungen um Land (IND/3: 1, IND/12: 1, IND/16: 5). Neben vielen anderen NGOs bestätigt das Netzwerk WALHI diese in vielen Fällen von offener Gewalt begleiteten Landkonflikte:

„On oil palms we see that the main problem is not only an environmental problem but there are many land tenure conflicts and violence on the oil palm plantations” (IND/3: 1).

Das Beispiel der gewaltvollen Vertreibung von DorfbewohnerInnen von ihrem Land in *Batang Kuma* ist kein Einzelfall und zeigt offen die Konflikte und Widerstände, die durch die schrankenlose Ausbeutung und zunehmende Inwertsetzung von Natur entstehen. Die mehr als 570 laufenden sozialen Konflikte in Indonesien, hauptsächlich um die Ressource Land (IND/16: 5), zeigen, dass „*Formen der unmittelbaren Gewalt [notwendige Strategien] zur Durchsetzung und Sicherung kapitalistischer Inwertsetzung [sind]*“ (Görg 2004: 1505).

Konfliktlinien zwischen *Communities* und den Unternehmen entstehen allerdings auch, wenn die betroffenen Gruppen gar nicht direkt in die Palmölproduktion, durch die Arbeit in den Plantagen oder durch den Verkauf von Land, involviert sind, sondern als Drittpersonen von den negativen Auswirkungen durch Wasserverschmutzung, Schädlingsbefall der eigenen Ländereien durch die monokulturelle Produktion der Ölpalmen oder Ähnlichem betroffen sind.

Konfliktpotenzial liegt auch in der Beziehung zwischen den NGOs und den Unternehmen sowie dem Staat. Die NGOs als Vertreter der Zivilgesellschaft versuchen die Probleme durch den Anbau von Ölpalmen und der Expansion für die Agrardieselherstellung öffentlich zu machen und dadurch Veränderungen im Verhalten der beteiligten AkteurInnen bzw. Modifikationen in den politischen Rahmenbedingungen zu bewirken. Eine völlige Abkehr vom kapitalistischen Akkumulationsmodell mit alternativen Formen der Nutzung von natürlichen Ressourcen wird nur selten gefordert. Trotz der unterschiedlichen Interessen müssen

sich die NGOs immer wieder auch auf Kompromisslösungen mit Staat und Unternehmen einlassen, um so wenigstens partiell Veränderungen bewirken zu können. Dass große Umwelt-NGOs, wie beispielsweise Greenpeace, durchaus Einfluss auf Strategien von politischen EntscheidungsträgerInnen haben, bestätigen auch die Unternehmen. Politiken müssen ihnen zu Folge in höherem Ausmaß als noch vor einigen Jahren gegen die Widerstände der Zivilgesellschaft abgesichert werden (IND/11: 3).

Die Gradwanderung und Gefahr einer Instrumentalisierung von NGOs für die Interessen der *global player*, die solche temporären Koalitionen mit staatlichen Repräsentanten oder privatwirtschaftlichen Akteuren bedeuten, und das mögliche Konfliktpotenzial innerhalb der NGOs zeigt die tragende Rolle des WWF in den Verhandlungen und Zertifizierungsbemühungen innerhalb des RSPO. Das Zertifizierungswerkzeug bleibt durch die Freiwilligkeit (IND/8: 8) und die mangelhafte Überprüfung der zertifizierten Unternehmen (Greenpeace 2008) nicht mehr als eine *good will*-Aktion und der WWF muss sich als Hauptinitiator der Initiative den Vorwurf einer Instrumentalisierung durch die großen Plantagenbesitzer und Finanzdienstleister durchaus gefallen lassen.

Eine wichtige Koalitionslinie lässt sich außerdem zwischen den NGOs und der Europäischen Union als entscheidendem *player* in der internationalen Energie- und Umweltpolitik konstatieren. Durch den Diskurs um die Nachhaltigkeit von Agrartreibstoffen, der in den EU vor allem als Reaktion auf die Widerstände vieler europäischer und internationaler NGOs entfacht wurde, konnten auch die sozial- und umweltpolitischen Netzwerke und Bewegungen in Indonesien gestärkt werden. Viele NGOs können durch die Zusammenarbeit mit der EU und dem Verweis auf teilweise gemeinsame Positionen in Bezug auf Umwelt- und Sozialstandards den Druck auf nationale Eliten erhöhen und ihre Anliegen in politischen und rechtlichen Entscheidungsstrukturen besser positionieren. Während die Kritikpunkte der Süd-NGOs durch den europäischen bzw. globalen Nachhaltigkeitsdiskurs auf nationaler Ebene an Bedeutung erlangen, ist diese Koalition von Seiten der EU durchaus als Zugeständnis zu werten, damit die Beimischungspflicht überhaupt aufrechterhalten werden kann. Nachhaltigkeit kann demnach nur durch die

gegenseitige Abhängigkeit zwischen der EU und den NGOs zumindest temporär auf globaler Ebene fixiert werden.

Nach der Betrachtung von Konflikt- und Koalitionslinien ergibt die Akteursanalyse, dass sich aus der Produktion von Agrartreibstoffen in Indonesien bis dato noch kein hegemoniales Entwicklungsmodell herausgebildet hat. Im Vergleich zu Brasilien oder Malaysia, wo integrierte Modelle der ökonomischen Entwicklung durch den Aufbau von Industrien für die Weiterverarbeitung der Rohstoffe existieren, fehlt eine derartige Strategie in Indonesien. Die Unternehmen und staatlichen RepräsentantInnen konzentrieren sich auf den Export von Palmöl als Rohstoff, durch die fehlende Wertschöpfung im Land wird dadurch die Abhängigkeit von schwankenden Weltmarktpreisen enorm erhöht. Von der Exportorientierung von Rohpalmöl profitieren große Unternehmen, LokalpolitikerInnen und einige wenige PlantagenarbeiterInnen, nicht aber die breite Bevölkerung. Der Diskurs um Agrartreibstoffe als hegemoniales Entwicklungsmodell bleibt umkämpft, materialisiert vor allem in Landkonflikten, Protestaktionen gegen ökologische Zerstörung und Misstrauen gegenüber korrupten politischen Strukturen.

5. Sozialökologische Auswirkungen durch die verstärkte Verwendung von Palmöl für den Energiesektor

5.1. Auswirkungen auf die Umwelt

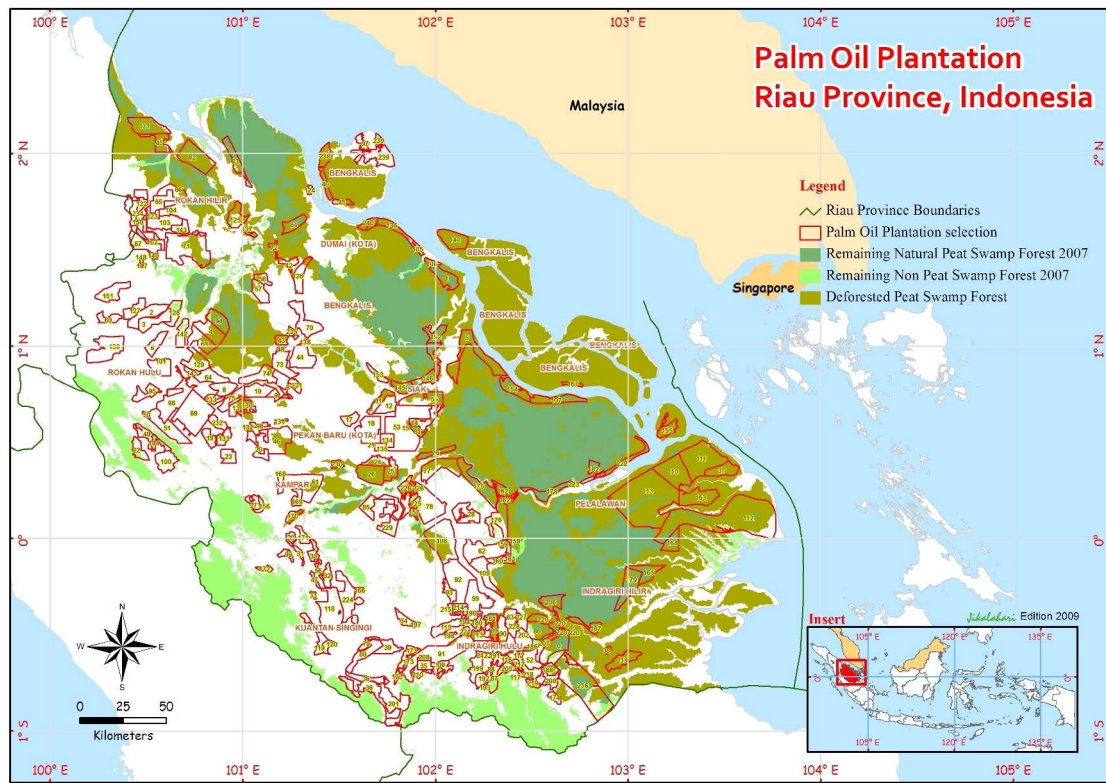
Dass die Verwendung von Agrartreibstoffen durch den expansiven Anbau von Rohstoffen wie Ölpalmen, Zuckerrohr, Soja oder Raps nicht als Maßnahme für den Umweltschutz, sondern im Gegenteil als Motor zur Beschleunigung des Klimawandels beitragen kann, ist durch die internationalen Proteste, vor allem durch NGOs und soziale Bewegungen, auch einer breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt worden. Indonesien gilt immer wieder als Exempel für den rücksichtslosen Umgang mit den natürlichen Ressourcen durch die expansive Plantagenwirtschaft. Durch die steigende Verwendung von Palmöl für die Produktion von Agrardiesel hat sich das Problem besonders zugespitzt.

5.1.1. Abholzung von Primärwald und das Problem der Torfgebiete

Eines der vorrangigen ökologischen Probleme durch die Expansion von Palmölplantagen ist die Abholzung tropischer Regenwälder (IND/4f: 4, IND/13: 2, IND/16: 6). Laut Greenpeace hält Indonesien den Negativrekord der höchsten jährlichen Abholzungsrate mit 1,8 Millionen Hektar Wald, der zwischen 2000 und 2005 abgeholzt wurde (Marti 2008: 19f). Besonders problematisch ist diese Tatsache auch deshalb, weil ein hoher Prozentsatz der indonesischen Primärwälder auf Torfböden wachsen, die im Fall von Rodungen sehr große Mengen an CO₂ freisetzen und die Verwendung von Agrartreibstoffen in der Folge statt einer positiven sogar eine negative Klimabilanz aufweisen kann. Indonesien ist durch die Zerstörung dieser Torfgebiete für etwa 1,8 Millionen Tonnen CO₂-Emission jährlich verantwortlich, das entspricht vier Prozent der globalen Treibhausgasemissionen auf weniger als 0,1 Prozent der weltweiten Oberfläche (Greenpeace 2007: 13). In der Provinz Riau, in der mit Ölpalmen auf einer Fläche von 1,4 Millionen Hektar die meisten Plantagen zu finden sind (IPOB 2008: 8, Stand 2005), wird das Problem besonders deutlich. Hier sind 50 bis 70 Prozent der Flächen – je nach Berechnung – Torfgebiete (IND/12: 1, IND/13: 2), die meisten mit einer Tiefe von mehr als drei Metern, deren Umwandlung in Plantagen in Indonesien per Gesetz verboten ist (IND/12: 1).

Dass das an der tatsächlichen Praxis der Unternehmen wenig ändert, zeigt eine von der lokalen Umwelt-NGO Jikalahari erstellte Karte, die unzählige Plantagenkonzessionen auf abgeholzten ehemaligen Torfgebieten zeigt.

Abbildung 4: Palmölplantagen, Regenwald und Peat Swamp Forest in der Provinz Riau 2007



Quelle: Jikalahari 2009.

Weltweit liegt Indonesien damit hinter den USA und China auf Platz 3 der Länder mit dem höchsten Ausstoß an Kohlendioxid, verursacht hauptsächlich durch die Abholzung von Regenwald (Marti 2008: 20).

Ein weiterer Grund für diese hohen Zahlen ist die gängige Methode der Brandrodung zur Freilegung der Flächen, die anschließend für den Aufbau der Plantagen gebraucht werden (IND/4: 5). Das wird auch von der Gewerkschaft SPKS bestätigt: „Another problem emerges with the land preparation because most of the time they are using slash and burn practices“ (IND/13: 2). Beispiele für Brandrodungen gibt es viele, in einer 2007 veröffentlichten Studie von *Friends of the Earth* wurde speziell der Agrarkonzern *Wilmar Group* bzw. drei der Plantagentochtergesellschaften in West-Kalimantan einer Prüfung unterzogen. *Wilmar Group* ist mit einer Kapazität von 700 000 Tonnen allein für die Erzeugung

von Agrardiesel (APROBI 2009) der größte Produzent von Agrartreibstoffen in Indonesien.

Obwohl das indonesische Gesetz Brandrodungen eindeutig verbietet, bestätigt die Studie Brandrodungen in drei Plantagen der Wilmar Group auf einer Fläche von 2300 Hektar (Khaimur/Theile/Zakaria 2007: 26). Besonders häufig werden *slash and burn*-Methoden für die Rodung von Regenwäldern auf Torfgebieten herangezogen, wo der feuchte und sumpfige Boden die Rodung mit großen Maschinen erschwert und die manuelle Rodung äußerst kostenintensiv und langsam machen würde. Trotz zahlreicher Gesetze werden die AkteurInnen nur in den seltensten Fällen rechtlich zur Verantwortung gezogen und ist die Methode deshalb weiterhin kostengünstig und wenig gefährlich. Seit der Verabschiedung entsprechender Umweltgesetze wurde ab 1997 nur ein Unternehmen schuldig gesprochen (Khaimur/Theile/Zakaria 2007: 25).

5.1.2. Monokulturen und deren ökologische Auswirkungen

Anders als im Anbau von Produkten für die Subsistenzwirtschaft werden Rohstoffe für die Herstellung von Agrartreibstoffen in Monokulturen gepflanzt. Durch den Fokus der Palmölproduktion auf den Weltmarkt, wo allein der Preis über den Verkauf der Rohstoffe bestimmt, ist der Anbau von Ölpalmen nur in großflächigen Monokulturen rentabel, der ökologische Preis dafür ist ein enormer Verlust an Biodiversität. Bei Palmölplantagen ist dieser mit bis zu 80 Prozent besonders hoch, bei Kautschukplantagen etwa liegt dieser Wert zwischen 20 und 40 Prozent (IND/4: 4). Wenn nach zirka 15 Jahren die Plantagen abgeholzt werden müssen, weil sie keinen Ertrag mehr einbringen, ist der Boden ausgelaugt und der Anbau von anderen Pflanzenarten meist nicht mehr möglich (IND/12: 4). Das liegt mitunter auch daran, dass für eine profitable Nutzung von Monokulturen enorme Mengen an „*non-biodegradable agrochemicals, fertilisers, pesticides, herbicides [and] fungicides*“ (IND/16: 6) benötigt werden, die wiederum zu Grundwasserverschmutzungen sowie der Verunreinigung von Flussläufen und anderen Wasserversorgungskanälen für die Bevölkerung führen.

Die systemische Inhärenz von ökologischer Belastung und Raubbau in der Förderung von Palmöl für den Export, fasst auch ein Vertreter von WALHI zusammen:

„As a system, oil palm plantations need large area for planting them. In the integrated area every factory, every CPO processing unit needs 6000 hectares. This will produce erosion and other areas around the plantation area don't have enough water for their production” (IND/3: 4).

5.2. Auswirkungen auf die Landwirtschaft

Während die EU Agrartreibstoffe als hervorragende Absatzmöglichkeit für die Landwirtschaft erachtet, profitieren die ProduzentInnen in den Ländern des Südens oft wenig bis gar nicht von den neuen Entwicklungen. Um die Auswirkungen auf die Landwirtschaft in Indonesien zu analysieren, ist eine Betrachtung des vorherrschenden großindustriellen Agrarmodells unumgänglich, das die traditionellen Anbautechniken vieler Indigener, Kleinbauern- und Bäuerinnen nicht berücksichtigt und somit zu einer Inwertsetzung von Natur vormals nicht-kapitalistischer Bereiche beiträgt.

5.2.1. Von Subsistenzbauern und –bäuerinnen zu PlantagenarbeiterInnen

Eine Expansion von Palmölplantagen, bedingt vor allem durch die Nutzung von Palmöl für den Energiesektor, wirkt sich auf die traditionellen landwirtschaftlichen Strukturen in Indonesien maßgeblich aus. In vielen Dörfern ist Subsistenzwirtschaft bzw. der Anbau von unterschiedlichen Nahrungspflanzen, einerseits zur Ernährungssouveränität andererseits zum Verkauf über lokale Netzwerke, verbreitet, durch die Expansion von Palmölplantagen müssen sich die *Communities* für den Anbau eines einzigen Produkts auf ihren Ländereien entscheiden. Wie bereits im Kapitel 5.1.2. erwähnt, ist nur ein großflächiger, monokultureller Anbau für den internationalen Markt profitabel, das Risiko im Fall von Preisschwankungen nimmt durch die exklusive Konzentration auf Palmöl zu (IND/3: 4f).

Traditionelles Wissen über nachhaltige Formen der Kultivierung von Land werden zunehmend von großindustriellen und monokulturellen Techniken der Agrarwirtschaft abgelöst, für die Aussicht auf kurzfristigen ökonomischen Profit geben viele Gemeinschaften ihr Leben als unabhängige Bauern und Bäuerinnen auf. Nur mehr alte DorfbewohnerInnen wissen um die traditionellen Fertigkeiten der nachhaltigen Landwirtschaft. Bescheid, weiß auch Lian Gogali, Sozialwissenschaftlerin in der Provinz Zentral-Sulawesi:

„When the habit of our activities changes, it changes everything. Then only parents know about the skills of agriculture. Being a farmer is not easy, because we have to know about the structure of the land and how to cultivate the land successfully for many years. Being a farmer is not like in class but practical. If the young generation in my village changes their activities to become workers on palm oil, it will kill people, it will kill communities” (IND/2: 4).

Dazu kommt, dass die Monopolisierung des Saatguts einen eindeutigen Vorteil für die PlantagenbesitzerInnen mit sich bringt, unabhängige Bauern und Bäuerinnen in der Palmölbranche werden systematisch benachteiligt, indem sie sich das qualitativ hochwertige Saatgut nicht leisten können (IND/4: 4, IND/12: 5). Das gleiche gilt für die Neubepflanzung von Plantagen, wenn diese nicht mehr genügend Erträge liefern. Dieser Prozess ist sehr kapitalintensiv, für unabhängige Kleinbauern und -bäuerinnen gibt es nur wenig Unterstützung. Diese Probleme bestätigt die Gewerkschaft SPKS:

“Many problems also emerge from the replanting process, such as where should the budget come from. The government is supposed to help the communities because when the plantations are unproductive they need time and they need money to replant. They need tools to clean the land and things like that but there is no regulation for this and there is no help from the government. They also need time while they plant the new plantation because they need to wait until they can harvest. In this temporary time the government doesn’t support them. It is different when it is a big company, for sure they will get something from the state” (IND/8: 2).

Nicht für die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln sondern für die Herstellung von Energiepflanzen für den Verkehrssektor, die die Mobilität in den westlichen Industriestaaten sichern soll, wird die Landwirtschaft zu Lasten der Umwelt und unter Ausblendung traditioneller landwirtschaftlicher Methoden in den *Communities* auf die Bedürfnisse eines exportorientierten, großindustriellen Agrarbusiness’ umgestellt, das die traditionell hohen Preisschwankungen bei Rohstoffen an die Kleinbauern und -bäuerinnen weitergibt und so eine unabhängige kleinbäuerliche Landwirtschaft in der Palmölbranche erschwert, wenn nicht unmöglich macht.

Dass viele *Communities* ihre traditionellen Lebensformen und Anbaumethoden nicht kampflos aufgeben, zeigen die vielen Landkonflikte, in denen sich DorfbewohnerInnen gegen den Verkauf, die illegale Aneignung ihrer Ländereien, unzureichende Kompensationszahlungen oder nicht erfüllte Versprechungen durch den Staat oder privatwirtschaftliche Unternehmen zur Wehr setzen (Marti 2008: 38). Sawit Watch registriert derzeit „576 ongoing social conflicts mainly on lands in 16 provinces“ (IND/16: 5).

5.3. Auswirkungen auf Armutsbekämpfung und Nachhaltige Entwicklung

Sowohl die indonesische Regierung (siehe Unterkapitel 3.2.2.1.) als auch die Europäische Kommission beschreiben die Entwicklung von Agrartreibstoffen als Maßnahme zur Armutsbekämpfung, vor allem in Ländern des Südens:

„Die Kommission [wird] ein kohärentes Förderpaket für Biokraftstoffe zusammenstellen, mit dem das ganze Spektrum der derzeitigen Maßnahmen dafür eingesetzt wird, in Ländern und Regionen, in denen Biokraftstoffe eine echte Chance zur nachhaltigen Armutsminderung bieten, bestimmte Aspekte der Entwicklung dieser Kraftstoffe zu unterstützen. Dabei wird die Kommission prüfen, welches der beste Weg ist, um zu erreichen, dass vor allem KMU an der Biokraftstoffherzeugung mitwirken“ (Europäische Kommission 2006: 17).

Klar ist, dass durch die derzeitigen Entwicklungen in Indonesien eine nachhaltige Armutsminderung, wie dies die EU anstrebt, wenig Chancen auf Erfolg hat. Vor allem für Kleinbauern und -bäuerinnen, für die diese Ziele konzipiert wurden, bringt die Konzentration auf Palmöl als Rohstoff für die Erzeugung von Agrardiesel nur in wenigen Fällen eine ökonomische Verbesserung mit sich. Ein Kleinbauer aus West Kalimantan äußert sich zur ökonomischen Situation folgendermaßen: *“It’s said that people in the plantations are all rich. That’s not true. At most one third have done all right, but two thirds are worse off than before”* (Marti 2008: 52).

5.3.1. Abhängigkeit von Palmöl statt Diversifizierung

Eines der Hauptprobleme ist die Konzentration auf ein einziges Exportprodukt, in diesem Fall Palmöl, wodurch die ökonomische Situation bei etwaigen Preisschwankungen auf dem Weltmarkt nicht mehr durch den Verkauf anderer Produkte kompensiert werden kann. Fällt der Preis für Rohpalmöl, haben die Kleinbauern und -bäuerinnen darauf keinen Einfluss und verlieren ihre Lebensgrundlage (IND/3: 5).

Zusätzlich kommt das Problem von Schuldenverpflichtungen hinzu (Marti 2008: 73). Viele der Kleinbauern und -bäuerinnen sind gegenüber privatwirtschaftlichen Unternehmen, die aufgrund von fehlenden finanziellen Mitteln die Startkosten für die Plantagen übernehmen, verschuldet, durch Preisschwankungen und damit verbundene Verkaufseinbußen können die Verbindlichkeiten in unabschätzbare Höhen steigen. Fehlende Kommunikation zwischen den PartnerInnen sowie die

Rückzahlung der Schulden in Form von Teilen der Produktion führen dazu, dass der eigentliche Schuldenberg vielen KleinproduzentInnen nicht klar ist:

“Actually getting a clear idea of farmer incomes and returns by interviewing farmers and reviewing the documentation that they have is very difficult. Farmers lack contracts with mills, get very limited documentation from the KUD [farmer cooperatives] and, as a result many say they have no idea how much their remaining debts are. Interviewees also said that they do not know how much the ‘savings’ that they have paid into the KUD now amount to. One KUD we visited had recently lost all the records of farmers’ savings in a fire” (Colchester/Jiwan 2006: 8).

Ein großes Problem liegt für die *smallholder* außerdem in der schlechten infrastrukturellen Ausstattung vieler ländlicher Gebiete in Indonesien. Die Transportwege von den Plantagen zu den Raffinerien sind lang und schlecht ausgestattet, oft können sich die ProduzentInnen keine eigenen Transportmittel leisten und müssen größere Unternehmen für diese Dienstleistung engagieren, die Schulden wachsen damit weiter an (Colchester/Jiwan 2006: 9).

Das wird auch von der Entwicklungsorganisation HIVOS beschrieben:

„There is a side in South East Sulawesi 8 hours from the main road with a very bad road. 4300 hectares have been planted. One mill requires 6000 hectares of plantation, but there are only 4300 hectares. And then the company didn’t get the credit from the bank and this plantation is abandoned up to now and people just burn the FFBs [fresh fruit bunches]” (IND/4: 4).

Da der Staat seine Aufgabe einer öffentlichen infrastrukturellen Ausstattung nicht wahrnimmt, kümmern sich im Sinne neoliberaler Armutsbekämpfung vor allem Unternehmen um den Bau von Straßen, die Errichtung von Schulen und Ähnlichem (IND/3: 6f). Dass die Unternehmen nicht freiwillig Infrastruktur für kleinbäuerliche Strukturen zur Verfügung stellen, sondern ihre Ausgaben über großflächige Plantagen mit eigenen Raffinerien wieder kompensieren, scheint klar. Diese unterschiedlichen Faktoren sind wesentlich dafür verantwortlich, dass Kleinbauern und -bäuerinnen sich für den Verkauf ihrer Arbeitskraft in den Großplantagen der Unternehmen entscheiden, da die Rahmenbedingungen ihre Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigen (IND/3: 6f).

Statt einer Orientierung auf und Unterstützung von KleinproduzentInnen, wie es die EU als ihr Ziel vorgibt, werden diese durch die beschriebenen Entwicklungen strukturell benachteiligt und dazu gedrängt ihre Ländereien an Unternehmen zu verkaufen, eine Entwicklung die nachhaltiger Armutsminderung entgegensteht.

5.3.2. Rohstoffexporte statt integriertem Wirtschaftsmodell

Dass Palmölproduktion nicht unbedingt negative Auswirkungen auf die indonesische Bevölkerung bzw. hauptsächlich die KleinproduzentInnen haben muss, darüber sind sich viele einig, vor allem wenn man bedenkt, dass das Pflanzenöl auch im Inland für die Nahrungsmittelproduktion verwendet wird. Was fehlt ist ein integriertes Modell, das durch zusätzliche Wertschöpfung im Land durch die Weiterverarbeitung von CPO tatsächlich zu Armutsbekämpfung und Arbeitsplatzbeschaffung beitragen kann. Diese Ansicht wird von vielen NGOs vertreten:

„In Indonesia we mostly don't process the CPO, we sell it in the form of CPO. Another thing is that they sell it separately. Communities sell their products in small amounts, sell it let's say to the collector and that's it. They get a low price, they don't have a standard for this, that's the problem. If they can process it, let's say for biofuels or just process it a little bit rather than selling CPO, then the communities would be much more advantaged" (IND/12: 2).

Der Fokus Indonesiens auf den Export von Rohstoffen für den Weltmarkt führt ein koloniales Modell der Beziehungen zwischen Ländern des Nordens und Ländern des Südens im Bereich der Agrartreibstoffe weiter und kann zu nachhaltiger Entwicklung nicht nur im Sinne ökologischer Tragfähigkeit, sondern auch in Bezug auf soziale Gerechtigkeit durch die Fortführung asymmetrischer Beziehungen nicht beitragen.

5.4. Sozio-kulturelle Auswirkungen

Dass die Expansion von Palmölplantagen Auswirkungen auf das soziale Gefüge bzw. die Strukturen in den Dörfern hat, wird durch die Fallstudie in Indonesien deutlich. Sowohl das ökonomische als auch das Rechtsverständnis, das der Produktion von Palmöl zugrunde liegt, trifft sich oftmals nicht mit den traditionellen Vorstellungen und Lebensentwürfen in den *Communities* und ist damit Auslöser für Konflikte, hauptsächlich um die Ressource Land.

5.4.1. Gemeinschafts- versus staatliches Land

Ein wesentliches Problem, das auch von der Gewerkschaft SPKS angesprochen wird, ist die Tatsache, dass indigenes Recht bzw. die traditionellen Gemeinschaftsrechte in den Dörfern mit dem staatlichen Recht, nach dem die Konzessionen für die Palmölplantagen vergeben werden, nicht kompatibel ist:

„The source of the conflicts is that the indigenous law and the state law is not comparable to each other. The conflicts started since the very first time they start to give the land for licences and concessions” (IND/13: 1).

Auch andere Studien bestätigen diese Problematik:

„A large proportion of Indonesia’s rural inhabitants are governed (...) by custom (...): Rural communities use customary law to regulate access to land and the use of forests and other resources. Many of these communities consider themselves to have rights over the land that their livelihoods depend on (...). Most of the 20 million hectares of land proposed by district governments for conversion to large-scale oil palm plantations are lands which indigenous people have derived their livelihoods from for many generations” (Marti 2008: 25).

Wie dieses Konzept des Gemeinschaftsrechts in den *Communities* gesehen wird, erklärt ein indigener Führer in Ost-Kalimantan:

“In my community, our understanding is that we have rights to our land and the natural resources both above and below the land (...). Everything up to sky belongs to us. Several laws and policies have classified our forests as State forests and the minerals as property of the State. We don’t see it like that. I have hair on my arm, on my skin. Both are mine. I also own the flesh and bones beneath. They are also mine. No one has the right to take me apart. But the policy has cut these things apart and thus has cut us into pieces. We want the land back whole“ (Colchester 2005).

Aus diesen unterschiedlichen Bezügen zu der natürlichen Ressource Land ergeben sich klarerweise Konflikte. Die Landgrenzen von Dörfern sind oftmals nicht eindeutig festgelegt und Konzessionen für Ländereien, für die die staatlichen Durchführungsorgane aus der Sicht der *Communities* gar keine Verfügungsgewalt besitzen, werden an Privatunternehmen vergeben, (IND/12: 1, IND/13: 4).

Die Expansion von Palmölplantagen für die Herstellung von Agrardiesel trägt somit dazu bei, dass traditionelle Nutzungsrechte von ländlichen bzw. indigenen Gemeinschaften zurückgedrängt werden. Die Zuteilung eines Landes als privates Eigentum bzw. Staatseigentum lässt für Konzeptionen, die Wälder und Ländereien als gemeinschaftliche Ressource betrachten und nutzen, keinen Platz.

5.4.2. Zurückdrängung traditioneller bäuerlicher Lebensentwürfe

Interessant ist auch, dass sich in vielen Fällen das soziale Gefüge in den Dörfern durch den Einsatz von PlantagenarbeiterInnen verändert. Der Status von traditionellen Kleinbauern und -bäuerinnen, die hauptsächlich in der Subsistenzwirtschaft mit einem diversifizierten Einkommen leben, sinkt. Da in vielen

Fällen die PlantagenarbeiterInnen nur zu einem geringen Prozentsatz aus den lokalen *Communities* rekrutiert werden, kommen viele so genannte *newcomer* in die Dörfer, um auf den Palmölplantagen oder auch für die lokalen Regierungen zu arbeiten. Die Problematik dazu erklärt Lian Gogali, Konfliktforscherin in Zentral-Sulawesi:

„The native people feel that the social status of the newcomers is better then theirs, because they don't work as farmers (...). But most of the native people are farmers and the status of farming is very low” (IND/2: 5).

Ein weiteres Problem wird von einem Vertreter von WALHI darin gesehen, dass Palmölplantagen in der Regel nur von jungen Menschen abgeerntet werden können und erst ab einer gewissen Größe, die nicht mehr von den *Communities* allein bewirtschaftet werden kann, profitabel im Hinblick auf die Konkurrenzplantagen von Staat und privatwirtschaftlichen Unternehmen sind:

„Oil palms can only be harvested by young people because when the trees have already 8 or more years it needs more energy to harvest them and this can't be done by old people as with rubber. The other thing is an economic thing. Oil palm plantations can only have a benefit for the communities when a household has more than 8 hectares. When they have this large area they need workers to manage the plantations” (IND/3: 4).

Ein traditionelles und integriertes Konzept von Subsistenzwirtschaft und Einkommensdiversifizierung, in dem alle BewohnerInnen des Dorfes ihren Beitrag für die Gemeinschaft leisten, ist durch eine solche Konstellation benachteiligt und wirkt sich langfristig auch auf die sozio-kulturellen Strukturen in den *Communities* aus. Viele DorfbewohnerInnen werden in Lohnabhängigkeit in den Plantagen gedrängt bzw. versuchen ihr Glück durch fehlende Beschäftigungsfelder in den Dörfern in den Ballungsräumen (IND/1: 3).

6. Schlussfolgerungen

In Anbetracht der vorliegenden Arbeit lassen sich zusammenfassend einige Schlussfolgerungen für die Debatte rund um Agrartreibstoffe in der Umwelt- und Energiepolitik ziehen.

Die Analyse des Fallbeispiels Indonesien zeigt, dass bestehende Ungleichheiten zwischen einzelnen Gruppen verstärkt und ohnehin marginalisierte Gruppen geschwächt werden. Diese ungleichen Machtverhältnisse werden hauptsächlich an der Ressource Land deutlich. Durch Landraub, Nichtanerkennung von Landtiteln oder unzureichende finanzielle Kompensationszahlungen wird Land zu einem der wichtigsten Indikatoren, an dem sich soziale Ungleichheit, vor allem von Kleinbauern und –bäuerinnen und/oder Indigenen manifestiert.

Ohnehin marginalisierte Gruppen, wie beispielsweise Indigene, sind insofern besonders betroffen, als sie oftmals keine Landtitel für ihre Ländereien besitzen. Zudem entstehen Konflikte durch unterschiedliche Vorstellungen über die Kultivierung von Land. Während Indigene und viele andere *Communities* ihr Land oft gemeinschaftlich bewirtschaften, steht dies einer großindustriellen, monokulturellen Landwirtschaft, vertreten durch staatliche und privatwirtschaftliche Unternehmen, entgegen.

Durch die Notwendigkeit der Inwertsetzung von Natur für die großflächige Produktion von Energiepflanzen werden bestehende Besitzverhältnisse, etwa in Form von Gemeinschaftsland, zurückgedrängt. Der Staat spielt in dieser Vorantreibung einer Ökonomisierung von Natur eine entscheidende Rolle und steht in vielen Fällen in direkter Verbindung mit den privatwirtschaftlichen Unternehmen. Das ist vor allem deshalb problematisch, weil der Staat als Akteur durch Gesetze und Regulierungen den Diskurs um gesellschaftliche Naturverhältnisse durchaus auch in eine andere Richtung lenken und nachhaltig beeinflussen könnte.

In Hinblick auf das vorherrschende Entwicklungs- und Landwirtschaftsmodell kann beschrieben werden, dass der Fokus auf Agrartreibstoffe als technokratische Lösungsstrategie optimal in die bisherigen Konzepte integriert werden kann. Energiepflanzen werden in einem agroindustriellem Modell der Kultivierung auf großen Flächen, unter hohem Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden gepflanzt und

können in der Folge weltweit gehandelt werden. Die ökologischen Grenzen des Wirtschaftswachstums werden durch diese Form der Inkorporation von Natur in die kapitalistische Akkumulationsweise negiert, Welthandel und Liberalisierungstendenzen können weiterhin als wichtige Maßnahme für Entwicklung propagiert werden und ein industrielles Agrarmodell schafft neue Absatzchancen. Anders als alternative Energieformen, basieren Agrartreibstoffe auf einer zentralen Organisation von Umwelt und können in der Folge raumunabhängig auf den internationalen Märkten gehandelt werden.

Die traditionell imperialistischen Nord-Süd-Beziehungen werden, zumindest im Fall Indonesiens, fortgeschrieben. Während die EU die Umweltproblematiken in das kapitalistische System inkorporiert, fungiert Indonesien als Rohstoffexporteur und Standort billiger Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. Anders als in vielen Umweltbereichen, wo die Herausbildung postfordistischer Naturverhältnisse durch die zunehmende Bedeutung der Aneignung von Wissen und Information analysiert wird, kann die Entwicklung von Agrartreibstoffen als „*Re-Strukturierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse*“ (Eberhardt 2008: 57) bezeichnet werden. Auf globaler Ebene bedeutet das eine Ambivalenz in Bezug auf die Ausgestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Während Raubbau und Umweltzerstörung zur Herstellung von Energiepflanzen im Süden forciert werden, schmücken sich die Regierungen im Norden mit Importen vermeintlich erneuerbarer Energie. Im Sinne eines traditionell imperialistischen Handelsmodells konzentriert sich die EU auf die Weiterverarbeitung von Energiepflanzen zu Agrartreibstoffen, wodurch die Wertschöpfung und das technische *know-how* im Wissensstandort Europa verbleiben. Für Indonesien bleibt der Export von Rohstoffen auf den internationalen Markt um kurzfristig Devisen zu generieren, der Handel mit verarbeiteten Produkten wird in der Regel nicht forciert. Ein integriertes Modell für den Aufbau einer Industrie zur Weiterverarbeitung von CPO, um den extremen Preisschwankungen bei Rohstoffen begegnen zu können, fehlt derzeit vollständig und wird von allen Akteursgruppen als elementares Problem angesehen.

Anders als in Brasilien, wo Agrartreibstoffe zu einem hegemonialen Entwicklungsmodell hochstilisiert wurden, ist der Diskurs in Indonesien umkämpft

und ist der Export von Rohstoffen wichtiger als die Produktion und Verwendung von Agrardiesel.

Die Produktion von Pflanzen für den Energiesektor ist innerhalb der Strukturierung fordistischer Naturverhältnisse angesiedelt, indem natürliche Ressourcen schrankenlos ausgebeutet werden, die Intensivierung von Landwirtschaft vorangetrieben wird und Regenwälder auf immensen Flächen Plantagen weichen müssen. Konkret werden mit nicht-fossilen Energieträgern fossilistische Konsummuster perpetuiert und dadurch das Funktionieren kapitalistischer Akkumulation durch die Inwertsetzung von Natur garantiert. Die Grenzen des ökonomischen Wachstums, die durch die Zerstörung und schrankenlose Ausbeutung von ökologischen Ressourcen evident werden, können nur überwunden werden, indem bisher nicht-kapitalistische Verhältnisse in die Akkumulationslogik des Kapitalismus integriert werden. *„Die Inwertsetzung nicht-kapitalistischer Verhältnisse einschließlich der damit verbundenen Gewalt ist somit integrales Moment kapitalistischer Entwicklung“* (Görg 2004: 1502).

Im Hinblick auf die Beziehung zwischen der EU und Indonesien bestätigt die Fallstudie, dass die Expansion von Palmölplantagen und die Produktion von Agrartreibstoffen bzw. die Einführung der Beimischungspflicht von Seiten der EU in einem engen Verhältnis zueinander stehen. Seit 2001 hat sich die Produktion von Palmöl in Indonesien mehr als verdoppelt. Auch wenn die EU angibt, ohnehin nur einen geringen Teil ihres Agrardiesels aus Palmöl zu gewinnen, dürfen Substitutionseffekte nicht unterschätzt werden. Diese kommen zum Tragen, wenn beispielsweise für die Produktion von Agrartreibstoffen mehr Rapsöl verwendet wird, das fehlende Pflanzenöl in der Kosmetik- oder Nahrungsmittelindustrie allerdings durch Palmölimporte ersetzt wird.

Die Fallstudie bestätigt, dass die Rolle Indonesiens auf den Export von Palmöl beschränkt wird, da dieses erst innerhalb der EU bzw. in anderen Importländern zu Agrardiesel weiterverarbeitet wird. Die Chancen für Entwicklung und Armutsbekämpfung fallen dementsprechend gering aus. Die Konzentration einer nationalen Strategie auf den Export von Rohstoffen lässt keine langfristige und

nachhaltige Entwicklung zu, da das Modell äußerst sensibel auf traditionell hohe Preisschwankungen bei Rohstoffen reagiert und die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen systemimmanent ist. Die EU unternimmt im Bereich der technologischen Zusammenarbeit keine allzu großen Bemühungen und wälzt die Probleme der ökologischen Tragfähigkeit allein auf die ProduzentInnen der Rohstoffe ab, ohne die Nachhaltigkeit einer Energieversorgung, die zu einem erheblichen Teil auf Nahrungsmitteln basiert, generell zu hinterfragen.

Interessant sind diese Erkenntnisse auch in Bezug auf die *Scale*-Debatte, indem der Diskurs um Agrartreibstoffe auf unterschiedlichen Ebenen unterschiedliche Ausprägungen erfährt. Während die EU die neue Energieform als Lösung für Klimawandel und Energieknappheit propagiert, sieht Indonesien vor allem Exportchancen und in der Folge Deviseneinnahmen. Die ökologische Dimension wird auf dieser nationalen Ebene fast gänzlich ausgespart.

Die konflikthafter Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Naturverhältnisse werden bei der Analyse der Akteursgruppen im Bereich der Palmöl- und Agrartreibstoffindustrie deutlich. Während staatliche Repräsentanten und privatwirtschaftliche Unternehmen oftmals Allianzen eingehen, um damit die Profitchancen für die jeweils eigene Position zu stärken, werden *Grassroots* immer stärker marginalisiert und finden sich bei der Organisation von Widerstand vielfach in einem rechtsleeren Raum, ohne die Aussicht auf die tatsächliche Durchsetzung ihrer Interessen. NGOs versuchen in diesen Konstellationen zu vermitteln und nehmen je nach Größe, Struktur und Zielvorstellungen unterschiedlich bedeutsame Positionen im Konfliktfeld ein. Sie sind immer wieder damit konfrontiert, zumindest temporär die Zusammenarbeit mit dem Staat bzw. den Unternehmen suchen zu müssen, um langfristig Veränderungen bewirken zu können, ohne dabei ihr Selbstverständnis und ihre Zielsetzungen zu untergraben. Eindeutig profitiert haben NGOs von den Zugeständnissen der EU in Bezug auf die Nachhaltigkeit, durch die ihre Positionen national gestärkt werden konnten.

Interessant ist außerdem, dass es Unternehmen und staatlichen VertreterInnen auf lokaler Ebene oftmals gelingt, die *Communities* durch unterschiedliche Strategien

von den Vorteilen der monokulturellen Produktion von Palmöl zu überzeugen. Die Betroffenen merken oft erst bei ausbleibenden Kompensationszahlungen oder anderen Vertragsbrüchen, dass sie von der Allianz nicht in gleichem Maße wie die Unternehmen oder Lokalregierungen profitieren.

Eine zunehmende Inwertsetzung von Natur kann im vorliegenden Beispiel der Produktion von Agrartreibstoffen eindeutig durch die Zurückdrängung traditioneller, nicht auf kapitalistischer Akkumulation basierender, Nutzung von Land beschrieben werden. Durch die Kalkulation mit ehemals externen und nicht kapitalisierten Faktoren im Bereich der Naturverhältnisse findet der Kapitalismus neue Möglichkeiten der Ausdehnung und werden alle Bereiche des Lebens von einer Marktlogik erfasst.

Die Übernahme von vormals öffentlichen Aufgaben in der Infrastruktur oder Sozialpolitik durch Privatunternehmen passt wiederum eindeutig in die derzeitigen Neoliberalisierungstendenzen. Zu schließen dass die Einflussphäre des Staates dadurch generell zurückgedrängt wird, wäre freilich zu kurz gegriffen, ist dieser doch an der Aneignung von Natur entweder direkt (durch die finanziellen Rückflüsse) beteiligt oder reguliert diese bewusst durch die freizügige Auslegung von Gesetzen.

Als weitere Schlussfolgerung kann die enge Verbindung zwischen den Diskursen von Umwelt und Entwicklung im Teilbereich der Agrartreibstoffe bestätigt werden. Umweltprobleme in Ländern des Südens werden vielfach als Folge fehlender Entwicklung angesehen und die Ziele deshalb auf ökonomisches Wachstum im Sinne von Exportorientierung, Handelsliberalisierung und Intensivierung der Landwirtschaft festgesetzt. Dass sich die Zielvorstellungen eines exklusiv auf ökonomischem Wachstum basierenden Entwicklungsmodells und jenen der nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen diametral gegenüberstehen, wird in der Diskussion ausgeblendet.

Als Lösungsansätze für die Umweltproblematiken rund um den Klimawandel sind nur solche Modelle konkurrenzfähig, die sich in das bestehende kapitalistische Akkumulationsregime inkorporieren lassen, ein Grund dafür, warum sich

Agrartreibstoffe, anders als alternative Formen der Energieversorgung, global durchgesetzt haben.

Abkürzungsverzeichnis

APROBI	Assosiasi Produsen Biofuels Indonesia (Verband indonesischer Biotreibstoffproduzenten)
CPO	Crude Palm Oil (Rohpalmöl)
ENVI	Committee on Environment, Public Health and Food Safety (Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit)
EU	Europäische Union
IFC	International Financial Corporation (Internationale Finanz-Corporation)
IFI	International Financial Institution (Internationale Finanzinstitution)
IMF/IWF	International Monetary Fund (Internationaler Währungsfonds)
INTA	Committee on International Trade (Ausschuss für internationalen Handel)
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change (Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimawandel)
IPOB	Indonesian Palm Oil Board (Indonesischer Palmölverband)
ITRE	Committee on Industry, Research and Energy (Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie)
MDG	Millennium Development Goal (Millennium-Entwicklungsziele)
MH	Millionen Hektar
MT	Millionen Tonnen
NGO	Non-Governmental Organization (Nichtregierungsorganisation)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OPEC	Organization of Petrol Exporting Countries (Organisation der erdölexportierenden Länder)
RSPO	Roundtable on Sustainable Palm Oil (Runder Tisch für nachhaltiges Palmöl)
SPKS	Serikat Petani Kelapa Sawit (Gewerkschaft der palmölproduzierenden Bauern und Bäuerinnen)
TRIPS	Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (Handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums)

UNCHE	United Nations Conference on Human Environment (Konferenz der Vereinten Nationen über die menschliche Entwicklung)
UNEP	United Nations Environment Programme (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen)
UNO	United Nations Organization (Organisation der Vereinten Nationen)
WALHI	Wahana Lingkungan Hidup (Friends of the Earth Indonesien)
WRI	World Resources Institute (Weltressourceninstitut)
WSSD	World Summit on Sustainable Development (Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung)
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)
WWF	World Wild Fund For Nature (Naturschutzorganisation)

Übersicht über die Interviews

ExpertInneninterviews während eines Forschungsaufenthalts in Indonesien vom 16.12.2008 bis zum 17.02.2009

- IND/1: WALHI Central Sulawesi, internationale NGO (Palu, Central-Sulawesi)
- IND/2: Lian Gogali, Konfliktforscherin (Gemeinde Taliwan, Zentral-Sulawesi)
- IND/3: WALHI, internationale NGO (Jakarta)
- IND/4: HIVOS, niederländische NGO (Bogor)
- IND/5: Energieministerium, Research and Development Center for Electricity and Renewable Energy Technology (Jakarta)
- IND/6: APROBI, Verband indonesischer Biotreibstoffproduzenten (Jakarta)
- IND/7: Energieministerium, Directorate of New Renewable Energy and Energy Conservation (Jakarta)
- IND/8: RSPO (Jakarta)
- IND/9: Vertical, britisches Handelsunternehmen für Agrartreibstoffe (Indonesia Biofuels Conference 2009, Jakarta)
- IND/10: Nexant, thailändisches Consultingunternehmen im Bereich Energiemanagement mit Hauptsitz in den USA (Indonesia Biofuels Conference 2009, Jakarta)
- IND/11: TA Future Sdn. Bhd., malaysisches Unternehmen für Termingeschäfte mit Palmöl und Agrardiesel (Indonesia Biofuels Conference 2009, Jakarta)
- IND/12: Jikalahari, lokale NGO (Riau, Sumatra)
- IND/13: SPKS, Gewerkschaft der palmölproduzierenden Bauern und Bäuerinnen (Riau, Sumatra)
- IND/14: Community Batang Kuma (Riau, Sumatra)
- IND/15: Delegation der Europäischen Kommission in Jakarta (Jakarta)
- IND/16: Sawit Watch, nationales NGO-Netzwerk (Bogor)
- IND/17: John Lusikooy, Lehrer (Tentena, Zentral-Sulawesi)

Literaturverzeichnis

- APROBI (2009): Biodiesel Production Capacity and Location. Literatur zur Verfügung gestellt von APROBI.
- Blaikie, Piers/Brookfield, Harold (1987): Land Degradation and Society. London: Methuen.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brenner, Neil (2004): New State Spaces. Urban Governance and the Rescaling of Statehood. Oxford: University Press.
- Bryant, Raymond/Bailey, Sinéad (1997): Third World Political Ecology. London/New York: Routledge.
- Castree, Noel (2008): Neoliberalising Nature: the Logics of Deregulation and Reregulation. In: Environment and Planning, A 2008, Vol. 40, S. 131-152.
- CIA (2008): The 2008 World Fact Book. Online im Internet: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/countrylisting.html>.
- Colchester, Marcus (2005): Indigenous People's Power: Global Mobilization Scores Dramatic Gains - With Many Challenges Ahead. In: Multinational Monitor, Vol. 26, Nr. 7 (Jul/Aug 2005). Online im Internet: <http://www.multinationalmonitor.org/mm2005/072005/colchester.html>.
- Colchester, Marcus/Jiwan, Norman (2006): Ghosts on our Own Land: Indonesian Oil Palm Smallholders and the Roundtable on Sustainable Palm Oil. Bogor: Sawit Watch/ Forest Peoples Programme. Online im Internet: http://www.forestpeoples.org/documents/prv_sector/oil_palm/ghosts_on_our_own_land_txt_06_eng.pdf.
- Developing 8 Countries (2008): Indonesia and Malaysia explain to EU on palm-oil for biodiesel. Online im Internet: http://developing8.org/page/news/12/9/2008/indonesia_and_malaysia_explain_to_eu_on_palmoil_for_biodiesel.
- Directorate General of Plantation (2007): Regulation of Minister of Agriculture Number: 26/Permentan/OT.140/2/2007 regarding Plantation business permit guidelines. Jakarta: Department of Agriculture.

- Dredge, Marcus/Gutzwiller, Stephan (2005): Nachhaltige Biotreibstoffe aus Energiepflanzen. Biomasse und Flächen in Konkurrenz. Online im Internet: http://www.biomasseenergie.ch/Portals/0/1_de/03_Wie_nutzen/Pdf/biotreibstoffe-studiefhbb.pdf.
- Eberhardt, Pia (2008): Nahrungsmittelkrise: Zwischen Technikgläubigkeit und Ernährungssouveränität. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr.76, S. 51-61.
- Ehrlich, Paul (1972): Bevölkerungswachstum und Umweltkrise. Die Ökologie des Menschen. Frankfurt am Main: Fischer.
- Eisermann, Daniel (2003): Die Politik der nachhaltigen Entwicklung. Der Rio-Johannesburg-Prozess. Bonn: Themendienst des Informationszentrums Entwicklungspolitik Nr. 13. Online im Internet: <http://www.inwent.org/imperia/md/content/bereich3-intranet/3-04-internet-publik/th-13-text.pdf>.
- ENVI (2008): Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen. Online im Internet: http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/ad/730/730754/730754de.pdf.
- Escobar, Arturo (1996): Constructing Nature. Elements for a poststructural political ecology. In: Peet, Richard/Watts, Michael (Hg.): Liberation Ecologies. Environment, Development, Social Movements. London/New York: Routledge, S. 46-68.
- EU (2003): Richtlinie 2003/30/EG zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen oder anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor. Online im Internet: http://www.b2brenenergy.com/downloads/RenInvest/EU/RL-2003-30_de.pdf.
- EurActiv.com (2008): EU faces pressure from overseas biofuel-makers. Online im Internet: <http://www.euractiv.com/en/trade/eu-faces-pressure-overseas-biofuel-makers/article-175567>.
- Europäische Kommission (2001): Grünbuch – Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit. Luxemburg: Amt für amtliche

- Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. Online im Internet:
http://ec.europa.eu/energy/green-paper-energy-supply/doc/green_paper_energy_supply_de.pdf.
- Europäische Kommission (2005): Mitteilung der Kommission. Aktionsplan für Biomasse. Online im Internet: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0628de01.pdf.
- Europäische Kommission (2006): Mitteilung der Kommission. Eine EU-Strategie für Biokraftstoffe. Online im Internet: http://ec.europa.eu/agriculture/biomass/biofuel/com2006_34_de.pdf.
- Europäische Kommission (2008): Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen. Online im Internet: [http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/com/com_com\(2008\)0019_/COM_COM\(2008\)0019_de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/com/com_com(2008)0019_/COM_COM(2008)0019_de.pdf).
- Europäisches Parlament (2008): Das EU-Klimapaket. Pressemitteilung des Europäischen Parlaments vom 17.12.2008. Online im Internet: http://www.europarl.europa.eu/news/expert/background_page/064-44005-343-12-50-911-20081208BKG44004-08-12-2008-2008-false/default_de.htm.
- Florin (2009): Preisentwicklung Palmöl 1995-2009. Online im Internet: <http://www.florin-ag.ch/de/common/statistiken.php?id=7>.
- Foucault, Michel (1976): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fritz, Thomas (2007): Das Grüne Gold. Welthandel mit Bioenergie – Märkte, Macht und Monopole. Berlin: FCDL-Verlag.
- Görg, Christoph (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Görg, Christoph (2004): Inwertsetzung. In: Haug, Wolfgang F. (Hg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Imperium bis Justiz. Band 6, 2. Hamburg: Argument-Verlag, S. 1501-1506.
- Greenpeace (2007): How the Palm Oil Industry is Cooking the Climate. Amsterdam: Greenpeace International.

- Greenpeace (2008): United Plantations certified despite gross violations of RSPO Standards. Online im Internet: <http://www.greenpeace.org.uk/files/pdfs/forests/UnitedPlantationsReport.pdf>.
- Hardin, Garrett (Hg.) (1964): Population, Evolution, Birth Control. A Collage of Controversial Readings. San Francisco: Freeman.
- IEA (2008): Key World Energy Statistics 2008. Online im Internet: http://www.iea.org/textbase/nppdf/free/2008/key_stats_2008.pdf.
- IMF (1997): Indonesia Letter of Intent, October 31, 1997. Online im Internet: <http://www.imf.org/external/np/loi/103197.htm>.
- Indonesian Delegation (2008): Current Status of Renewable Energy Development in Indonesia. Presented in the 13th Joint Energy Working Group, 3-5 November 2008. Maastricht, Literatur zur Verfügung gestellt vom Landwirtschaftsministerium in Jakarta.
- INTA (2008): Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen. Online im Internet: http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/ad/730/730838/730838de.pdf.
- IPCC (2001): Climate Change 2001: Synthesis Report. Online im Internet: <http://www.ipcc.ch/ipccreports/tar/vol4/english/index.htm>.
- IPCC (2007): Climate Change 2007. Synthesis Report. Online im Internet: http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4_syr.pdf.
- IPOB (2008): Indonesian Palm Oil Statistics 2007. Jakarta: IPOB.
- ITRE (2008a): Entwurf eines Berichts über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen. Online im Internet: http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pr/722/722155/722155de.pdf.
- ITRE (2008b): Bericht über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen. Online im Internet:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=//EP//NONGML+REPRT+A6-2008-0369+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>.

- Jonas, Andrew E.G. (1994): The Scale Spatiality of Politics. In: Environment and Planning D: Society and Space, Nr. 12:3, S. 257-264.
- Keil, Roger/Mahon, Rianne (2008): Space, Place, Scale. Zur politischen Ökonomie räumlich-gesellschaftlicher Redimensionierung – ein Überblick. In: Heeg, Susanne/Röttger, Bernd/Wissen, Markus (Hg.): Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 34-56.
- Khaimur, Lely/Theile, Claudia/Zakaria, Adriani (2007): Policy, Practice, Pride and Prejudice. Review of legal, environmental and social practices of oil palm plantation companies of the Wilmar Group in Sambas District, West Kalimantan (Indonesia). Amsterdam: Friends of the Earth Netherlands/Lembaga Gemawan/Kontak Rakyat Borneo. Online im Internet: http://redapes.org/wp-content/uploads/2007/12/wilmar_palm_oil_environmental_social_impact.pdf.
- Mangott, Gerhard/Westphal, Kirsten (2008): The Relevance of the Wider Black Sea Region to EU and Russian Energy Issues. In: Hamilton, Daniel/Mangott, Gerhard (Hg.): The Wider Black Sea Region in the 21st Century: Strategic, Economic and Energy Perspectives. Washington D.C.: Center for Transatlantic Relations, S. 147-176.
- Marti, Serge (2008): Losing Ground. The human rights impacts of oil palm plantation expansion in Indonesia. Bogor: Friends of the Earth/LifeMosaic/Sawit Watch. Online im Internet: www.wrm.org.uy/countries/Indonesia/losingground.pdf.
- Monsalve Suárez, Sofia (2008): Agrofuels in Brazil. Report of the Fact-finding Mission on the impacts of public policies encouraging the production of agrofuels on the enjoyment of the human rights to food, work and the environment among the peasant and indigenous communities and rural workers in Brazil. Heidelberg: FIAN International.
- Neste Oil Corporation (2009): Foundation stone ceremony at Neste Oil's NExBTL renewable diesel plant in Singapore. Press Release 6.3.09. Online im Internet: <http://www.nesteoil.com/default.asp?path=1;41;540;1259;1260;11736;12116>.

- Neumann, Roderick P. (2005): *Making Political Ecology*. New York: Oxford University Press.
- Peet, Richard/Watts, Michael (1996): *Liberation Ecology*. In: dies.: *Liberation Ecologies*. Environment, development, social movements. London/New York: Routledge, S. 1-45.
- OECD (2008): *Biofuel Support Policies. An Economic Assessment*. Paris: OECD Publications.
- RSPO (2004): *Press Statement. New global initiative to promote sustainable palm oil*. Online im Internet: [http://www.rspo.org/resource_centre/RSPO_Press_Statement_\(final\).pdf](http://www.rspo.org/resource_centre/RSPO_Press_Statement_(final).pdf).
- RSPO (2007): *RSPO Principles and Criteria for Sustainable Palm Oil Production. Including Indicators and Guidance*. Online im Internet: http://www.rspo.org/resource_centre/RSPO%20Principles%20&%20Criteria%20Document.pdf.
- Sachs, Wolfgang (1994): *Globale Umweltpolitik im Schatten des Entwicklungsdenkens*. In: ders.: *Der Planet als Patient. Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik*. Berlin (u.a.): Birkhäuser, S. 15-42.
- Sinar Mas (2007): *Offizielle Homepage*. Online im Internet: <http://www.sinarmasgroup.com/app.html>.
- Smith, Neil (1984): *Uneven Development. Nature, Capital and the Production of Space*. Oxford: Blackwell.
- Smith, Neil (2004): *Scale Bending and the Fate of the National*. In: Sheppard, Eric/McMaster, Robert B.: *Scale and Geographic Inquiry. Nature, Society, and Method*. Oxford: Blackwell.
- Stern, Nicolas (2006): *Stern Review Report on the Economics of Climate Change*. Online im Internet: <http://www.hm-treasury.gov.uk/6520.htm>.
- Wissen, Markus (2003): *TRIPs, TRIPs plus und WIPO. Konflikte um die Eigentumsrechte an genetischen Ressourcen*. In: Brand, Ulrich/Görg, Christoph: *Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 128-155.
- Wissen, Markus (2008): *Zur räumlichen Dimensionierung sozialer Prozesse. Die Scale-Debatte in der angloamerikanischen Radical Geography – eine Einleitung*.

- In: Heeg, Susanne/Röttger, Bernd/Wissen, Markus (Hg.): Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 8-32.
- World Bank, The (2007): World Development Report 2008: Agriculture for Development. Online im Internet: http://siteresources.worldbank.org/INTWDR2008/Resources/WDR_00_book.pdf.
- World Resources Institute (u.a.) (2005): World Resources 2005: The Wealth of the Poor-Managing Ecosystems to Fight Poverty. Washington DC: WIR.
- WSSD (2002): Johannesburg Declaration on Sustainable Development. From our origins to the future. Online im Internet: http://www.un.org/esa/sustdev/documents/WSSD_POI_PD/English/POI_PD.htm.
- UN (1992): AGENDA 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung, Rio de Janeiro, Juni 1992. Online im Internet: http://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf.
- UN (1997): Das Protokoll von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen. Online im Internet: <http://unfccc.int/resource/docs/convkp/kpger.pdf>.
- UN General Assembly (1986): Declaration on the Right to Development. Online im Internet: <http://www.un-documents.net/a41r128.htm>.
- UN General Assembly (1992): Report of the United Nations Conference on Environment and Development. Online im Internet: <http://www.un.org/documents/ga/conf151/aconf15126-1annex1.htm>.
- UNCHE (1972): Declaration of the United Nations Conference on the Human Environment. Online im Internet: <http://www.un-documents.net/unchedec.htm>.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Internationaler Handel mit Agrardiesel 2007	28
Abbildung 2: Palmölproduktion 2001 – 2009 (in Millionen Tonnen).....	45
Abbildung 3: Importländer von CPO aus Indonesien 2007.....	47
Abbildung 4: Palmölplantagen, Regenwald und Peat Swamp Forest in der Provinz Riau 2007	88

Zusammenfassung

Die vorliegende Diplomarbeit behandelt im Rahmen einer polit-ökologischen Analyse die Thematik der Agrartreibstoffe, die in den letzten Jahren aufgrund von Klimawandel und Energieknappheit prominenten Eingang in die internationale Umwelt- und Energiepolitik gefunden hat. Die Arbeit fokussiert im Besonderen auf die Entwicklung des Diskurses im Rahmen der Europäischen Union, auf die Beziehung zwischen Indonesien und der EU, auf die Akteurskonstellationen, die sich durch diese neue Form der Aneignung von Natur in Indonesien herausbilden und nicht zuletzt auf die sozialen und ökologischen Auswirkungen des Booms.

Die Idee nicht-fossile Energieträger in Form von Pflanzen im Verkehrssektor einzusetzen wird in der EU systematisch seit der Jahrtausendwende verfolgt. Im Jahr 2003 wurde mit der Biokraftstoffrichtlinie eine verpflichtende Beimischung von Agrartreibstoffen im Verkehrssektor von 5,75 Prozent beschlossen, 2008 wurde in einer Nachfolgerichtlinie der Wert auf 10 Prozent bis 2020 erhöht. Da diese Mengen an Agrartreibstoffen nicht zur Gänze innerhalb der EU produziert werden können, wurde der Export von alternativen Treibstoffen als ideale Lösung für die ökonomische Entwicklung von Ländern des Südens propagiert.

Indonesien gilt als weltweit führender Exporteur von Palmöl, das neben Soja- und Rapsöl am häufigsten für die Produktion von Agrardiesel verwendet wird.

Mit Bezug auf die theoretischen Grundlagen der Politischen Ökologie, der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und der *Politics of Scale*, zeigt die Diplomarbeit im Rahmen einer Akteursanalyse, welche unterschiedlichen Interessen und Strategien die unterschiedlichen AkteurInnen in Indonesien innerhalb der Palmöl- und Agrartreibstoffindustrie verfolgen, aber auch welcher Entwicklungsdiskurs (re)produziert wird und wie sie mit den Nachhaltigkeitsproblematiken rund um die Abholzung von Primärwald, dem Verlust von Biodiversität durch großflächige Monokulturen und intensive Landwirtschaft oder der Zunahme von Landkonflikten umgehen.

Konflikte und Koalitionen zwischen den Akteursgruppen Staat, Unternehmen, multilaterale Organisationen, NGOs und *Grassroots* werden analysiert und Auswirkungen auf Umwelt, Landwirtschaft, Nachhaltige Entwicklung und Soziokultur herausgearbeitet.

Abstract

This thesis is a political-ecological analysis which deals with the topic of agrofuels, which has gained greater importance in international energy and environmental politics due to climate change and energy shortages over the last few years. The paper focuses on the development of agrofuel discourse in the European Union, the relationship between Indonesia and the EU with regards to the topic, the new constellation of players involved as well as with social and ecological consequences of the boom.

The idea of non-fossil energy sources has been followed systematically by the EU since 2003, when the first biofuels directive was signed. The directive included a mandatory target of adding 5,75 percent agrofuels to normal fossil fuels by 2010, in 2008 a follow-up directive with the target of 10 percent by 2010 was resolved. As these amounts of agrofuels cannot be produced fully inside the European Union the export of energy crops and agrofuels was seen as a perfect chance for the economic development of countries in the south.

Indonesia is world leader in the production and exportation of palm oil, which is one of the cheapest feedstock for the production of agrodiesel and has expanded production significantly through the incentives of the international energy market.

Referring to the theoretical basics of political ecology, politics of scale and the societal relations to nature, the thesis analyses the interests and strategies of the key players in the palm oil and agrofuels business in Indonesia, looks at the model of development they follow and (re)produce and analyses their reactions to the problem of sustainability in relation to deforestation, land conflicts and biodiversity loss through the expansion of monocultures and industrial agriculture.

Conflicts and coalitions between the major players: the state, business, multilateral organizations, non-governmental organizations and grassroots organizations are also an important part of the thesis as well as the consequences of palm oil and agrofuel production on the environment, agriculture, poverty reduction, sustainable development and socioculture.

Lebenslauf

Melanie Pichler

geb. am 28.06.1985 in Wels (Oberösterreich)

Bildungsweg

- Seit 10/2004 Studium der Internationalen Entwicklung und Politikwissenschaft an der Universität Wien (Nebenfach Cultural Studies)
- 09/1999-06/2004 HBLA für Produktmanagement und Präsentation in Linz, Matura mit ausgezeichnetem Erfolg
- 09/1991-06/1999 Volks- und Hauptschule in Hartkirchen, Oberösterreich

Berufserfahrung und ehrenamtliche Tätigkeit

- Seit 03/2009 Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Österreichischen Gesellschaft für politische Bildung – ÖGPB
- Seit 04/2008 Vorstandsvorsitzende von FIAN Österreich
- 04/2008-06/2008 Praktikantin am Österreichischen Institut für Internationale Politik
- 07/2007 Praktikantin bei der ÖGPB
- 04/2007-12/2007 Praktikum bei FIAN Österreich

Forschungsaufenthalte, wissenschaftliche Vorträge und Publikationen

- 12/2008-02/2009 Forschungsaufenthalt in Indonesien
- 08/2008 Österreichs Biosprit-Legende. Artikel in: FOODFirst Magazin.
- 10/2007 Co-Autorin (gem. mit Dr.ⁱⁿ Marion Wisinger): Gender Scanning. Materialien zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in Erwachsenenbildungseinrichtungen. Wien: ÖGPB
- Seit 2007 Workshops und Vorträge zu den Themen Nahrungsmittelkrise, Menschenrechte und Agrartreibstoffe, unter anderem auf der Entwicklungstagung 2008 in Innsbruck und an der BOKU Wien.